5. Jahrgang 1957 / Postverlagsort: Stuttgart 3. Heft / Juli

VIERTELJAHRSHEFTE FÜR Zeitgeschichte

HERAUSGEGEBEN VON HANS ROTHFELS
UND THEODOR ESCHENBURG

AUS DEM INHALT

ARNOLD BERGSTRAESSER
Max Webers Antrittsvorlesung in zeitgeschichtlicher Perspektive

DIETRICH GEYER
Die russischen Räte und die Friedensfrage 1917

GÜNTER MOLTMANN
Zur amerikanischen Deutschlandplanung

WILHELM DEIST
Brüning-Krise und Abrüstungsfrage

DOKUMENTATION
Der Fall Potempa

FORSCHUNGSBERICHT / BIBLIOGRAPHIE

DEUTSCHE VERLAGS-ANSTALT STUTTGART

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

VIERTELJAHRSHEFTE FÜR ZEITGESCHICHTE

Im Auftrag des Instituts für Zeitgeschichte München herausgegeben

von

HANS ROTHFELS und THEODOR ESCHENBURG

in Verbindung mit Franz Schnabel, Ludwig Dehio, Theodor Schieder, Werner Conze und Karl Dietrich Erdmann

Schriftleitung:

DR. HELMUT KRAUSNICK

München 27, Möhlstraße 26

INHALTSVERZEICHNIS

AUFSÄTZE

Arnold Bergstraesser . . Max Webers Antrittsvorlesung in zeitgeschichtlicher Perspektive 209

Dietrich Geyer . . . . Die russischen Räte und die Friedensfrage im Frühjahr und Sommer 1917 220

Günter Moltmann . . . Die frühe amerikanische Deutschlandplanung im zweiten Weltkrieg 241

MISZELLE

Wilhelm Deist . . . . . Brüning, Herriot und die Abrüstungsgespräche von Bessinge 1932 265

Martin Broszat . . . . Die memeldeutschen Organisationen und der Nationalsozialismus 1933–1939 . . . 273

DOKUMENTATION

Der Fall Potempa *(Paul Kluke)* 279

Soldatenblätter und Weihnachtsfest – Ein Briefwechsel 297

FORSCHUNGSBERICHT

Wolfgang Abendroth . . Aufgaben und Methoden einer deutschen historischen Wahlsoziologie 300

BIBLIOGRAPHIE *41*

Verlag: Deutsche Verlags-Anstalt GmbH., Stuttgart S, Mörikestr. 17, Tel. 74851/52
Vertrieb und Auslieferung: Stuttgart N, Hospitalstraße 12, Telefon 91015/92332 – Preis des Einzelheftes DM 6.–; die Bezugsgebühren für das Jahresabonnement (4 Hefte) DM 20.– zuzüglich Zustellgebühr. Erscheinungsweise: Vierteljährlich im Normalumfang von je 112 Seiten (7 Bogen). Bestellungen nehmen alle Buchhandlungen und der Verlag entgegen. Geschäftliche Mitteilungen sind nur an den Verlag zu richten.

Nachdruck nur mit ausdrücklicher Genehmigung des Verlages gestattet.

Druck: Deutsche Verlags-Anstalt GmbH., Stuttgart

Jahrgang 5 (1957), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1957_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
VIERTELJAHRSHEFTE FÜR Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

VIERTELJAHRSHEFTE FÜR ZEITGESCHICHTE
5. Jahrgang 1957 3. Heft/Juli

ARNOLD BERGSTRAESSER

MAX WEBERS ANTRITTSVORLESUNG IN ZEITGESCHICHTLICHER PERSPEKTIVE[1]

Der 31jährige Professor, der an der Universität Freiburg im Frühsommer 1895 als Nationalökonom über das Thema „Der Nationalstaat und die Volkswirtschaftspolitik" seine Antrittsvorlesung hielt, kam von der Rechtswissenschaft her. Er war Heidelberger Korpsstudent gewesen, hatte in Straßburg gedient, in Berlin sein Assessorexamen gemacht und sich dort im Frühjahr 1892 für Römisches, Deutsches und Handelsrecht habilitiert. Ein Jahr später wurde ihm in Berlin eine außerordentliche Professur für Handelsrecht übertragen, als schon die Philosophische Fakultät der Universität Freiburg den Entschluß gefaßt hatte, ihn für einen ihrer nationalökonomischen Lehrstühle zu gewinnen. Denn als Gelehrter war er ausgegangen von Studien über die Handelsgesellschaften des Mittelalters und über die Römische Agrargeschichte in ihrer Bedeutung für das Staats- und Privatrecht. Als politisch leidenschaftlich an den inneren und äußeren Schicksalen des Bismarckschen Reiches beteiligter junger Mensch aus einem wissenschaftlich wie politisch lebendigen Familienkreise, war er auf die soziale Frage als vordringlichen Gegenstand der deutschen Politik gestoßen. Er war Friedrich Naumann und der national-sozialen Bewegung politisch und persönlich nahegekommen und wurde Mitarbeiter ihrer Zeitschrift „Die Hilfe". Wählend aus dem großen Kreise unerledigter aktueller Forschungsaufgaben hatte er sich entschlossen, die Verhältnisse der Landarbeiter im ostelbischen Deutschland und die ländliche Arbeitsverfassung überhaupt zu untersuchen, und beide Arbeiten in den Schriften des Vereins für Sozialpolitik veröffentlicht. Als er nach Freiburg berufen wurde, war er mit der Anlage und Durchführung der damals stattfindenden Börsenenquete beschäftigt.

Dieser Gang der Ausbildung, die er sich gab, zeigt an, daß für den Juristen Max Weber die vorjuristischen, und zwar vornehmlich die wirtschaftlich-sozialen Daseinsstrukturen steigende Bedeutung gewannen, daß für den Politiker Max Weber die wissenschaftliche Untersuchung soziologischer Voraussetzungen politischen Wollens und gesetzgeberischen Handelns mehr und mehr in das Zentrum seiner Arbeit rückte. Er war freilich auch Historiker, und Theodor Mommsen hat frühzeitig in

[1] Dem folgenden Artikel liegt ein an der Universität Freiburg/Br. gehaltener Vortrag zugrunde, der gleichzeitig in der Festgabe der dortigen Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät „Aus der Geschichte der Rechts- und Staatswissenschaften zu Freiburg im Breisgau" (hrsg. v. Hans Julius Wolff) anläßlich der 500-Jahr-Feier dieser Universität erscheint.

Jahrgang 5 (1957), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1957_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

ihm einen ebenbürtigen Kopf erkannt. Aber ihn selbst nahm am geschichtlichen Stoff das Paradigmatische gefangen, die Frage nämlich, was aus seiner Deutung für das politische Handeln der Gegenwart zu gewinnen sei. Schon der Titel einer Freiburger Arbeit über „Die sozialen Gründe des Untergangs der antiken Kultur" verrät zugleich das aktuelle Motiv der Fragestellung und das sozialwissenschaftliche Interesse seiner Antwort.

Selten bringt ein junger Mensch so viel mit wie Max Weber, als er von der Rechtswissenschaft zu einer soziologisch und politisch verstandenen Nationalökonomie überging und den Freiburger Lehrstuhl als Kollege von Schulze-Gaevernitz übernahm. Selten lag vor einem jungen Professor so viel an zukünftiger Leistung. Noch 25 Jahre waren ihm nach dieser Antrittsvorlesung gegeben. Fünf davon hat er in schwerer Erkrankung, 14 in zurückgezogener Arbeit am Schreibtisch verbracht. Für knappe drei Jahre, so viel Zeit wie am Anfang in Freiburg, war er in Wien und München der akademischen Lehraufgabe noch einmal zurückgegeben. Gerade diese letzte Phase seines Wirkens machte den Zusammenhang politischer Leidenschaft, historisch vergleichender Forschung und sozialwissenschaftlicher Systematik deutlich, auf dem die weltweite und bis heute anhaltende Wirkung seiner gelehrten Leistung beruht. Dieser Zusammenhang war schon in der Freiburger Antrittsvorlesung klar und einsichtig angelegt.

Am Beispiel der Agrarverhältnisse der damaligen Provinz Westpreußen will Max Weber die Rolle der Deutschen und der polnischen Nationalität im „ökonomischen Kampf ums Dasein" veranschaulichen. Von den Ergebnissen seiner Untersuchung der Agrarstruktur der ostelbischen Gebiete ausgehend, erörtert er die dreifachen Gegensätze in den westpreußischen Landkreisen, 1. die Unterschiede in der Ertragsfähigkeit der Böden, 2. die Unterschiede zwischen Bauerndorf und Rittergut und 3. die Reaktion der beiden Nationalitäten auf diese Unterschiede. Die Bevölkerungsabnahme der Provinz müßte auf Grund rein wirtschaftlichen Kalküls in den Gegenden schlechtesten Bodenertrags stattfinden. In Wirklichkeit ist das Umgekehrte der Fall: „Es sind vornehmlich deutsche Tagelöhner, die aus den Gegenden mit hoher Kultur abziehen, es sind vornehmlich polnische Bauern, die in den Gegenden mit tiefem Kulturstand sich vermehren." Die Nationalitätenverschiebung zugunsten des polnischen Elements hängt mit einem zunächst als massenpsychologisch bezeichneten Vorgang zusammen, vermöge dessen die ökonomisch fähigere Nationalität verdrängt wird. Dieser Vorgang stellt sich aber als ein wirtschaftlich-soziologisch bedingter heraus: Der patriarchalisch bewirtschaftete Gutsbetrieb ist in voller Umwandlung zu einem in industrieller Gesinnung geführten Unternehmen begriffen: Die Rentabilität der Getreide- und Kartoffelproduktion kann die gewohnten Lebensbedürfnisse der eingesessenen oder eingewanderten polnischen Bauern noch befriedigen; aber der deutsche anteilsberechtigte Tagelöhner zieht ab, und zwar um so eher, wenn er unter guten, materiell relativ gesicherten Bedingungen auf dem Großgrundbesitz arbeitet, viel weniger leicht vom Bauerndorf. Warum? Max Webers Antwort verneint die eingehend erklärten wirtschaftlichen Motive nicht, aber weist über sie hinaus. Zugleich rührt sie anklagend

Jahrgang 5 (1957), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1957_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

an den Verfall des deutschen bürgerlichen Liberalismus im letzten Drittel des Jahrhunderts:

„In dem dumpfen, halbbewußten Drang in die Ferne liegt ein Moment eines primitiven Idealismus verborgen. Wer es nicht zu entziffern vermag, der kennt den Zauber der Freiheit nicht. In der Tat: selten berührt uns heute ihr Geist in der Stille der Bücherstube. Verblichen sind die naiv freiheitlichen Ideale unserer frühen Jugend, und manche von uns sind vorzeitig alt und allzu klug geworden und glauben, einer der urwüchsigsten Triebe der Menschenbrust sei mit den Schlagworten einer niedergehenden politischen und wirtschaftspolitischen Anschauung zu Grabe getragen worden."

Schon in dieser knappen Skizze eines komplexen Tatbestandes kündigen sich die Hauptgegenstände von Max Webers wissenschaftlichem und politischem Interesse an, wie sie schließlich in seinem Gesamtwerk zum Austrag gelangt sind:

1. Der Nationalitätenkampf erweist sich als die soziale Konsequenz eines Wandels der Wirtschaftsgesinnung und der Wirtschaftsstrukturen. Die Wissenschaft, die solcher Wandlungen geistig Herr zu werden strebt, sucht die wirtschaftlichen Momente in ihrem gesellschaftlichen Zusammenhang auf und wird deshalb später Sozialökonomik genannt.
2. Das für die Wandlung der östlichen Agrarverfassung entscheidende Moment ist die Aushöhlung des Patriarchalismus durch die typisch moderne Rechenhaftigkeit unternehmungsweiser Marktproduktion. Sie ist ein Unterfall des Vorgangs der zunehmenden und unwiderruflichen Rationalisierung der gesellschaftlichen Gefüge und des sozialen Handelns. Er hat Max Weber unter universalhistorischen und aktuellen Gesichtspunkten aufs stärkste erregt.
3. Gleichzeitig mit den ökonomischen wirken religiös-kirchliche Motive im Verhältnis der Nationalitäten mit. Im Osten ist das kirchliche Band stärker als das nationale, „und also vermag, zumal nach dem Kulturkampf, das polnisch-katholische Element die deutschen Katholiken" aufzusaugen. Der Frage nach der Wirkung des religiösen Glaubens auf das wirtschaftliche und soziale Verhalten waren Webers spätere Arbeiten zur Religions-Soziologie gewidmet. Auch sie waren verstehend und nicht bekennend entworfen, aber sie rückten dennoch die prägende Macht des Geistes in den Umkreis des sozial-wissenschaftlich Bedeutungsvollen herein.

Der Ton des Bekenntnisses schwingt aber deutlich mit in den Sätzen über den Zauber der Freiheit, die zur Erklärung des Bevölkerungsverlusts im Osten fallen, und in der Aufdeckung der Selbstachtung als eines Motivs, die inhaltentleerte Abhängigkeit des ländlichen mit dem organisierten Selbstbewußtsein des städtischen Proletariats zu vertauschen. Wo in solchem Ton von Freiheit und Selbstachtung des Menschen die Rede ist, dort spricht ein politischer Wille. Und in der Tat, der zweite Teil der Antrittsrede ist eminent politisch. Er ist auch dort von der Politik her inspiriert, wo wissenschaftstheoretische und philosophische Grundprobleme berührt werden. Zunächst bricht aus der Analyse der Situation des agrari-

Jahrgang 5 (1957), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1957_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

schen Ostens die Frage hervor, was denn zu tun sei, die Frage, um derentwillen die Untersuchung überhaupt vorgenommen wurde. Von ihr wird der Redner vorwärtsgetrieben zur Erörterung der Aufgabe der Volkswirtschaftspolitik als Wissenschaft, und unvermeidlich stellt sich nun die weitere Frage nach den letzten Maßstäben, an denen sich das politische Handeln zu orientieren habe. Sie wird eindeutig von der Idee des deutschen nationalen Machtstaates her beantwortet. Aber das politisch getriebene und soziologisch bohrende Denken Max Webers ist damit nicht zufriedengestellt, sondern er fragt weiter, ob denn die Führungskräfte der Nation imstande seien, ihr Erbe des nationalen Machtstaates erfolgreich zu verwalten. Und so mündet denn diese Rede in eine von Sorge getragene Kritik der politischen Bildung des deutschen Volkes im letzten Jahrzehnt des 19. Jahrhunderts. Wir werden dem wissenschaftstheoretischen und dem zeitgeschichtlichen Gehalt des zweiten Teiles dieser Rede noch weiter nachgehen und dabei auf die Grundanschauung der menschlichen Gesellschaft stoßen, die Max Webers Wissenschaft so sehr wie sein öffentliches Wirken getragen hat und einen Einblick in die innere Form seines Geistes eröffnet.

Wird das Nationalitätenproblem des deutschen Ostens zusammengehalten mit den Wandlungen seiner Agrarverfassung am Ende des 19. Jahrhunderts, so rücken die Paradoxien der Ära Caprivi in ein deutliches Licht. Fürst Bismarck, der „preußische Junker", hatte die Grenze für polnische Wanderarbeiter und Siedler gesperrt gehalten. Das entsprach seiner Politik der Erhaltung des sozialen Gefüges, wie sie aus der preußischen Geschichtstradition seinem Bestreben sich mitgeteilt hatte, den von Preußen geführten deutschen nationalen Machtstaat nach außen und innen durch die Erhaltung der selben sozialen Kräfte zu verteidigen, aus denen er hervorgegangen war. Bismarcks Nachfolger Caprivi hatte mit der Öffnung der Grenze dem östlichen Gutsbetrieb den fortschreitenden Übergang zur unternehmensweisen Rationalität mit billigen Saison-Arbeitskräften erleichtert und gleichzeitig den agrarischen Schutzzoll eingeschränkt. Er hatte wirtschaftspolitisch durchaus konsequent gehandelt, aber damit die erbitterte Gegnerschaft des östlichen Großgrundbesitzes hervorgerufen. Unter dem Gesichtspunkt des Nationalitätenkampfes war die Politik Caprivis in der Tat angreifbar, und an eben dieser Stelle hat sie Max Weber angegriffen. Das hieß aber die Priorität der national-politischen vor den wirtschaftsrationalen Motiven des Handelns behaupten. Was also ist Volkswirtschaftspolitik, und wo sind ihre gültigen Maßstäbe?

Für die konkrete politische Frage deutet Max Weber seine Lösung an. Er möchte weder unwirtschaftliche Großbetriebe um des Deutschtums willen subventionieren noch den östlichen Boden den Slawen überlassen. Er will das Kriterium der Wirtschaftlichkeit nicht ausschalten, wenn er es dem der machtstaatlichen Nationalpolitik unterordnet. Aber dieser nationalstaatliche Maßstab des wirtschaftspolitischen Handelns wird grundsätzlich unterschieden von dem Sonder-Interesse einer bestimmten sozialen Gruppe, in diesem Falle des östlichen Großgrundbesitzes. Folglich tritt Max Weber für die Erweiterung des staatlichen Domänenbesitzes und die gleichzeitige Ansiedlung deutscher Bauern ein. Das Recht zu einer solchen

Jahrgang 5 (1957), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1957_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Politik beruht für ihn auf dem normativen Charakter des nationalen Momentes. Die Volkswirtschaftspolitik ist auf die Zukunft des Volkes im irdischen Daseinskampf gerichtet, die oberste Entscheidungs-Instanz für sie besteht in „den ökonomischen und politischen Interessen des deutschen Nationalstaates". „Die Volkswirtschaftslehre", heißt es in diesem Zusammenhang, „ist als erklärende und analysierende Wissenschaft international, allein sobald sie Werturteile fällt, ist sie gebunden an diejenige Ausprägung des Menschentums, die wir in unserem eigenen Wesen finden." Und weiter: „Die Volkswirtschaftspolitik eines deutschen Staatswesens, ebenso wie der Wertmaßstab des deutschen volkswirtschaftlichen Theoretikers können deshalb nur deutsche sein."

Das wissenschaftstheoretische Problem der Volkswirtschaftspolitik wird demnach in Max Webers Freiburger Antrittsrede so gestellt, daß von vornherein die Lösung in einem Sinne ausfällt, der formal der später von ihm verteidigten Theorie der Wertfreiheit entgegengesetzt ist. Vom Volkswirtschaftspolitiker gerade wird die Wertung gefordert: „Ein Verzicht auf die Beurteilung der ökonomischen Erscheinungen bedeutete ja in der Tat den Verzicht auf eben diejenige Leistung, die man von uns verlangt." Aber diese Wertungen bedürfen der Selbstkontrolle. Denn im ökonomischen Tatbestande selbst finden sich keine Wertmaßstäbe. Selbständige ökonomische oder „sozialpolitische" Ideale sind eine optische Täuschung. Und ebenso ist es eine Illusion, man könne sich eines bewußten Werturteils überhaupt enthalten. Vor allem die historische Erklärung, gleichgültig, ob sie „von oben" sehend aus der Verwaltungsgeschichte oder „von unten" sehend aus den Emanzipationskämpfen aufsteigender Klassen Entwicklungsreihen folgert oder auf quasigeschichtsphilosophisch sich aufzwingende Entwicklungstendenzen schließt – diese historische Neigung zu einem versteckten Determinismus legt die Gefahr nahe, auch die eigene Wertung und ihr unkontrolliertes Wirken vor sich selbst zu verstecken. Mit anderen Worten: Der Jünger der historischen Schule, der sich selber als ökonomischen Nationalisten bezeichnet, will die Wiener wirtschaftswissenschaftliche Wertlehre seines Vorgängers Philippovich ergänzt sehen durch eine kritische Lehre von den politisch relevanten Wertmaßstäben und von den soziologisch zur Führung befähigten Gruppen der Nation.

Der Widerspruch zwischen Webers Forderung nach dem Werturteil in der Antrittsrede und der leidenschaftlichen Verteidigung der Wertfreiheit der sozialwissenschaftlichen Erkenntnis in späterer Zeit läßt sich biographisch und erkenntnistheoretisch erklären. 1895 war Max Weber eben im Begriff, sich gegenüber der bis dahin hingenommenen Norm des nationalen Moments kritisch zu verhalten. Er begann, sich vom Alldeutschen Verbande zu lösen, dessen Mitglied er war. Die Mitarbeit an Friedrich Naumanns national-sozialem Programm, der tiefere Einblick in die von der deutschen Sozialstruktur des 19. Jahrhunderts gestützten Interessenkämpfe und die Bekanntschaft mit den tatsächlich wirksamen Maßstäben politischen Handelns, mit ihrer Vielfalt und ihrem Mangel an geistiger Klärung, gaben Anlaß genug, die wissenschaftstheoretischen Ansätze der Antrittsrede zu einer sozialwissenschaftlichen Wissenschaftslehre auszubauen. Diese vollzog sich durch die

Jahrgang 5 (1957), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1957_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

ebenfalls in Freiburg begonnene Zusammenarbeit mit Heinrich Rickert, der einer der Schulhäupter des südwestdeutschen Neukantianismus geworden ist.

Zunächst mußte es sich darum handeln, die besondere Qualität der geistes- und sozialwissenschaftlichen, oder wie Rickert sie nannte, der kulturwissenschaftlichen Begriffsbildung gegenüber der naturwissenschaftlichen festzustellen. Dann könnte der Versuch unternommen werden, die aus Geschichte und Gegenwart verfügbare soziologische Tatsachenwelt in ihrem zwingenden Gefügecharakter, d. h. in ihren immanenten Ordnungen herauszuarbeiten. Die nationalökonomische Theorie hatte in der Form der Grenznutzenlehre einen auf die rein wirtschaftliche Analyse reduzierten Gefügezwang herausgelöst. Es galt nun, ihrem Ergebnis die Sachlogik auch jener sozialen Gefüge an die Seite zu stellen, die nicht faßbar werden, ohne daß man auf nicht-ökonomisch begründete Willensäußerungen zurückgriff. Hier ist also der Ursprung der soziologischen Begriffsbildung zu suchen, die Max Weber später als die idealtypische bezeichnet hat. Sie führte ihn zu einem System der sozialen Gefüge auf der Grundlage vergleichender historisch-soziologischer Analyse, jenem System, das in dem Bande Wirtschaft und Gesellschaft des Grundrisses der Sozialökonomik und in der nachgelassenen Vorlesung über Staats-Soziologie dargestellt ist.

Dieses Vorgehen hatte in dreifacher Hinsicht bedeutungsvolle Folgen: Erstens suchte es gleichsam, die theoretische Ökonomie mit einer soziologischen Strukturenlehre zu umgeben. Das hieß aber die Modellvoraussetzungen erfüllen, die in den wirtschaftlichen und politischen Institutionen gegeben sind, an denen sich die ökonomische Theorie bricht, wenn sie zur Volkswirtschaftspolitik übergeht. Zweitens wurde damit ein weiterer Bereich des sozialen Daseins der Subjektivität der Werturteile entzogen, und zwar vor allem der verhüllten Subjektivität, nämlich der Verwechslung partikularer Interessen mit wissenschaftlich begründeter Wahrheit. In der Antrittsrede wendet sich dieses wissenschaftliche Ethos selbstkritischer Wahrhaftigkeit sowohl gegen die historisierende Genügsamkeit im Stolz auf das nationalpolitisch Erreichte wie gegen die Absolut-Setzung des Ökonomischen im dialektischen Materialismus. Drittens aber blieb auch für die vergleichend soziologische Untersuchung ein dem wissenschaftlichen Zugriff entzogener Bereich des Wertens übrig. Hier erhielt die Subjektivität des Menschen ihr Recht oder auch ihr Charisma. Alles, was die Wissenschaft tun konnte, bestand darin, die Folgen eines gewählten oder zur Wahl stehenden Handelns aus der Einsicht in die soziologischen und ökonomischen Gefüge-Zusammenhänge vorauszudenken. Sie kann dem Handelnden und dem Urteilenden das Wagnis der Wahl und des Urteils selbst nicht abnehmen.

Eben weil Max Weber der politischen Leidenschaft seines Wesens treu blieb, wie sie in der Antrittsrede sich ausspricht, löste er den Konflikt zwischen Wissen und Werten theoretisch durch diese Zweiteilung des geistigen Verhaltens in ein wissenschaftlich wertfreies und ein „dämonisch" wertendes. Damit wurde einerseits der Wissenschaft eine Askese besonderer Art auferlegt und andererseits das Werten innerhalb der von der Wissenschaft gezogenen Grenzen freigegeben, sobald es

Jahrgang 5 (1957), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1957_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

nur darauf verzichtete, den Anspruch auf Wissenschaftlichkeit noch zu erheben. Aber ist denn das Denken in dieser Weise teilbar, würden wir heute fragen. Liegt nicht in eben diesem wissenschaftstheoretischen Grundansatz schon die Versuchung, auf Erkenntniswege zu verzichten, ohne die sich die ganze Wirklichkeit dem Denken nicht ergibt, also eine beschränkende petitio principii? Die Wertfreiheitslehre ist denn auch in Deutschland und außerhalb seiner Grenzen zum Ausgangspunkt der Verzichtleistung auf die weitere philosophisch-anthropologische Klärung des Daseinsverhaltens geworden, das sich hinter diesem Begriff der Wertung verbirgt. Der als politischer Zeitgenosse leidenschaftlich mitdenkende Max Weber selbst hat zwar nicht so sehr philosophisch, um so mehr aber praktisch bis zu seinem Ende mit diesem Problem der Wertung gerungen. Darum verlohnt es sich, den Wertungen weiter nachzugehen, die in der Antrittsrede unmittelbar hervortreten, während sie im wissenschaftlichen Werk der späteren Zeit in die unverbindliche Stille des Nur-Individuellen verdrängt sind.

In Fragen der Volkswirtschaftspolitik ist aber der letzte Wertmaßstab die Staatsraison der weltlichen Machtorganisation der Nation. An ihm „messen wir auch die Klassen, welche die Leistung der Nation in der Hand haben oder erstreben". Von diesem Kriterium her nimmt er Stellung zur innenpolitischen Lage des Deutschen Reiches. Die tiefe und bleibende Wirkung, die das Vierteljahrhundert der Führung Bismarcks auf die Generation Max Webers ausgeübt hat, mischt sich bei ihm fünf Jahre nach seiner Absetzung mit der „beklemmenden" Einsicht, daß Bismarck und seine Epoche zur Vergangenheit gehören. Welche sozialen Gruppen am Jahrhundertende erfüllen die Voraussetzungen, die nötig sind, um in dieser Lage die politische Führung zu übernehmen?

Der preußische Landadel, das Junkertum, aus dem Bismarck selbst hervorging, erfüllt sie nicht mehr. Mit der unaufhaltsamen Wandlung der Agrarstruktur des Ostens zerfällt sein sozialer Charakter und schwindet sein Vermögen zur politischen Führung. „Der Schwerpunkt der politischen Intelligenz rückt in die Städte." Aber das Bürgertum hatte die nationale Einheit nicht selber geschaffen, sondern die politische „Sättigung", den wirtschaftlichen Erfolg und den gesicherten Frieden hingenommen in der Gesinnung des Epigonentums und der politischen Unreife. Und das deutsche Proletariat hat den Charakter eines politisch unerzogenen Spießbürgertums noch nicht verloren, es lebt in ihm „kein Funke jener katilinarischen Energie der Tat, aber freilich auch kein Hauch der gewaltigen nationalen Leidenschaft, die in den Räumen des Konvents wehten". Darin liegt die Gefahr, meint Max Weber 20 Jahre vor dem Ausbruch des ersten Weltkrieges, daß weder die bisher herrschenden noch die wirtschaftlich leitenden und begünstigten, noch die sozial aufsteigenden Klassen befähigt sind, die Träger der Machtinteressen der Nation zu werden. Daraus ergibt sich die vordringliche Forderung des Tages: „Eine ungeheure politische Erziehungsarbeit ist zu leisten, und keine ernstere Pflicht besteht für uns, als, ein jeder in seinem kleinen Kreise, uns eben dieser Aufgabe bewußt zu sein: an der politischen Erziehung unserer Nation mitzuarbeiten, welche das letzte Ziel auch gerade unserer Wissenschaft bleiben muß."

Jahrgang 5 (1957), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1957_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Aber warum gilt ihm der nationale Machtstaat und seine Staatsraison als letzter Maßstab des Wertens? Einige Stellen der Rede deuten eine Antwort an. Die Volkswirtschaftslehre, so heißt es, ist eine Wissenschaft vom Menschen, und so fragt sie vor allem nach der Qualität der Menschen, welche durch die ökonomischen und sozialen Daseinsbedingungen herangezüchtet werden. Verbirgt sich vielleicht in der Frage nach der Qualität eine positive normgebende Einsicht, an der sich dann auch Max Webers „Haß gegen das Kleine" und seine „Leidenschaft zorniger Trauer" über das politische Epigonentum entzündet hat? Das eingangs erwähnte Wort über Freiheit und Selbstachtung des Menschen gibt uns einen Hinweis. Und der Schleier, den Max Weber über seine letzten Motive legt, scheint zu zerreißen, wenn er den Traum von Frieden und Menschenglück als optimistische Selbsttäuschung angreift und fortfährt: „Nicht das Wohlbefinden des Menschen, sondern diejenigen Eigenschaften möchten wir in ihnen emporzüchten, mit welchen wir die Empfindung verbinden, daß sie menschliche Größe und den Adel unserer Natur ausmachen."

Die Begriffe von Freiheit und Selbstachtung, menschlicher Größe und Adel unserer Natur heben sich wie Lichter aus dem beschatteten Daseinsbild heraus, in dem die Staatsraison des nationalen Machtstaates das letzte Kriterium des Urteils bedeutet. Die Verfassung des Daseins ist die des Kampfes von Mensch und Mensch, Nation und Nation um irdischen Raum, und die volkswirtschaftliche Gemeinschaft hat diesem Kampf der Nationen höchstens eine andere Form gegeben. Die politische Erziehung hat also der Ausrüstung unserer Nachfahren für „den ewigen Kampf um die Erhaltung und Emporzüchtung unserer nationalen Art" zu gelten. Max Webers Leidenschaft zur illusionslosen Erfahrung der politischen Wirklichkeit ist getragen von einem gegen allen Idealismus reaktiven Begriff des Wirklichen. Aus dieser Leidenschaft des Wissenwollens erwächst seine Arbeit an einem vergleichenden System der Gesellschaftsformen. Dieselbe Leidenschaft hindert ihn daran, der Wirklichkeit jener Kräfte nachzugehen, die sich in Worten wie Freiheit und Adel unserer Natur andeuten, aber in den Bereich der bloßen Empfindung verwiesen werden. Was ist denn unsere nationale Art, daß sie den „ewigen Kampf" rechtfertigte, den Max Weber uns auferlegt sieht? Was ist denn Adel und Größe der menschlichen Natur, die den Selbsterhaltungskampf der Nation rechtfertigen könnten? Sind nicht gerade hier dem Wissenwollen die entscheidenden Fragen gestellt, hier wo Max Weber dem Wissen die Schranke aufbaut?

In der Antrittsrede ist es der nationale Machtstaat, der ihn über die Aporie des Wertens erhebt. Er hat im weiteren Verlauf seines Denkens aus seiner radikalen Unterscheidung des Wissens als Wissenschaft vom Werten als Haben eines Heilsguts die volle Konsequenz gezogen: Die letzten überhaupt möglichen Standpunkte zum Leben sind miteinander unvereinbar, anders gesagt, der Kampf zwischen Mensch und Mensch, Nation und Nation, auf dem der Wille zur Selbstbehauptung und zur Politik beruht, ist begründet in dem „ewigen Kampf der Götter miteinander". (Wissenschaft als Beruf.)

Wir haben in der Anlage der Antrittsrede verfolgt, wie sich für Max Weber

Jahrgang 5 (1957), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1957_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

die Nationalökonomie als sozialwissenschaftliches Teilgebiet dargestellt und ihn darum zu einer soziologischen Systematik gedrängt hat. In diese Soziologie sind die Wirkungen religiös begründeter und theologisch dogmatisierter „Wertungen" des religiösen Glaubens im Verfahren vergleichenden Verstehens hereingezogen. Als Soziologie des menschlichen Geschichtsverlaufs hat diese vergleichend-historische Arbeit den Prozeß der Rationalisierung als den beherrschenden Vorgang herausgearbeitet. Von hier aus fällt ein Licht auf Webers Auffassung seiner eigenen Gegenwart, als einer „gottfremden, prophetenlosen Zeit", „in der nur innerhalb der kleinsten Gemeinschaftskreise, von Mensch zu Mensch, im Pianissimo jenes Etwas pulsiert, das dem entspricht, was früher als prophetisches Pneuma in stürmischem Feuer durch die großen Gemeinden ging und sie zusammenschweißte". (Wissenschaft als Beruf.)

Die kraftvolle Ehrlichkeit dieses negativen Bekenntnisses behält ihren großartigen Charakter. Sie entbindet aber nicht von der Frage nach der Richtigkeit der ihm zugrunde liegenden Auffassung des Wissens.

Historisch gesehen steht Max Webers Grundauffassung des Daseins als eines Kampfes der Selbstbehauptung in naher Verwandtschaft zu der Grundauffassung des Thomas Hobbes. Nicht zufällig war Hobbes derjenige Denker, der die charakteristische Modernität des Verfahrens in die Staatsphilosophie eingeführt hat, die das Sollen zu einer bloßen Funktion der Strukturen macht, wie sie sich aus der leviathanischen Verfassung der Verhältnisse zwischen Menschen ergeben. Max Webers Nähe zu Thomas Hobbes wird gestützt durch die Wirkungen der zeitgenössischen Naturwissenschaft auf sein eigenes Denken, durch das Vorbild der Mechanik im Aufsuchen soziologischer Gesetzlichkeiten und die Übernahme der Begriffe von Zucht und Züchtung aus der darwinischen Entwicklungslehre in die Politik. Die Gestalt Bismarcks, der er mit ebensoviel Bewunderung wie Auflehnung begegnet, drängt den freiheitlich empfindenden Max Weber tiefer hinein in die Absolutsetzung der sogenannten Realpolitik. In ihrem Licht wird die Freiheitsidee des Vormärz mit Ausnahme ihres nationalen und ihres verfassungspolitischen Momentes zu einem blassen Traum. Die Aporie des Wertens und die Erklärung des nationalen Machtstaats als letzten Maßstabs des politischen Denkens stehen in unmittelbarer Beziehung zueinander. Wir wissen, wie sehr Max Weber als Persönlichkeit der Gesinnung und den politischen Mitteln des Nationalsozialismus Widerstand geleistet hätte, dessen Kommen als Reaktion er fürchtete. Aber wir finden in seiner Staatssoziologie keinen normgebenden Halt des Wissens gegen die Entmenschlichung des Politischen, die wir erlebt haben und erleben, und wir können ihn nicht finden, denn der Wissenschaftsbegriff, auf dem sie aufgebaut ist, ist wertneutral und beruht auf einer agnostischen Philosophie.

Von dieser ethischen Prämisse her ist die Leidenschaft zu verstehen, mit der Max Weber den unkritisch auf Urteil und Handlung angewandten sogenannten „Wertungen" in der Nationalökonomie seiner Zeit entgegengetreten ist. Sein systematisch-soziologisches Denken unternimmt den Versuch, von den sozialen Strukturen her das gesicherte Wissen als Voraussetzung sachgerechten Urteils zu erweitern. Er dient der Absicht, der Vernunft im Handeln den Weg zu bahnen,

Jahrgang 5 (1957), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1957_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

indem er den Umkreis der Voraussicht vergrößert und die bewußte Einsicht in die letzten Motive des Handelns zur Pflicht macht. Dennoch gerät Weber aber zugleich in ein wissenschaftliches Verhalten, welches das Wißbare in zwei getrennte Bereiche zerlegt. Auf der einen Seite finden wir jenen Bereich, dem er das Prädikat der Wissenschaftlichkeit zuerkennt, die systematische Soziologie, die aus einer typologisch-vergleichenden Durcharbeitung des historischen Stoffes gewonnen wird. Sie ist dazu bestimmt, dem Handeln die Orientierung an der soziologischen Realität zu erleichtern, und eben diese „Wirklichkeit" besteht immer in den sozialen Gefügen und ihrer immanenten Regelhaftigkeit.

Die Größe dieser wissenschaftlichen Leistung wird nicht bestritten, wenn wir klar einsehen, daß Max Weber auf der anderen Seite die Sphäre des sogenannten Wertens, die Sphäre, in der die letzten Entscheidungen fallen, offengelassen hat, indem er ihr das Prädikat des wissenschaftlich Erweisbaren aberkannte. Hier stieß er auf eine Grenze der vernünftigen Einsicht. Die Begriffe, mit denen er sich in diesem Bereiche begnügen muß – z. B. der des Charisma der Führerpersönlichkeit, der des Pneuma der prophetischen Leidenschaft, der des Dämon der Subjektivität des einzelnen Individuums – bleiben philosophisch ungeklärt, und eben darum decken sie auch mit Notwendigkeit durchaus heterogene, große und kleine, böse und gute Mächte und Erscheinungen des geschichtlichen Daseins. Sie verstellen also eher den Blick auf die Wahrheit und die Wirklichkeit, um die es der philosophischen Besinnung in erster Linie zu tun ist, als daß sie ihn eröffnen. Mit anderen Worten, die Soziologie Max Webers ist trotz ihres gesellschaftsgeschichtlich universalen Aspektes eine Spezialwissenschaft und als solche bedarf sie, wie die Soziologie überhaupt, des Anschlusses an das philosophische Denken. Das philosophische Verfahren Heinrich Rickerts hat zwar für Max Weber und den Fortgang seiner Arbeit die Befreiung von der methodologischen Nachahmung der damaligen Physik bedeutet, aber sie konnte die soziologische Seite der Kulturwissenschaft mit der Grundaufgabe, die sich die Philosophie stellt, nicht fruchtbar verbinden helfen. Der Begriff des Wertes als solcher ist dafür ungeeignet. Ebenso möchte die Hinnahme eines unlösbaren polytheistischen Konflikts der Werte, eines ewigen Kampfes unter ihnen, sich als eine vorzeitige Resignation erweisen, die wiederum den Einblick in das Wesen des Kampfes verstellt, das den Kämpfen des Menschen und der Geschichte zugrunde liegt. Mit guten Gründen ist also die Philosophie des 20. Jahrhunderts andere Wege gegangen. Die Philosophie der Gesellschaft und der Politik ist aus denselben Gründen im Begriff, sich ihr anzuschließen. Von hier aus gesehen ist Max Weber und sein Werk heute historisch, in der doppelten Bedeutung dieses Wortes als vergangen und als weiterwirkend. Beide, der Mann und das Werk, gehören zu der Krise des modernen Denkens, die sich spiegelt in der Krise des modernen Daseins. Das Werk Max Webers war ein imposanter Versuch, in der Universalität seiner Anlage dem umgreifenden Philosophieren Hegels vergleichbar, aber Hegels entschiedener Widerpart in dem selbstauferlegten Verzicht auf das Erfassen des Sinnes der sozialen Gefüge aus dem Geiste und im Wissen um den geschichtlichen Gang des Geistes.

Jahrgang 5 (1957), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1957_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Die Einsicht in die Monumentalität und in die Grenzen des Torso, den Max Weber hinterlassen hat, macht verständlich, warum sich Soziologen und Staatsphilosophen der Gegenwart um die Verfeinerung unserer speziellen Kenntnisse sozialer Tatbestände bemühen, also das von ihm selbst in der Verfahrensart seiner Epoche gepflegte empirisch-soziologische Forschen entwickeln. Sie macht auch begreiflich, warum sich heute das Denken über Gesellschaft und Staat der klassischen philosophischen Frage nach den letzten Daseinsgegebenheiten des Menschen zuwenden muß, wenn es ihm in der Aporie der Entscheidung durch die Erhellung des Normativen helfen will, warum also die Fragestellungen der Ontologie, die Ergebnisse der biologischen und historischen Anthropologie und die Besinnung über die Wahrheitsgehalte des Naturrechts für Soziologie und Politik heute wesentlicher geworden sind, als Max Weber hätte ahnen können.

Unsere eigenste geschichtliche Erfahrung hat uns in diesem Bestreben ermutigt. Das Zerbrechen der Macht unseres eigenen Volkes hat unsere Aufmerksamkeit gelenkt auf den Unterschied zwischen einem kurzsichtig ergriffenen und einem wohlverstandenen Interesse des nationalen Staates, es hat unseren Blick erweitert hinein in die Zustände der gegenwärtigen Welt, in der unser eigenes Dasein befaßt ist, es hat uns vielleicht darüber belehrt, daß das Beste einer Nation gerade dort zu finden sein könnte, wo sie über den Bereich ihrer bloßen Selbstbehauptung hinausreicht, daß gerade dorther uns neue Antriebe zuwachsen, die moderne Gesellschaft und die moderne Staatenwelt aus den philosophischen Prämissen des Menschseins zu denken.

Mit diesem Einblick in Max Webers Freiburger Antrittsrede habe ich versucht zu verdeutlichen, wie an den Stätten des akademischen Lernens Menschen als bewirkende und bewirkte teilnehmen an den Geschicken des Geistes und durch sie verflochten sind mit dem Gang der Schicksale, die wir die äußeren nennen. Der Soziologie Max Webers, die mit dieser Rede ihren Anfang genommen hat, weiterführend zu begegnen, verlangt von den Heutigen die Fortbildung seiner Kunst, die soziale Wirklichkeit zu fassen und zugleich die Entschlossenheit, die soziologisch-politische Erkenntnis mit der auf das Menschsein und seine Zukunft hin denkenden Philosophie zu verbinden. An der Persönlichkeit Max Webers bleibt seine kraftvolle, leidenschaftliche und selbstlose Widmung an das Wissen ein Eindruck von nachhaltiger Tiefe. Die aus dieser Hingabe erwachsene Forderung der Antrittsrede nach unserer Bildung zu politischer Reife ist heute so aktuell, wie sie es vor zwei Menschenaltern gewesen ist.

Jahrgang 5 (1957), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1957_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

DIETRICH GEYER

DIE RUSSISCHEN RÄTE UND DIE FRIEDENSFRAGE IM FRÜHJAHR UND SOMMER 1917

Die revolutionäre Dynamik im Russischen Reiche, die sich in der Notzeit des dritten Kriegswinters spontan entlud, verdankte ihre besondere Stoßkraft der agitatorisch verbreiteten und weithin angenommenen Überzeugung, daß der Kampf gegen die zaristische Autokratie über Krieg und Frieden mitentscheide. Da das revolutionäre Rußland auch unter der Provisorischen Regierung des Fürsten Lwow dem Weltzusammenhang des Krieges zugeordnet blieb, war mit dem Sturze des Hauses Romanow das Problem der Sinngebung des Waffenkampfes und seiner Entbehrungen in neuer Weise gestellt. Dieser Einsicht hat sich keine der im Petrograder Arbeiter- und Soldatenrat vertretenen Linksparteien verschließen können. Die überkommene Kettung des revolutionären Enthusiasmus an das Friedensverlangen der Bevölkerung mußte den Versuch einer demokratisch-revolutionären Rechtfertigung des Krieges überdies ohne Bestand und Wirkung lassen, wenn er nicht von entschlossenen Schritten zur Herbeiführung des Friedens begleitet war. In der zusätzlichen Verknüpfung mit dem provisorischen Modus vivendi zwischen liberaler Regierung und sozialistischer Räteexekutive hat dies Problem den Weg der russischen Revolution, den Novembertagen und Brest-Litowsk entgegen, maßgeblich bestimmt.[1]

In das Ringen um die Fragen von Krieg und Frieden brachten die unvermittelt an die Spitze der Revolution gehobenen sozialistischen Führungsgruppen Rußlands aus Exil, Verbannung und Konspiration, wie aus dem begrenzt legalen Arbeitsfeld der Duma und der Kriegsindustrie-Komitees, jene theoretischen und politischen Auffassungen ein, die sich seit den Augustwochen des Jahres 1914 im

---

[1] Im vorliegenden Beitrag wurde die Datierung, auch der russischen Ereignisse, durchweg nach dem Gregorianischen Kalender gegeben; der in Rußland bis zum 14. Februar 1918 gültige Julianische Kalender folgt der europäischen Zeitrechnung in einem Abstand von 13 Tagen.

Der Verf. verwendet die Kurzformen „Räteexekutive", „Räteführung", „Rätekomitee" für das „Exekutivkomitee des Petrograder Rates der Arbeiter- und Soldaten-Deputierten" (Ispolnitel'nyj Komitet Petrogradskogo Soveta Rabočich i Soldatskich Deputatov), das seit März 1917 faktisch als ständige Zentralinstanz für die in ganz Rußland entstandenen lokalen Revolutionsorgane (Räte, Sowjets) fungierte und auf dem ersten Rätekongreß im Juni 1917 zu einem „Allrussischen Zentralen Exekutivkomitee" (Vserossijskij Central'nyj Ispolnitel'nyj Komitet — VCIK) erweitert wurde. Der Ausdruck „Rätemehrheit" meint die in der Räteexekutive vertretenen Fraktionen der Menschewiki, der Sozialrevolutionäre und des jüdischen Arbeiterbundes, denen die bolschewistischen Deputierten im Verein mit lettischen und polnischen Sozialdemokraten als Opposition gegenüberstanden. Eine gründliche Untersuchung der Zusammenhänge gibt Oskar Anweiler in seiner noch ungedruckten Dissertation: Die Rätebewegung in Rußland 1905—1921 (Hamburg 1954).

Jahrgang 5 (1957), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1957_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Angesicht der nationalen Vereinzelung des europäischen Sozialismus über die alten Parteibindungen hinweg geformt hatten. Wie überall im Bereich der zersplitterten Internationale war auch in Rußland das traditionelle Bekenntnis der Sozialisten zur internationalen Solidarität der arbeitenden Klassen mit dem durch den Krieg und das Beispiel der Bruderparteien geweckten Gefühl der Verantwortlichkeit für Staat und Nation konfrontiert und auf seine Tragfähigkeit hin geprüft worden.

Einer oberflächlichen Betrachtung mochte der Fortgang des Krieges, der das revolutionäre Rußland aus der Entente gegen die monarchisch geführten Mittelmächte nicht entließ, jene Thesen bestätigen, die „eine patriotische Begeisterung der Arbeiterschaft" dem „nationalen Verteidigungskrieg" mit dem Ziele zugeführt sehen wollten, „die ungeheure Gefahr zu beseitigen, mit der ein Sieg Deutschlands die Entwicklung der europäischen Demokratie bedroht".[2] In diesem, vom Nestor des russischen Marxismus, G. W. Plechanow, autorisierten Bilde trat das „klassenbewußte Proletariat Rußlands" im Bunde mit den großen sozialistischen Parteien Frankreichs und Englands der „imperialistischen Politik des deutschen Junkertums und der deutschen Bourgeoisie" entgegen, zu deren „vielleicht sicherster Stütze" sich die deutsche Sozialdemokratie erniedrigt habe.[3] Mit ungleich tieferer Berechtigung als vor dem Zusammenbruch des Zarenregimes empfanden sich die Apologeten der „nationalen Selbstverteidigung" im Frühjahr 1917 in den nunmehr von Woodrow Wilson ausgedeuteten „Waffengang zwischen den alten Grundsätzen der Macht und den neuen Grundsätzen der Freiheit" eingereiht.[4] Der Friede setzte hiernach die Niederringung Deutschlands voraus. Dabei führte die Begrenzung des „Weltfeindes" auf die militärischen Frontlinien des Krieges die Plechanow-Gruppe dicht an die Vorstellungen der sozialistischen Mehrheiten in den alliierten Ländern heran, zugleich aber auch an ungleiche Verbündete im eigenen Lande. Gewiß lag der Germanophobie dieses Sozialistenkreises eine andere gesellschaftliche Haltung und Zielsetzung zugrunde als die des imperialen Nationalismus der russischen Liberalen um den Historiker Miljukow oder die der monarchisch-loyalen „Oktobristen" Gutschkows. Doch ergab sich aus der spezifisch sozialökonomischen Abwehrstellung gegen eine wirtschaftliche Expansion des industriellen Deutschlands, die „der Quelle unserer Befreiungsbewegung", der kapitalistischen Entwicklung Rußlands, schädlich sei,[5] eine durchaus verwandte Beurteilung

[2] Naše Delo (Petrograd) 1915, No. 5/6, S. 61.

[3] G. V. Plechanow: O vojne (Über den Krieg). Paris 1914, Petrograd 1916, S. 15. Zur Plechanow-Gruppe vor allem der Sammelband: Vojna. Sbornik statej. Paris 1915. – Eine materialreiche Übersicht über die Kriegsauffassungen der russischen Sozialisten bei G. Tschudnowsky: Archiv für die Geschichte des Sozialismus und der Arbeiterbewegung. Hrsg. von Carl Grünberg. VI (1916) 60–94, IX (1921) 356–412 (im folgenden „Grünbergs Archiv").

[4] Zur Prinzipienpolitik Wilsons in der zeitlichen Verknüpfung von russischer Revolution und amerikanischem Kriegseintritt vgl. die Fragestellung von Hans Rothfels: Gesellschaftsform und auswärtige Politik (Laupheim 1951); dazu neuerdings die bedeutsame Bereicherung der Quellengrundlagen durch George F. Kennan: Russia leaves the War. Princeton Univ. Press 1956. Ferner des Verf.: Wilson und Lenin. Jbb. f. Gesch. Osteuropas 3 (1955), 430–41.

[5] Plechanow: O vojne, S. 26.

Jahrgang 5 (1957), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1957_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

der Kriegslage und der Möglichkeiten des Friedens – auch nach den Märzereignissen.

Aber dies war die Stellung einer Minderheitsgruppe, die der Massenstimmung der russischen Revolution wenig entsprach. Im Hinblick auf das Zarenregime und die traditionelle Bindung des russischen Sozialismus an die vertrauensvolle und enge Gemeinsamkeit mit dem „fortgeschritteneren Bruder" im deutschen Proletariat war der Zerfall der Internationale in Rußland, wie bei den Exilgruppen im Auslande, besonders schmerzlich empfunden worden. Die Sonderlage der russischen revolutionären Parteien engte den Wirkungskreis der „nationalen" Sozialisten in ungleich stärkerem Maße ein als etwa in Deutschland, Österreich-Ungarn oder in den Ländern der Entente, wo die Parteivorstände Parlamentsfraktion, Presse und den Mechanismus der Arbeiterorganisationen dem „nationalen Verteidigungskrieg" zuführen konnten. In Rußland war ein 4. August 1914 weder denkbar gewesen noch zustande gekommen: beide Duma-Fraktionen der russischen Sozialdemokratie hatten in ihrer Erklärung zum Kriegsausbruch die Kontinuität der internationalen Klassensolidarität des Proletariats gegen die Kriegspolitik der imperialistischen Mächte beschworen.[6] Von der Veteranengruppe um Plechanow abgesehen, wirkten die exilierten Führer der Sozialdemokraten und der sozialrevolutionären Bewegung in erbitterter Polemik gegen den „durch die Politik der Eroberungen" entstandenen, „völlig gegen die Klasseninteressen der Arbeiter gerichteten" imperialistischen Krieg. Paul Akselrod und Jurij Martow vom Auslandssekretariat der Menschewiki, Viktor Tschernow und Natanson-Bobrow von den Sozialrevolutionären fanden sich, ungeachtet aller Differenzen in der Beurteilung der Gegenwartsaufgaben und Zukunftsperspektiven, mit den linksradikalen und pazifistischen Minderheiten der europäischen Parteien auf den Zimmerwalder Konferenzen zusammen.[7] Von ihnen wurden jene Aufrufe mitgetragen, die „über die Grenzen, die dampfenden Schlachtfelder, die zerstörten Städte und Dörfer hinweg" den „unversöhnlichen Klassenkampf" zur Durchsetzung eines „Friedens ohne Annexionen und Kontributionen" proklamierten.[8]

---

[6] Russ. Text und dt. Übers. der Erklärung vom 8. 8. 1914 in Grünbergs Archiv VII (1916), S. 119f.

[7] Zur Polemik gegen die „Union sacrée" und gegen Plechanow vgl. die Artikel Martows in „Naše Slovo" (Paris 1915) sowie im „Informativnyj Listok" der Auslandsorg. des jüd. Arbeiterbundes (Genf 1914/16); in dt. Sprache P. Akselrod: Die Krise und Aufgaben der internationalen Sozialdemokratie. Zürich 1915. Die Beiträge W. Tschernows (Gardenin) in der Genfer „Žizn'" liegen gesammelt vor in den Broschüren: Internacional i vojna (D. Internationale und der Krieg) und Vojna i ‚Tret' ja sila' (D. Krieg und die ‚Dritte Kraft'), beide Genf 1915.

[8] Die Dokumente zu Zimmerwald (Sept. 1915) und Kiental (April 1916): Grünbergs Archiv XII (1926), 315–62; die Manifeste der „Zimmerwalder Linken" außerdem bei Lenin: Sämtl. Werke (Wien–Berlin) XX, 2. S. 268–75. Sekundärdarstellungen: Merle Fainsod, International Socialism and the World War. Harvard Univ. Press 1935; Alfred Rosmer, Le mouvement ouvrier pendant la guerre. De l'union sacrée à Zimmerwald. Paris 1936; O. H. Gankina and H. H. Fisher: The Bolsheviks and the War. The origins of the Third International. Stanford Univ. Press 1940.

Jahrgang 5 (1957), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1957_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Anlehnung und Sonderstellung zugleich hatten im Rahmen dieser Bewegung auch die extremen Thesen gegen den „Sozialimperialismus" der Zweiten Internationale gefunden, die kurz nach Kriegsbeginn von Lenin und Sinowjew in den Spalten des Genfer „Sozialdemokrat" präzisiert worden waren.[9] Wenn auch die Losung der Bolschewiki von der „Umwandlung des imperialistischen Krieges in einen Bürgerkrieg" und die verwandte Formel Karl Liebknechts gegen die „Union sacrée" (Bürgerkrieg, nicht Burgfrieden!) mit dem Pathos der Zimmerwalder Vereinigung zusammenklangen, – so haben sich die Friedensbemühungen der russischen Arbeiter- und Soldatenräte im Frühjahr 1917 indessen immer bestimmter von dieser Revolutionsgesinnung einer „Dritten Internationale" abgrenzen müssen.

Den seit 1914 diskutierten Interpretationsweisen des Krieges und Leitbildern des Friedens hat der Eintritt der sozialistischen Parteien Rußlands in die revolutionäre Verantwortung erstmals praktisch-politische Bedeutung gegeben. Die Postulate der „Vaterlandsverteidigung", der internationalistisch-pazifistischen Aktion, wie die des revolutionären Bürgerkrieges waren nach dem Sturz der Monarchie den weitgespannten Erwartungen einer Massenunruhe ausgesetzt, die den neuen Führungskräften nicht mehr intellektuell konzipierte Lageanalysen abverlangten, sondern politische Entscheidungen zur Beendigung des Krieges. Den Friedenshoffnungen der Revolution mochte das auf den Zimmerwalder Konferenzen abgesteckte Rahmenprogramm am ehesten entsprochen haben. Seine Umsetzung in die äußere und innere Politik der Räteparteien erwies sich freilich an bedeutsame Einschränkungen gebunden, weil das Gebot der Sicherung des Erreichten eine Aufrechterhaltung der russischen Front gegen den deutschen Gegner und damit das Verbleiben Rußlands in der Kriegskoalition der Entente bedingte. Die Problematik einer „revolutionären Vaterlandsverteidigung" bei gleichzeitiger Forderung eines „demokratischen Friedens ohne Annexionen und Kontributionen" war von dem weltweiten Zusammenhang des Staatenkonfliktes nicht ablösbar.

*

Das erste Manifest des Petrograder Exekutivkomitees der Arbeiter- und Soldatenräte „an die Völker der ganzen Welt" (27. März 1917),[10] das unter Verzicht auf die Anrufung entwerteter Institutionen der sozialistischen Bewegung „Genossen, Proletarier und Werktätige aller Länder" zur „Wiederherstellung und Befestigung der internationalen Einheit" als Pfand „künftiger Siege und der völligen Befreiung der Menschheit" aufforderte, hat über die Schranken der Fraktionen hinweg ganz offenbar die Breite des revolutionären Friedenswillens aufgenommen.

[9] Die Aufsätze Lenins und Sinowjews aus den Jahren 1914–16 zusammengefaßt in: Gegen den Strom. Verl. der Komm. Intern. 1921; für die Sonderstellung Trotzkijs vgl. Lenin und Trotzky: Krieg und Revolution. Schriften und Aufsätze aus der Kriegszeit. Bern 1918. Dazu die Analyse von Stanley W. Page: Lenin's assumption of international leadership. In: Journal of Modern History XXVI (1954), S. 223–45 und I. Deutscher: The Prophet Armed. Trotsky 1879—1921. Oxford Univ. Press 1954, S. 211 ff.

[10] Russ. und dt. Text: Illustrierte Geschichte der Russ. Revolution. Berlin 1928, S. 139, 141.

Jahrgang 5 (1957), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1957_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Dabei dominierte das Anliegen nach Sammlung der Kräfte für den „entschiedenen Kampf gegen die Eroberungsgelüste der Regierungen" und der Appell an die „Völker Europas zu einer gemeinsamen, entschlossenen Aktion für den Frieden" über die Katalogisierung von Friedensprinzipien, wenn auch der Annexions- und Kontributionsverzicht der Zimmerwalder Manifeste zum Anklingen kam.

Kennzeichnend für die gebotene Berücksichtigung innerrussischer Hemmungen und des begrenzten Oppositionswillens der ausländischen Mehrheitsparteien war das Zurücktreten traditionell anti-imperialistischer und anti-kapitalistischer Formulierungen: Den Kräften der „Weltreaktion", zu denen neben der „in den Staub getretenen Zarentyrannei" die „halbabsolutistische (polusamoderžavnoe) Regierung von Königen, Gutsbesitzern und Bankiers" des deutschen Kaiserreiches gezählt wird, stehen „Weltfreiheit und Weltdemokratie", die „internationale Solidarität des Proletariats", die „Völker der Welt" gegenüber. Die Rätemehrheit projizierte die Stoßrichtung der russischen Revolution gegen Autokratie und Grundbesitz auf die außerrussische Welt. Daneben stand im Blick auf die Sozialisten in den verbündeten Ländern der Aufruf zu energischen Maßnahmen für einen allgemeinen Frieden und gegen jede Bedrohung und Entartung der Einheit der „Weltdemokratie" von seiten der bürgerlichen Kräfte. Das Leitbild der „revolutionären Kontrolle" der Regierungen durch proletarisch-sozialistische Klassenorgane, wie sie die Rätemehrheit in der Petrograder „Doppelherrschaft" gewährleistet sah, war in diese Auffassung unverkennbar eingeflossen. Unterschiedlich davon wurde die Situation „in der deutsch-österreichischen Koalition" mit der Lage des russischen Volkes vor dem Sturz des Zaren gleichgesetzt und dem deutschen Proletariat die Aufgabe zugewiesen, dem von der russischen Revolution vorgezeichneten Weg nachzufolgen. Dazu traf der Hinweis, daß dem Aufruf zur Verteidigung der Zivilisation gegen den „asiatischen Despotismus" nunmehr der Boden entzogen sei, zugleich den Kern des von den Märzereignissen ausgelösten Notstandes in der Orientierung der deutschen Sozialdemokratie.[11]

So waren im Rätemanifest vom 27. März die Fronten des Krieges nachgezeichnet, wobei die als durchgehendes Phänomen der Gegenwart erkannte „Eroberungspolitik der herrschenden Klassen" – wie der „Imperialismus" umschrieben wurde – gegenüber den Mittelmächten eine zusätzliche Abwertung zum Reaktionären hin erfuhr, die der demokratischen Kreuzzugsideologie der Verbündeten wie den traditionsgebundenen Überzeugungen der russischen Liberalen entgegenkam. Im gemeinsamen Bekenntnis zur „revolutionären Vaterlandsverteidigung", die den Separatfrieden verwarf, umspannte diese elastische Zielsetzung die Auffassungen der menschewistischen und sozialrevolutionären „Internationalisten" (Martow, Akselrod, M. Bobrow) und der bolschewistischen Fraktion unter Kamenew ebenso wie die Germanophobie der „Edinstwo"-Gruppe um Plechanow.[12] Für die Bol-

[11] Erich Matthias: Die deutsche Sozialdemokratie und der Osten. Tübingen 1954, S. 10 ff.

[12] Plechanows Haltung nach der Märzrevolution: God na rodine. Polnoe sobranie statej i reči 1917–18 (Ein Jahr in der Heimat. Vollständ. Sammlung der Artikel und Reden). Paris 1921. 2 Bände.

Jahrgang 5 (1957), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1957_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

schewiki hatte Stalin das Rätemanifest in der „Prawda" (16./29. März) begrüßt; auch er war der demokratisch-antimonarchistischen Rechtfertigung des Krieges gefolgt: „Solange die deutsche Armee den Befehlen des Kaisers gehorcht, muß der russische Soldat fest auf seinem Posten stehen, Kugel mit Kugel, Granate mit Granate erwidern. Bis die imperialistischen Mächte Friedensverhandlungen zustimmen, bleibt jeder Mann auf seinem Posten."[13]

Die vom Rätekomitee geforderte Erklärung des Kabinetts Lwow zur Landesverteidigung und zur Außenpolitik der Provisorischen Regierung (9. April)[14] bewegte sich auf der gleichen demokratisch-revolutionären Prinzipiengrundlage, die den Burgfrieden innerhalb des Rates und zwischen den beiden Polen der Petrograder „Doppelherrschaft" ermöglicht hatte. Mit der Billigung der Regierungserklärung bekannte sich die „Erste Allrussische Konferenz der Arbeiter- und Soldatendeputiertenräte" am 11. April in ihrer Mehrheit zugleich zu den von Lwow bekräftigten „Verpflichtungen gegenüber unseren Verbündeten". Die „revolutionäre Demokratie" mochte freilich diesen etatistischen Aspekt durch die mit der Anerkennung des Selbstbestimmungsrechtes verbundene Versicherung aufgewogen sehen, daß das „freie Rußland" nicht „die Vergrößerung seiner äußeren Macht auf Kosten anderer Völker" erstrebe und es ablehne, „irgendein Volk zu unterjochen oder zu erniedrigen". Die Erklärung der Regierung gab zudem der These der Rätemehrheit Raum, daß die Friedensformel der revolutionären Demokratie von der Provisorischen Regierung vorbehaltlos angenommen worden sei: „Die russische Demokratie anerkennt die ungeheure Bedeutung der Regierungsdeklaration und sieht in ihr einen wichtigen Schritt, um die demokratischen Prinzipien auf dem Gebiet der äußeren Politik zur Geltung zu bringen."[15] Es war das eine Deduktion, aus der in der Folgezeit immer wieder das Selbstbewußtsein der russischen Revolutionsparteien gegenüber dem internationalen Sozialismus abgeleitet worden ist.

Die Notwendigkeit einer Präzisierung der Friedensvorstellungen wie auch jener „gemeinsamen, entschlossenen Aktion für den Frieden", von der das März-Manifest gesprochen hatte, stellte sich den russischen Sozialisten alsbald mit Nachdruck. Dabei wirkte die wachsende Problematik der Beziehungen zwischen Räteexekutive und Provisorischer Regierung mit der durch den Kriegseintritt der Vereinigten Staaten von Nordamerika (6. April) belebten internationalen Diskussion um die

[13] Zit. nach Franz Borkenau, Das Jahr 1917. In: Der Monat, Nr. 37, 1952 (Sonderabdruck S. 16). Dazu den Artikel Kamenews: Bez tajnoj diplomatii (Ohne Geheimdiplomatie), nach Prawda vom 15. 5. 1917 bei Lenin XX, 2, S. 258–60. – Zu der nach dem XX. Kongreß der KPdSU aufgelebten Diskussion um die Rolle Stalins im März und April 1917 vgl. E. N. Burdžalov in: Voprosy istorii 1956, No. 4, S. 38–56, No. 8, S. 109–14, F. I. Drabkina ibid. 1956, No. 9, S. 3–16 und die Antikritik der Parteizeitschriften „Partijnaja Žizn'" 1956, Nr. 14 und „Kommunist" 1957, Nr. 4, S. 20 ff.

[14] Dt. Übers.: Ill. Gesch. der Russ. Revolution, S. 174.

[15] Aus der von Zeretelli vorgelegten Resolution der Rätekonferenz; zit. nach „Den'", 13. 4. 1917 in: Die russische Revolution. Mitteilungen aus der russ. Presse. Hrsg. vom Ausschuß für deutsche Ostpolitik Nr. 1 (1. 5. 1917), Sp. 6.

Jahrgang 5 (1957), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1957_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Formulierung der Kriegsziele und der Friedensgrundsätze zusammen. Kräftige Antriebe für eine verstärkte Initiative der Rätemehrheit gab der aus schweizerischem Exil in Petrograd eingetroffene Lenin durch seine berühmt gewordenen „April-Thesen", mit denen er die auf dem Rätekongreß von Kamenew für die Bolschewiki verkündete „Plattform" entwertete.[16] Lenin verwarf in Übertragung der Frontstellung der Zimmerwalder Linken auf das revolutionäre Rußland für sich und seine Partei die Kriegsrechtfertigung der „Sozialchauvinisten" und verwies auf den „untrennbaren Zusammenhang zwischen Kapital und imperialistischem Krieg", der „einen wahrhaften demokratischen Frieden ohne den Sturz des Kapitals" unmöglich mache. Dieser Angriff auf die Position des Exekutivkomitees der Räte gewann wenig später an Gewicht, als die Note des Außenministers Miljukow an die Regierungen der Entente (1. Mai) – mit der Postulierung eines Kampfes „bis zum entscheidenden Siege" um „Garantien und Sanktionen" – in der Hauptstadt wie an der Front um sich greifende Demonstrationen auslöste.[17]

Den unmittelbaren Anstoß zum Handeln aber gab eine Aktion der sozialistischen Parteispitzen Hollands und der skandinavischen Länder, die am 22. April alle Parteien und Fraktionen der „Sozialistischen Internationale" zur Teilnahme an einer Konferenz „zur Prüfung der internationalen Lage" in Stockholm aufgefordert hatten.[18] Der dänische Sozialdemokrat Frederik Borgbjerg überbrachte der Petrograder Räteexekutive am 7. Mai die Einladung des Stockholmer Organisationskomitees zusammen mit einem Katalog vom Parteivorstand der deutschen Sozialdemokratie autorisierter Friedensgrundsätze.[19] Das Bekenntnis der SPD-Führung zum Selbstbestimmungsrecht und die Versicherung, „für die Räumung aller besetzten Gebiete" einzutreten und Russisch-Polen die „völlige Freiheit" der Entscheidung zuzubilligen, sich „als unabhängiger Staat zu erklären oder Rußland anzuschließen", schien den russischen Menschewiki wie den Sozialrevolutionären hinreichende Möglichkeiten für eine Erörterung der Friedensentwürfe auf einer internationalen Sozialistenkonferenz zu bieten. Dabei konnte die Zurück-

[16] Lenins April-Thesen: Sämtl. Werke XX, 1. S. 114–20. Kamenews „Plattform" in Auszügen bei J. Martow und F. Dan: Geschichte der russ. Sozialdemokratie. Berlin 1926. S. 296.

[17] Text der Note: Ill. Gesch. der Russ. Rev., S. 175. Für die interalliierten Zusammenhänge s. Robert D. Warth: The Allies and the Russian Revolution. Duke Univ. Press (1954), S. 52–59. Zu den „April-Unruhen" neuerdings die sowjet. Arbeit von G. N. Golikov und Ju. S. Tokarev: Aprel'skij krizis 1917. In: Istoričeskie Zapiski 57 (1956), S. 35–79 und die Auszüge aus den unpublizierten Erinnerungen I. Zeretellis: Reminiscences of the February Revolution. In: Russian Review Vol. 14 (1955), S. 93 ff., 184 ff., 301 ff.

[18] R. D. Warth, S. 67. – Kurz vorher hatte der Führer der schwedischen Sozialdemokratie, Hjalmar Branting, Petrograd besucht (Krasnyj Archiv XV (1926), S. 62).

[19] Die „Friedensbedingungen" der SPD nach „Rabočaja Gazeta" vom 25. 4./8. 5. 1917 bei Lenin: Sämtl. Werke XX, 1. S. 341; vgl. Ph. Scheidemann: Memoiren eines Sozialdemokraten Bd. 1, Dresden 1928. S. 423 ff. Ferner: E. Matthias, a. a. O. S. 16 ff.; neuerdings auch John L. Snell: The Russian Revolution and the German Social Democratic Party in 1917. In: The American Slavic and East Europ. Review XV (1956), S. 339—50. – Ebert, Scheidemann und O. Bauer waren in der ersten April-Hälfte mit Borgbjerg in Kopenhagen zusammengetroffen (Scheidemann: Der Zusammenbruch. Berlin 1921. S. 149).

Jahrgang 5 (1957), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1957_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

haltung der SPD in der polnischen Frage, die der territorialen Begrenzung des Lösungsversuchs der deutschen Reichsregierung entsprach, den bezwingenden Reiz offenbar nicht aufwiegen, der für die Rätemehrheit in einem Übereinkommen mit der deutschen Sozialdemokratie, vor allem aber in der Demonstration des Gewichts der eigenen Position vor dem Forum einer re-aktivierten Internationale beschlossen lag.[20]

Als Reaktion auf die Borgbjerg-Mission übertrug eine am 8. Mai von Theodor Dan vorgelegte Resolution dem Exekutivkomitee „die Initiative zur Einberufung einer Internationalen Sozialistenkonferenz".[21] Wie stark das Verlangen in den Vordergrund trat, sich den Entente-Sozialisten als führende Kraft der revolutionären Demokratie vorzustellen, zeigte die Ausrichtung der geplanten Konferenz auf die „Plattform" des Manifestes vom 27. März. In die gleiche Richtung wies der „kategorische Appell" an die sozialistischen Mehrheitsfraktionen des Auslandes, „deutliche, öffentliche und energische Schritte" bei ihren Regierungen mit dem Ziel zu unternehmen, die „freie Ausreise der Delegierten der Minderheiten" (d. h. der linksoppositionellen Gruppen) durchzusetzen. Daß die Bolschewiki hingegen das Stockholmer Konferenzprojekt verwarfen, entsprang der folgerichtigen Ausweitung ihrer innerrussischen Frontstellung auf die Trümmer der Zweiten Internationale. Die am 8. Mai von Lenin der bolschewistischen „April-Konferenz" vorgelegte Entschließung erklärte die Teilnahme an einer Konferenz, „bei der Borgbjerg und Scheidemann vertreten sind, für grundsätzlich unzulässig": „Unsere Aufgabe ist nicht die Einigung der direkten oder indirekten Agenten der verschiedenen imperialistischen Regierungen, sondern die der Arbeiter aller Länder, die bereits im Kriege einen revolutionären Kampf gegen ihre imperialistischen Regierungen führen."[22]

Schwerer wog zunächst, daß dem Stockholmer Vorhaben bei den Mehrheitssozialisten und Gewerkschaften in den alliierten Ländern eine kühle Aufnahme bereitet wurde.[23] Schon die Kontakte des Petrograder Exekutivkomitees, die mit dem Eintreffen zweier Delegationen französischer und britischer Sozialisten in Rußland (13. April) möglich geworden waren, hatten das unterschiedliche Kriegsverständnis der Gesprächspartner wieder deutlich werden lassen. Bei einem Empfang durch die Provisorische Regierung am 18. April erläuterte das Mitglied der Fabian Society, William Sanders, die Kriegsziele der „Arbeiter Englands" in den traditionellen, gegen Deutschland gewandten Formulierungen: Der „gegenwärtige Krieg muß allein durch die endgültige Vernichtung jener Kräfte beendet werden, die bereits in Rußland bezwungen wurden[24] und überall bezwungen werden

[20] Zur Reaktion der russ. Parteipresse, vgl. „Den'" vom 24. 4./7. 5. 1917 und „Novaja Žizn'" vom 26. 4./9. 5. 1917 (Russ. Revolution Nr. 3, 19. 5. 1917; Nr. 5, 2. 6. 1917). Über den Bericht Borgbjergs an den SPD-Vorstand: Scheidemann, Zusammenbruch, S. 151 ff.

[21] Text der Resolution: Krasnyj Archiv XV (1926), S. 70.

[22] Lenin: Sämtl. Werke XX, 2, S. 287–89.

[23] R. D. Warth, a. a. O. S. 68.

[24] Gemeint ist hier offenbar die gemeinhin als „germanophil" gekennzeichnete Hofkamarilla um die ehem. Zarin.

Jahrgang 5 (1957), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1957_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

müssen, jener dunklen Kräfte, die Belgien, Serbien und Rumänien unterdrücken."[25] In Übereinstimmung damit versicherte der französische Kammerabgeordnete Marius Moutet, das „freie demokratische Frankreich" werde „im Bunde mit der Demokratie Rußlands bis zum Ende kämpfen müssen, bis zum Siege über den Militarismus, für die Freiheit der Völker und die Vernichtung des Krieges auf Erden". Während Miljukow in den Gesprächen den Argwohn der Gäste zu zerstreuen suchte, daß die Revolution die Kampfkraft und den Einsatzwillen Rußlands geschwächt habe, sprach Kerenskij für die russischen Sozialisten über den „Traum von der Gleichheit und Brüderlichkeit der Völker der ganzen Welt", welcher „nicht aus der Idee des Vaterlandes, wie es das alte Europa verstand", ableitbar sei. „Wir erwarten", so führte er aus, „daß Ihr (die ausländischen Sozialisten) auf die übrigen Klassen Eurer Staaten den gleichen bestimmenden Einfluß ausüben werdet, wie wir hier auf unsere bürgerlichen Klassen, die jetzt ihre Absage an imperialistische Bestrebungen erklärt haben." Das war freilich aus dem persönlichen Pathos des Justizministers heraus gesprochen, der sich als „Geisel der Demokratie" in der bürgerlichen Regierung empfand, kam jedoch zugleich der Selbstauffassung der russischen Revolution sehr nahe.

Wie unvermittelt bei solchen Begegnungen historisch und staatlich gebundene Überzeugungen sozialistischer Partei- und Gewerkschaftsfunktionäre des Auslandes dem emotionalen Feuer der russischen Revolution gegenüberstanden, zeigten die Reden der Franzosen Marcel Cachin und Ernest Lafont vor dem Plenum der Räteexekutive am folgenden Tage. Zwar bekannten sich die Besucher zum „Verzicht auf Eroberungen", ein Bekenntnis, das angesichts der Kriegslage notwendig gegen die Mittelmächte gerichtet war, – unter Hinweis auf die Kriegszerstörungen schien ihnen jedoch ein „Friede ohne Kontributionen" in mancherlei Hinsicht anfechtbar.[26] Auch der sozialistische Munitionsminister Frankreichs, Albert Thomas, der am 12. Mai gegen den Einspruch der Bolschewiki und der Martow-Gruppe vom Exekutivkomitee empfangen wurde, stellte die Frage nach der Wiedergutmachung der großen materiellen Verluste, welche die Völker „ohne eigene Schuld" erlitten hätten, und unterstrich überdies den Anspruch Frankreichs auf „seine ihm entrissene Provinz" Elsaß-Lothringen.[27]

Von Beginn an hatten die Vertreter der Bolschewiki und der Zimmerwalder „Internationalisten" bei den Diskussionen mit den ausländischen Delegierten und in der Parteipresse vor allem an der Frage nach dem Schicksal der Kolonialbesitzungen und den Rechten der linksoppositionellen Minderheiten die „opportunistische Position" der französischen und britischen Parteien zu brandmarken versucht und auf die Kluft hingewiesen, die zwischen der demokratischen Selbstauffassung der Alliierten und der von den „imperialistischen Regierungen" zu erwartenden

[25] Die folgenden Zitate nach der teils wörtlichen, teils referierenden Wiedergabe der Reden in: Krasnyj Archiv XV, S. 62–67.

[26] Ebenda, S. 65.

[27] Stenogramm der Rede: Krasnyj Archiv XV, S. 71.

Jahrgang 5 (1957), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1957_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Friedensregelung bestehe.[28] Die fortdauernde Erregung über die umstrittene Note Miljukows, die ungeachtet der am 13. Mai erzwungenen Demission des Außenministers als eine tiefgehende Belastung des Petrograder Burgfriedens fühlbar geblieben war, bewog nunmehr auch die Rätemehrheit entschiedener als bisher zur Absage an jede Durchbrechung der revolutionären Friedensprinzipien durch Motive der Staatsraison oder der Kriegsschuldauffassung.

Mit welcher Gewalt sich die Räteführung durch die wachsende Zuspitzung revolutionärer Unruhe im Lande in radikalere Bahnen abgedrängt sah, wurde an dem folgenden Manifest des Exekutivkomitees abmeßbar, das am 15. Mai „alle sozialistischen Parteien und Fraktionen" nach Stockholm rief.[29] Der wenige Tage später erfolgte Eintritt sozialistischer Minister (unter ihnen der Führer der Sozialrevolutionäre und Angehörige der Zimmerwalder Vereinigung Viktor Tschernow) in das Koalitionskabinett des Fürsten Lwow (18. Mai) gab diesem Bannstrahl gegen die „ungeheuerlichen Verbrechen . . . des internationalen Imperialismus" ein zusätzliches Gewicht. Die Übertragung des Friedensprogramms der Räte auf die Provisorische Regierung schien damit gesichert; um so nachdrücklicher wurde das verbündete und feindliche Ausland angesprochen. So enthielt der Aufruf den Appell „an die Sozialisten der alliierten Staaten", nicht zuzulassen, daß die „Stimme Rußlands . . . im Kreise der alliierten Mächte allein" bleibe. Die Forderung nach Eindeutigkeit und Klarheit, die Albert Thomas wenige Tage vorher an die Petrograder Räteexekutive gerichtet hatte,[30] wurde nunmehr zurückgegeben: „Ihr müßt Euere Regierungen zwingen, entschieden und unmißverständlich zu erklären, daß das Programm des Friedens ohne Annexionen und Kontributionen auf der Grundlage des Selbstbestimmungsrechtes der Völker (auch) ihr Programm ist . . Gebt unserer revolutionären Armee, die ‚Friede unter den Völkern' auf ihr Banner geschrieben hat, die Gewißheit, daß ihre Blutopfer nicht mißbraucht werden . . ."

Hatte noch das Märzmanifest den gesellschaftlichen Antagonismus des westeuropäischen und amerikanischen Demokratieverständnisses gegen die „halbabsolutistischen Regierungen" der Mittelmächte nachgezeichnet, so wurde jetzt die Antithese zur „Weltdemokratie" im Begriff des „internationalen Imperialismus" zusammengefaßt; der Standort dieses Gegners schien nicht mehr an die Fronten des Staatenkonfliktes gebunden. Mit der Deutung der russischen Revolution als der „ersten Etappe der Weltrevolution" war die Rätemehrheit den Thesen Lenins im Terminologischen greifbar nahe gerückt. Die herkömmliche Beschwörung der „Sozialisten der österreichisch-deutschen Koalition", mit allen Mitteln zu verhindern, daß „die Truppen Eurer Regierungen zu Henkern der russischen Freiheit werden" und „Euch selbst und das ganze internationale Proletariat in den Um-

[28] Vgl. den Bericht A. Schljapnikows über sein Auftreten gegen Moutet und Lafont in der Sitzung des Räteplenums vom 19. April, ibid. S. 65.

[29] Text: Ebenda S. 72–74; Auszüge bei Lenin: Sämtl. Werke XX, 1, S. 566.

[30] Krasnyj Archiv XV, S. 71; zum Auftreten A. Thomas' vor dem Moskauer Stadtsowjet vgl. N. N. Sukhanov: The Russian Revolution. A personal Record. Oxford Univ. Press 1955. S. 369f.

Jahrgang 5 (1957), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1957_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

armungen des Imperialismus erdrosseln", wurde in dieses Bild eines gesellschaftlichen Weltgegensatzes eingeordnet. Damit hatten sich die russischen Sozialisten zugleich aus dem Zusammenhang jener Kreuzzugsideologie demokratischer Nationen abgesetzt, die der amerikanische Präsident Woodrow Wilson der russischen Revolution unterlegt und gegen die „Autokratie" des deutschen Kaiserreiches und der Donaumonarchie vorgetragen hatte.

Daß die Friedensaktion der Räteexekutive andererseits auch mit den Auflösungserscheinungen an der Front verklammert war, zeigte der am Tage des Aufrufs zur Sozialistenkonferenz erlassene Appell „an die Genossen Frontsoldaten".[31] Gegen die Verbrüderungsparolen der Bolschewiki, die in gleicher Richtung wirksame Frontpropaganda deutscher Stäbe und gegen den Gedanken des Separatfriedens wurde hier das Prinzip der „Verteidigung der Revolution" erneut bekräftigt. Die Ermahnungen zur Aufrechterhaltung der „Kampfkraft", die „der Sache des Friedens" diene, mochten dabei den zusätzlichen Zweck verfolgen, die Besorgnisse der Alliierten zu zerstreuen.

*

Die geplante Stockholmer Konferenz hatte sich von Beginn an als ein Koordinationsproblem ersten Ranges erwiesen. Das Ausmaß der Beteiligung ausländischer sozialistischer Parteien, insbesondere der Organisationen in den kriegführenden Staaten, mußte über Erfolg und Tragweite der russischen Friedensinitiative ebenso entscheiden, wie der Versuch, die Zusammenfassung der regierungsnahen Mehrheitsfraktionen mit den linksoppositionellen Gruppen zu erreichen. Diese Aufgabe war durch die terminologische Zuspitzung der Rätemanifeste ohne Zweifel erschwert worden. Die dem Zimmerwalder revolutionären Radikalpazifismus entnommenen Formulierungen mochten von dem drängenden Friedensverlangen der eigenen Gefolgschaft in Armee und Industrie verursacht und auf diese hin gesprochen sein, – im verbündeten Ausland konnten indessen solche Einbrüche in die „Union sacrée" und das Kriegsverständnis des patriotischen Sozialismus die bestehende Zurückhaltung nur verstärken.

Die Problematik selbst eines auf den sozialistischen Bereich beschränkten Versuchs, am Kampfe beteiligt dennoch die Fronten des Krieges und die gesellschaftlichen Spannungsfelder zu überwinden, wurde fühlbarer, als das Petrograder Exekutivkomitee das Projekt der Stockholmer Konferenz voranzutreiben begann. Am 21. Mai beschloß das Komitee die Errichtung einer „Kommission zur Einberufung der Internationalen Sozialistenkonferenz" mit der Auflage, einen ständigen Vertreter nach Stockholm zu entsenden, der Kontakte mit den skandinavischen Parteien herstellen und „auf dem Wege über die neutralen Sozialisten . . . Beziehungen zu den Arbeiterorganisationen Deutschlands und Österreich-Ungarns unterhalten und entwickeln" sollte. Einer dreiköpfigen Abordnung wurde die Aufgabe übertragen, durch den Besuch Englands, Frankreichs, Italiens und der Schweiz

[31] Krasnyj Archiv XV, S. 74–76.

Jahrgang 5 (1957), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1957_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

„alle Arbeiterorganisationen der verbündeten Länder für die Teilnahme an der Konferenz zu gewinnen".[32] Die Anfang April konstituierte „Abteilung für internationale Beziehungen" beim Arbeiter- und Soldatenrat, die bemüht war, die „außerordentlich schlecht und tendenziös" unterrichtete öffentliche Meinung des Auslandes „über die Ereignisse in Rußland zu informieren", übernahm die propagandistische Vorbereitung durch eine „systematische" Versorgung der neutralen und alliierten Presse mit den Deklarationen und Resolutionen der Räteorgane.[33]

Es war ein entmutigendes Indiz für die Haltung der Bruderparteien des verbündeten Auslandes, daß es offensichtlich nicht gelang, die Vermittlung der ententeorientierten Restinstitution der Zweiten Internationale, des „Internationalen Sozialistischen Büros" im Haag, für das Vorhaben der Räteexekutive zu erhalten, wofür die in wohlwollende Zusammenarbeit mit Petrograd eingetretene „Holländisch-Skandinavische Kommission" ihre guten Dienste angeboten hatte. Ein Schreiben dieses neutralen Organisationszentrums an das russische Exekutivkomitee vom 22. Mai ließ keinen Zweifel darüber aufkommen, daß es der in Stockholm weilende Leiter des Haager Büros, der belgische Sozialist Émile Vandervelde, kategorisch ablehnte, sich für eine gemeinsame Konferenz mit den sozialdemokratischen Parteien der Mittelmächte zu verwenden.[34] Die Auffassung der skandinavischen Vertreter, daß das Büro „ungeachtet der Krise des Krieges in den Augen aller Sozialisten das Prestige einer bedeutenden moralischen Autorität bewahrt" habe, war im Blick auf die tätigen Verbindungen Vanderveldes zu den britischen und französischen Mehrheitsparteien nicht abzuweisen. Die psychologische Wirkung der Unversöhnlichkeit dieses Repräsentanten eines unter deutscher Okkupation stehenden Staates war gewiß bedeutsam genug, um auf die Dauer auch die Entscheidungen der Entente-Sozialisten im gleichen Sinne zu beeinflussen. Wenige Tage später bekräftigten die Reden Vanderveldes und seines Landsmannes Louis de Brouckère auf zahlreichen Arbeiter- und Soldatenversammlungen in Rußland die Opposition der Zweiten Internationale gegen Verhandlungen mit deutschen sozialdemokratischen Delegierten, die, wie die Belgier ausführten, „die imperialistische Politik" der Berliner Regierung „unterstützt haben und noch unterstützen".[35]

Bei der in das Rätemanifest vom 15. Mai eingeflossenen Steigerung radikaler Stimmungen mochte es näher liegen, daß sich die Berner „Internationale Sozialistische Kommission" (I. S. K.) der Zimmerwalder Vereinigung in ihren Bemühungen um die Sammlung der zum Friedenskampf gegen die Regierungen entschlossenen Kräfte mit den Plänen des Petrograder Arbeiterrates traf. Bereits unmittelbar nach den Märzereignissen hatte der Sekretär der I. S. K., der an der Rückführung prominenter russischer Emigranten beteiligte Schweizer Robert Grimm, die Über-

---

[32] Text des Beschlusses ebenda, S. 76.

[33] Vgl. den Ende Juli 1917 verfaßten Rechenschaftsbericht der Abteilung: Krasnyj Archiv XVI (1926), S. 41–43.

[34] Text des Schreibens: Krasnyj Archiv XV (1926), S. 77f.

[35] É. Vandervelde: Three Aspects of the Russian Revolution. London 1918, S. 22; vgl. R. D. Warth, a. a. O. S. 69.

Jahrgang 5 (1957), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1957_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

siedlung der Kommission in die revolutionäre Metropole Rußlands erwogen, um der Zimmerwalder Friedensbewegung in Verbindung mit ihren zu angesehenen Führern der Räteorgane aufgestiegenen russischen Anhängern neue Impulse zu verleihen. Da jedoch das Ministerium Miljukows unter dem Verdacht deutschfreundlicher Neigungen die Einreise Grimms nach Rußland verweigert hatte, war die Berner Kommission Anfang Mai nach Stockholm übergesiedelt. Hier hatte sich die I. S. K. in einem Zirkular an die ihr angeschlossenen Organisationen der Konferenz-Einladung der Holländer zunächst insofern angenommen, als Grimm in Ausführung einer Kientaler Resolution „die Vertreter der auf dem Boden der Zimmerwalder Beschlüsse stehenden Parteien" für den 31. Mai zu einer Beratung nach Stockholm bat.[36] Diese sogenannte „Dritte Zimmerwalder Konferenz" sollte eine gemeinsame Stellungnahme zu der „von der holländischen Delegation einberufenen Konferenz ausarbeiten". Inzwischen aber war die Friedensinitiative der Räteparteien bekannt geworden, die Grimm zu einem neuen Versuch veranlaßte, sich durch einen persönlichen Besuch in Petrograd über die veränderte Situation zu unterrichten; am 22. Mai traf der schweizerische Sozialist in der russischen Hauptstadt ein, nachdem Irakli Zeretelli als sozialistischer Minister im Koalitionskabinett Lwow die Aufhebung der Einreisesperre erwirkt hatte.[37]

Hatte sich Robert Grimm schon am 23. Mai vor dem Parteikongreß der Menschewiki zu dem russischen Konferenzplan bekannt, so hielt er bei einem Meinungsaustausch mit den russischen Vertretern der Zimmerwalder Bewegung, ungeachtet des Einspruchs der Bolschewiki und Trotzkijs, an seiner positiven Einstellung mit dem Hinweis fest, daß die vorgesehene Konferenz in Stockholm schließlich nicht vom Haager Büro, sondern vom „revolutionären Arbeiterrat" einberufen worden sei. In der Kontroverse zwischen Lenin und den anwesenden menschewistischen „Internationalisten" schlugen die überkommenen Zimmerwalder Fraktionsbildungen der Jahre 1915 und 1916 mit den allgegenwärtigen Spannungen zwischen den Räteparteien zusammen. Bindende Beschlüsse über die Teilnahme der I. S. K. wurden indessen der Dritten Zimmerwalder Konferenz vorbehalten, die in Anbetracht der herrschenden Terminunklarheiten nunmehr drei Tage vor den allgemeinen Stockholmer Beratungen stattfinden sollte.[38]

Am Tage der Zusammenkunft Robert Grimms mit den russischen Zimmerwald-Gruppen hatte die Petrograder Konferenz-Kommission des Arbeiterrates den Entwurf eines Aufrufes ausgearbeitet, der unter Aufnahme der Thesen vom 15. Mai von den Teilnehmern in Stockholm die vorbehaltlose Unterstützung „einer internationalen Aktion gegen die imperialistischen Regierungen" forderte, „um sie zur

[36] „Das Internationale Sozialistische Büro und der Krieg." Resolution der Konferenz von Kiental (Grünbergs Archiv XII (1926), S. 350 f.). Text der Einladung: ebenda, S. 363 f. – Zur sogen. „Dritten Zimmerwalder Konferenz" s. Anmerkung 63.

[37] Angelica Balabanoff: Erinnerungen und Erlebnisse. Berlin 1927, S. 140 f.; Grünbergs Archiv XII (1926), S. 364.

[38] Grünbergs Archiv XII, S. 365; Balabanoff, S. 148 f. – Lenin und Trotzkij hatten in der Besprechung außerdem den Antrag gestellt, die I. S. K. möge den Eintritt der Sozialisten in die Provisorische Regierung mißbilligen.

Jahrgang 5 (1957), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1957_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Liquidierung des Krieges zu zwingen".[39] In einer Entschließung wurde festgestellt, daß „alle sozialistischen Parteien, die sich dem Haager Büro oder der Berner Kommission angeschlossen haben" und das März-Manifest des Exekutivkomitees anerkennen, zur Teilnahme aufgefordert werden sollten.[40]

Die erörterten Grundlinien wurden schließlich in der Botschaft der Räteexekutive vom 2. Juni zusammengefaßt, die als offizielle Konferenzeinladung „an die sozialistischen Parteien und zentralen Gewerkschaftsverbände" gerichtet war.[41] Die Botschaft ging wiederum von dem Leitsatz aus, daß bereits die „erste Provisorische Regierung" durch die April-Ereignisse (um die Miljukow-Note) gezwungen worden sei, die Friedensformel des Rates der Arbeiter- und Soldatendeputierten anzuerkennen; die Übereinstimmung des Räteprogramms mit den Auffassungen der „zweiten Provisorischen Regierung" wurde mit dem Hinweis auf die Regierungserklärung vom 19. Mai festgestellt.[42] Erneut kam zum Ausdruck, daß die „russische Demokratie" ihr weltpolitisch-revolutionäres Selbstbewußtsein im Bereiche des internationalen Sozialismus aus jener Übereinkunft ableitete, die zwischen den Räteorganen und dem Petrograder Kabinett in der Frage eines „Friedens ohne Annexionen und Kontributionen auf der Grundlage des Rechtes der Nationen und der Selbstbestimmung" erreicht schien. So wurde die „Hauptaufgabe" der (nunmehr für die Zeit zwischen 28. Juni und 8. Juli) angekündigten Stockholmer Konferenz – die „Liquidierung der Politik der ‚nationalen Einheit'" zwischen den sozialistischen Parteien und den „imperialistischen Regierungen" – in Rußland bereits für gelöst erklärt.[43]

In solchen Thesen hat sich zweifellos der von einem sozialistisch-internationalistischen Solidaritätsempfinden getragene, traditionelle Revolutionsmessianismus der russischen Intelligenz ausgesprochen.[44] Am tiefsten wohl im sozialrevolutionären Lager verwurzelt, wo die volkssozialistische Sezession das slawophile Bild vom „verfaulten Westen" in der Gegenwart des Weltkrieges zu beschwören suchte, war das Selbstbewußtsein der Revolution auch in konservativere und liberale Gedankengänge eingeflossen. Bei alledem hat die Auffassung, daß Rußland „den ersten Platz unter den Demokratien der Welt eingenommen" habe und die „allerfreiesten Institutionen" besitze,[45] daß „Amerika, England und Frankreich . . .

---

[39] Protokoll der Kommissionssitzung vom 15./28. Mai: Krasnyj Archiv XV, S. 79f.

[40] Text der Entschließung ebenda, S. 80.

[41] Text ebenda, S. 81.

[42] Text der Regierungserklärung in engl. Übers. bei W. H. Chamberlin: The Russian Revolution 1917–21. New York 1935, 2. Aufl. 1952, Vol. 1, S. 447ff.

[43] Vgl. dazu das Schreiben der Abt. für internationale Beziehungen der Räteexekutive an den Sekretär des Haager Büros, Camille Huysmans vom 11. 6. 1917 (Lenin: Sämtl. Werke XX, 2, S. 315f.).

[44] Emanuel Sarkisyanz hat dieses Phänomen in den größeren Zusammenhängen der russischen Geistesgeschichte eindrucksvoll belegt: Rußland und der Messianismus des Orients. Sendungsbewußtsein und politischer Chiliasmus des Ostens. Tübingen 1955, bes. S. 184, 195ff.

[45] In diesem Sinne auch Lenin in den April-Thesen: „Rußland ist zur Zeit das freieste von allen kriegführenden Ländern . . ." (Sämtl. Werke XX, 1, S. 115).

Jahrgang 5 (1957), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1957_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

hinter uns zurückgeblieben" seien,[46] den in den Friedensbemühungen der Räteparteien erkennbar gewordenen Führungsanspruch begründet erscheinen lassen. Doch war diese Idealkonzeption gleichzeitig von einem Revolutionspessimismus überschattet, der im Angesicht der allseitigen militärischen und politischen Bedrohung, der wirtschaftlichen Zerrüttung und der moralischen Zersetzung um sich griff. Ausgeprägter noch als im März-Manifest des Petrograder Exekutivkomitees umschloß so die Friedensbotschaft vom 2. Juni die Sorge um die Bewahrung und Rettung des Erreichten. Die freiheitliche Ordnung des Weltfriedens nach den gesellschaftlich-politischen Vorstellungen der Führungskräfte der russischen Räteparteien vermochte weniger denn je auf die positive Mitwirkung der kriegführenden Regierungen und der in nationale Fraktionen zersprengten sozialistischen Internationale zu verzichten.

Von vordringlichem Interesse mußte für die Räteexekutive – auch im Blick auf die Diskussionen um die Vorbereitung und Rechtfertigung einer russischen Sommeroffensive – die Reaktion der deutschen Sozialdemokratie sein. Ein Schreiben der in Stockholm eingetroffenen deutschen Delegation vom 7. Juni bekannte sich in zustimmender, dem revolutionären Selbstbewußtsein der Petrograder Sozialisten entgegenkommender Weise zur russischen Friedensformel, ohne freilich die traditionelle Scheu vor einer vorbehaltlosen Anwendung des Selbstbestimmungsrechtes abzulegen.[47] Die dem Schreiben beigefügte Resolution der sozialdemokratischen Fraktionen des Reichstages und des preußischen Abgeordnetenhauses vom 19. April wies die russische Räteführung unausgesprochen auf die Schranken hin, die der von der SPD anerkannte Grundsatz der „territorialen Unversehrtheit des Reiches" den Konzessionsmöglichkeiten der deutschen Mehrheitssozialisten entgegenstellte.[48] Die in Beantwortung eines Fragebogens der „Holländisch-Skandinavischen Kommission" verfaßte Stockholmer Denkschrift der SPD (12. Juni)[49] bestätigte wenig später, daß sich in der Frage der Selbstbestimmung und der territorialen Probleme des Krieges der staatsgebundene Standort der Partei gegenüber den dem Petrograder Exekutivkomitee von Borgbjerg überbrachten Prinzipien eines „Verständigungsfriedens" nicht geändert hatte.

Dagegen waren die russischen Thesen von den deutschen Unabhängigen Sozialdemokraten uneingeschränkt gebilligt worden. Das Stockholmer Manifest der USPD setzte die Prinzipiengrundlage der reinen Demokratie in das Programm des Friedens ein, ohne sich in der Ausdeutung des Selbstbestimmungsrechtes der für die Mehrheitssozialisten gültigen Bindung an die Integrität des historischen Staatszusammenhangs verpflichtet zu fühlen.[50]

[46] Reč', 1. 5. 1917 (Russ. Revolution Nr. 4, 26. 5. 1917).

[47] Russ. Übers. des Schreibens: Krasnyj Archiv XV, S. 82–84. Vgl. E. Matthias, a. a. O. S. 17.

[48] Text der Resolution vom 19. April: Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, abgehalten in Würzburg vom 14. bis 20. Okt. 1917. Berlin 1917. S. 36; Scheidemann, Zusammenbruch, S. 119.

[49] Text: Würzburger Protokoll, S. 34f.; Scheidemann, S. 135–41. Vgl. dazu das Antwortschreiben der russ. Räteexekutive vom 22. Juni: Krasnyj Archiv XV, S. 84.

[50] Zum Manifest der USPD s. Eugen Prager: Geschichte der USPD. Entstehung und Ent-

Jahrgang 5 (1957), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1957_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Hatte man russischerseits diese Verhandlungsbereitschaft der deutschen Sozialdemokraten beider Richtungen erhoffen können, so schien in diesen Wochen auch die Zurückhaltung der großen sozialistischen Parteien Großbritanniens und Frankreichs gegenüber der Stockholmer Konferenz über Erwarten in Wohlwollen umzuschlagen. Die durchgehende innenpolitische Krise in den kriegführenden Ländern Europas im Sommer 1917 hat dabei mit den enthusiastisch gestimmten Eindrücken zusammengewirkt, die von den aus Rußland zurückgekehrten Delegationen vermittelt wurden. Zugleich gewann die Befürchtung an Überzeugungskraft, daß das Friedensverlangen der russischen Revolution Separatvereinbarungen mit Deutschland entgegentreiben könne, falls sich die Arbeiterparteien der verbündeten Staaten weiterhin der russischen Konferenzaufforderung versagen sollten. In Frankreich sprachen prominente Rußlandreisende, wie Marcel Cachin und Marius Moutet, auf der Sozialistischen Parteiversammlung am 27. Mai für den Konferenzplan; Albert Thomas hatte bereits von Petrograd aus Alexander Ribot und Lloyd George wissen lassen, er habe „beschlossen, nach Stockholm zu gehen, koste es, was es wolle".[51] In der Tat revidierte die französische Sozialistische Partei ihren früheren ablehnenden Beschluß und übermittelte dem Petrograder Arbeiter- und Soldatenrat eine von Moutet und Cachin unterzeichnete Botschaft, daß „der Nationalrat der sozialistischen Partei einstimmig . . . die Einladung zur Teilnahme an der von der russischen Revolution einberufenen Internationalen Konferenz angenommen" habe.[52] Daß dieser Entscheidung lediglich eine der Haltung der SPD verwandte opportunistische Wendung zugrunde lag, erwies die mit der pauschalen Annahme der russischen Friedensgrundlagen verbundene Abschwächung der Formel vom „Selbstbestimmungsrecht der Völker" durch das Prinzip einer „Verteidigung der Rechte der Völker auf nationale Freiheit".[53] Den französischen Sozialisten schien die „Wiedererrichtung der Internationale" von der Weiterführung des Krieges nicht ablösbar.

Wie Albert Thomas sprach sich unter dem Eindruck der russischen Situation nunmehr auch der am 2. Juni in Petrograd angekommene britische Arbeitsminister und Sekretär der Labour Party, Arthur Henderson, zugunsten der Konferenz aus; seine vor allem an der Befürchtung deutsch-russischer Separatvereinbarungen gewonnenen Einsichten wirkten zeitweilig selbst auf den britischen Premier zurück. Während sich die Labour Party noch bis Mitte Juli einer abschließenden Stellungnahme enthielt, fand das Stockholmer Konferenzprojekt am 3. Juni auf dem gemeinsamen Kongreß der Independent Labour Party und der British Socialist Party in Leeds begeisterte Zustimmung. Eine von der britischen Regierung genehmigte,

wicklung. Berlin 1921, S. 160, sowie die Bemerkungen von E. Matthias, a. a. O. S. 19. Ferner die Dokumente in Grünbergs Archiv XII, S. 369, 370–72.

[51] Alexander Ribot: Lettres à un ami. Souvenirs de ma vie politique. Paris 1924, S. 260; M. A. Hamilton: Arthur Henderson, a Biography. London 1938, S. 132. Für den größeren Zusammenhang: R. D. Warth, a. a. O. S. 72.

[52] Undatiert in Krasnyj Archiv XV, 82.

[53] Erich Matthias hat auf den entsprechenden Vorgang in der deutschen Sozialdemokratie aufmerksam gemacht (a. a. O. S. 114, Anm. 61).

Jahrgang 5 (1957), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1957_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

vom britischen Botschafter in Petrograd Buchanan und von Henderson befürwortete Reise der Linkssozialistenführer Ramsay MacDonald, Fred W. Jowett (I. L. P.) und E. C. Fairchild (B. S. P.) nach Rußland scheiterte indessen am Widerstand der Seamen's Union, die sich dem Transport dieser „Kriegsgegner" widersetzte und der Delegation den Zugang zum Schiff versperren ließ.[54]

Ungleich größere Hindernisse, die für die Agonie der Sozialistenkonferenz den Ausschlag bringen sollten, ergaben sich aus der ablehnenden Stellungnahme der alliierten Kabinette. Hier setzte sich immer starrer die Auffassung durch, daß es sich bei dem Stockholmer Vorhaben um eine „deutsche Intrige" handele, die es zu zerschlagen gelte. Die amerikanische Regierung, bestärkt durch die Berichte ihrer diplomatischen Vertretungen in Europa und der Pressekorrespondenten in Stockholm, hatte bereits am 22. Mai mitgeteilt, daß sie den Mitgliedern der American Socialist Party die Pässe verweigern werde. Wenige Tage später waren die französische und die italienische Regierung dem Beispiel Washingtons gefolgt. So schien die Teilnahme sozialistischer Vertreter aus den mit Rußland verbündeten Ländern scheitern zu sollen, wenn auch das britische Kabinett im Wechselspiel mit der Entwicklung innerhalb der Labour Party von einer definitiven Entscheidung vorerst noch Abstand nahm.[55]

*

Die Widerstände gegen das Konferenzprojekt des Arbeiter- und Soldatenrates, wie sie sich in der schwankenden Haltung der Mehrheitssozialisten und der Kabinette des verbündeten Auslandes bereits im Laufe des Mai abgezeichnet hatten, mußten auch auf die Aktivität des Petrograder Exekutivkomitees zurückschlagen. Wesentlicher für das allmähliche Erlahmen der russischen Friedensinitiative waren indessen die Wandlungen des politischen Kräfteverhältnisses im Innern des Landes, insbesondere in den Hauptstädten. Hier wirkte die Problematik der Regierungskoalition, die sich angesichts der Vorbereitung einer russischen Sommeroffensive vor der Massenstimmung in Armee und Arbeiterschaft nur noch in komplizierten Denkvorgängen rechtfertigen ließ, mit der Agitation der Bolschewiki gegen das sozialistische „Versöhnlertum" und die „bürgerlich-imperialistisch" gelenkte Regierungspolitik zusammen. Die formaldemokratische Bindung aller Reformerwartungen an eine künftige Allrussische Konstituierende Versammlung wog gering gegenüber jenem ausgreifenden Trommelfeuer der Schlagwortkette „Brot, Friede, Freiheit!", das von der Etappe her auf die Truppenunterkünfte, die Fabrikhöfe und die Dörfer niederging.

Es erwies sich mit Deutlichkeit, daß die Autorität der zentralen Räteorgane diesen Belastungen auf die Dauer nicht gewachsen war. Ungeachtet ihrer vorerst noch unerschüttert gebliebenen institutionellen Positionen entglitt den gemäßigten, im Bewußtsein der revolutionären und zugleich staatlichen Verantwortung stehen-

[54] R. D. Warth, a. a. O. S. 72 ff.; vgl. neuerdings Stephan R. Graubard: British Labour and the Russian Revolution 1917–1924. Harvard Univ. Press 1956. S. 25 ff.

[55] Warth, S. 74 f.

Jahrgang 5 (1957), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1957_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

den Führungsspitzen mehr und mehr der Kontakt zu ihrer Gefolgschaft. Mit den Vorgängen auf dem ersten Allrussischen Kongreß der Räte der Arbeiter- und Soldaten-Deputierten in Petrograd (16. Juni bis 7. Juli), die im Gesamtzusammenhang des Revolutionsgeschehens als Beginn des Umbruchs zu Lenins Machtnahme hin erkannt sind, traten auch die Friedensbemühungen der Räteexekutive in das Stadium fortschreitender Agonie.

Bereits Mitte Juni war klar geworden, daß sich infolge der Beanspruchung der Parteispitzen durch den Rätekongreß der für die Eröffnung der Sozialistenkonferenz festgesetzte Termin (28. Juni) nicht einhalten ließ. Während die Vertreter der deutschen Sozialdemokratie in Stockholm mit dem Internationalen Sozialistischen Büro und dem Holländisch-Skandinavischen Komitee verhandelten, befand sich kein offizieller Repräsentant des russischen Exekutivkomitees in der schwedischen Hauptstadt. Zwei Tage nach der Rückreise der SPD-Delegation unter Leitung Fritz Eberts und Philipp Scheidemanns (19. Juni) erging endlich aus Petrograd eine Mitteilung an Hjalmar Branting, in der es hieß, daß sich „auf Grund des Kongresses der Räte der Arbeiter- und Soldaten-Deputierten die Entsendung einer Delegation . . . ein wenig verzögert" habe. Dessen ungeachtet stünde diese Frage auf der Tagesordnung des Kongresses „als eine der vordringlichsten".[56]

Wenig später stellte das Exekutivkomitee dem Rätekongreß in einer Erklärung[57] „die auf Initiative des Exekutivkomitees einberufene Internationale Konferenz" erneut unter dem Leitgedanken vor, Sinn und Ziel des Vorhabens müsse „die Vereinigung der werktätigen Klassen aller Länder im gemeinsamen Kampf für einen gerechten Frieden" sein. „Je breiter diese Vereinigung, um so fruchtbarer" könne der Kampf gegen die „Herrschaft des Imperialismus in der Weltpolitik" und gegen die „imperialistische Politik der Bourgeoisie" geführt werden. Es gelte, „durch den Zusammenschluß auf einer (einzigen) Plattform des Friedens und durch die Verpflichtung, sich im gemeinsamen Kampf gegen den Imperialismus zu unterstützen", ein „Vertrauensverhältnis unter den Demokratien aller Länder" herzustellen. Das Exekutivkomitee wiederholte die gegen die Opposition von links und rechts gewandte Versicherung, daß „zwischen Parteien und Richtungen kein Unterschied" gemacht werde: „Alle, die sich auf der genannten Grundlage vereinigen wollen", seien zur Teilnahme aufgerufen.

Diese Thesen standen indessen in einem schlagenden Kontrast zu den von der Rätemehrheit und der Provisorischen Regierung als notwendig erkannten Erfordernissen der Kriegführung. Die am 25. Juni mit großer Mehrheit angenommene Kongreßresolution über den Krieg ließ bei der „kategorischen Ablehnung eines Separatfriedens oder Waffenstillstandes" und mit der Befürwortung einer Offensive dem Bekenntnis zur „Wiederherstellung der revolutionären Internationale" und zur „Einberufung einer revolutionären sozialistischen Konferenz" nur wenig Raum: „. . . solange aber durch die internationalen Bemühungen der Demokratien

[56] Telegramm an den Vorsitzenden des Holl.-Skandin. Komitees vom 8./21. 6. 1917 (Krasnyj Archiv XV, 84), vgl. auch das Telegramm an C. Huysmans ebenda.

[57] Ebd., S. 85 (undatiert).

Jahrgang 5 (1957), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1957_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

der Krieg nicht beendet ist, ist die russische revolutionäre Demokratie verpflichtet, alles zu tun, um die Kampffähigkeit der russischen Armee sowohl für die Verteidigung als auch für eine Offensive zu stärken, da eine Durchbrechung der russischen Front die Niederlage der russischen Revolution und einen schweren Schlag für die internationale Demokratie bedeuten würde."[58] Wenn der von den Konstitutionellen Demokraten gesteuerte Allrussische Kosaken-Kongreß diese Auffassungen in einer Entschließung am 27. Juni mit der Forderung verband, daß „der Krieg im Einvernehmen mit unseren Verbündeten bis zu einem vollen Siege geführt werden" müsse,[59] so war damit lediglich eine von der sozialistischen Rätemehrheit nicht ausgesprochene Folgerung gezogen, die sich aus der fortdauernden Bindung Rußlands an den Weltkonflikt der Großmächte notwendig ergeben mußte. Es unterliegt keinem Zweifel, daß das von der Räteexekutive mitgetragene Dilemma zwischen Kriegführung und Friedenspathos den bolschewistischen Thesen in diesen Juni-Wochen erstmals ausgreifende Resonanz und Breitenwirkung gesichert hat.[60] Der von bolschewistischen Straßendemonstrationen in Petrograd begleitete Beginn der Kerenskij-Offensive (1. Juli) machte das Ausmaß der inneren Krise offenbar, in die nach einem Vierteljahr pathetischer Proklamationen die Friedensinitiative der Rätemehrheit eingetreten war.

Als am 3. Juli endlich eine vom Rätekongreß autorisierte Delegation nach Stockholm abreiste, war die Verhandlungsposition der Russen auch nach außen hin geschwächt: die noch Ende Mai erhoffte Koordinierung der Stockholmer Politik des Arbeiterrates mit der der Zimmerwalder Vereinigung hatte sich nach dem Presseskandal um Robert Grimm und dessen Ausweisung aus Rußland endgültig zerschlagen.[61] Unter dem Druck der bolschewistischen Vertreter (Radek, Orlowskij, Hanecki) versagte Angelica Balabanoff, die Nachfolgerin Grimms in der Leitung der „Internationalen Sozialistischen Kommission", am 9. Juli jede Mitwirkung an den Vorbereitungen zur Einberufung der Sozialistenkonferenz.[62] Die Obstruktionstaktik Lenins, „unter allen Umständen das verfaulte Zimmerwald zu begraben und eine echte, Dritte Internationale zu gründen",[63] hat sich bei dieser Entschei-

[58] Text der Resolution: Novaja Žizn' vom 26. 6. 1917; zit. nach: Die Russ. Revolution Nr. 11 (14. 7. 1917), Sp. 183.

[59] Novaja Žizn' vom 28. 6. 1917 (Russ. Rev. ebenda).

[60] Vgl. dazu die in Prägnanz und Eindeutigkeit der Alternative beispielhafte Kongreßrede Lenins über den Krieg (22. Juni): Sämtl. Werke XX, 2, S. 127–43.

[61] Zum Fall Robert Grimm: Grünbergs Archiv XII (1926), S. 366–69; A. Balabanoff, a. a. O. S. 157–63.

[62] Grünbergs Archiv XII, S. 372; Schreiben des Rätedelegierten Rosanow aus Stockholm an das Petrograder Exekutivkomitee vom 10. 7. 1917: Krasnyj Archiv XVI (1926), S. 25 ff.

[63] Brief Lenins an Karl Radek nach Stockholm vom 30. 6. 1917: Leninskij Sbornik XXI, S. 57. Vgl. auch die Artikel Lenins, Sämtl. Werke XXI, S. 97–99, 124–33. Über die schwankende Haltung der Bolschewiki in der I. S. K. bei Vorbereitung und Verlauf der „Dritten Zimmerwalder Konferenz" (5.–12. 9. 1917) s. neben Lenin XX, S. 161 die Kommentare des deutschsprachigen Organs der ausländ. Vertretung des ZK der Bolschewiki: Bote der Russischen Revolution, Nr. 1–5, Stockholm 1917. Dazu die Dokumentation in Grünbergs Archiv XVI und Balabanoff a. a. O., S. 164–73.

Jahrgang 5 (1957), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1957_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

dung erstmals ausgewirkt. Dabei vermochten die schriftlichen Zusagen linksoppositioneller Fraktionen der Entente-Länder und der gleichbleibend gute Kontakt mit der Stockholmer USPD-Vertretung[64] die Beeinträchtigungen nicht aufzuwiegen, die sich den Friedensbemühungen der russischen Räte nach dem Scheitern der Kooperationsgespräche mit der Zimmerwalder Kommission entgegenstellten.

Die Petrograder Delegation blieb bei den Verhandlungen in der schwedischen Hauptstadt nunmehr allein an das Holländisch-Skandinavische Komitee verwiesen, das seinerseits immer eindeutiger die zurückhaltende Position des entente-orientierten Haager Büros der Zweiten Internationale vertrat. Branting und Huysmans drängten auf eine Abschwächung der russischen Friedensformel und forderten den Verzicht der Russen auf das Prinzip einer uneingeschränkten Anerkennung der Konferenzbeschlüsse durch alle Teilnehmer. So war die vorläufige Einigung über Termin und Tagesordnung, die nach schwierigen Verhandlungen am 10. Juli zustande kam, mit grundsätzlichen Zugeständnissen an die Argumente der britischen und französischen Mehrheitssozialisten verknüpft.[65]

Dieses von den Umständen aufgezwungene Abrücken der russischen Vertretung von der kompromißloseren Zimmerwalder „Plattform" reichte indessen nicht aus, um bei den Regierungen der Entente die Hemmungen gegen ein internationales Friedensgespräch der Sozialisten niederzureißen. Vielmehr hatten – als die Auslandsdelegation des Arbeiterrates Mitte Juli in die Hauptstädte der verbündeten Mächte weiterfuhr – die alarmierenden Meldungen über den Fehlschlag der russischen Sommeroffensive und den bolschewistischen Putschversuch in Petrograd (16./17. Juli) neue Schranken aufgerichtet. Paris und London setzten jetzt alle Hoffnungen auf den neuen Ministerpräsidenten Kerenskij und sein Experiment zur „Rettung der Revolution" und führten nicht ohne Berechtigung den Zusammenbruch auf die demoralisierenden Wirkungen der sozialistischen Heerespolitik zurück. So fanden die russischen Rätedelegierten den französischen Parteivorstand zwar zur Mitwirkung an der Stockholmer Konferenz bereit, nicht aber imstande, die Regierung Ribot zu einer Revision ihrer Ablehnung in der Frage der Visaerteilung zu bewegen.[66] In London verfingen sich die Gäste aus Rußland in den diplomatischen Gegenzügen Lloyd Georges, der zur Abwehr der befürwortenden Haltung Hendersons eine distanzierende Erklärung der Provisorischen Regierung gegen Stockholm zu manipulieren verstand. Die Versicherung des russischen Geschäftsträgers Nabokow vom 9. August, Kerenskij betrachte etwaige Beschlüsse einer Sozialistenkonferenz „in keiner Weise bindend für die Handlungsfreiheit der Regierung", wandte sich zunächst gegen die mit knapper Mehrheit

[64] Protokoll der Gespräche mit den USPD-Vertretern (Ledebour, Haase, Herzfeld, Kautsky u. a.) und Viktor Adler: Krasnyj Archiv XVI, S. 29–31; Erklärung der französischen Zimmerwalder Fraktion: Grünbergs Archiv XII, S. 377–80.

[65] Krasnyj Archiv XVI, S. 33 f. Zu den Verhandlungen mit dem Holländ.-Skandinav. Komitee ebd., S. 29. Vgl. auch Grünbergs Archiv XII, S. 375–77.

[66] Telegramm der Auslandsdelegation des Arbeiterrates vom 7. 8. 1917: Krasnyj Archiv XVI, S. 35 f.

Jahrgang 5 (1957), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1957_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

gefällte positive Entscheidung des Labour-Kongresses für Stockholm (10. August) und erzwang den Rücktritt Hendersons (13. August).[67] Überdies aber zerschlug die Verlautbarung Nabokows nunmehr auch vor der Weltöffentlichkeit die proklamierte Ideengrundlage der russischen Friedensaktion, die sich seit dem März-Manifest an die Übereinstimmung der sozialistischen Friedensformel mit der Politik der Provisorischen Regierung geklammert hatte.

Bereits Mitte August hatte das Exekutivkomitee des Arbeiterrates an der Newa eine entmutigende Bilanz über den Stand seiner Bemühungen gezogen: „Dem Proletariat drohen ernste Gefahren ... und damit auch der Sache der russischen Revolution. Der Rat der Arbeiter- und Soldaten-Deputierten muß unverzüglich energische Schritte unternehmen, damit die Konferenz zustande kommt oder zumindest die Verantwortung für ein Scheitern auf diejenigen fällt, die ihr insgeheim oder öffentlich entgegengearbeitet haben ..."[68] Das war im Grunde ein Schwanengesang nach den hochgespannten Erwartungen der Frühjahrswochen, die sich auch durch die Versuche des russischen Ministerpräsidenten, seine Sympathien gegenüber Stockholm erneut zu bekräftigen, nicht rekonstruieren ließen.[69] Der ergebnislose Verlauf der lange erwarteten Interalliierten Sozialisten-Konferenz in London (28. August) und die Auflösung der Union sacrée in Frankreich (7. September) konnten die chronische Stagnation ebensowenig überwinden wie die Bemühungen des Stockholmer Organisationskomitees, die Parolen der immer wieder vertagten Konferenz bis in den Oktober hinein zu retten.[70]

In der hektischen Atmosphäre des russischen Spätsommers fristete die Friedensinitiative der russischen Räte ein in gelegentlichen Ausschußsitzungen weiter verdünntes Dasein, ohne glaubhafte Resonanz bei den kriegs- und resolutionsmüden Massen zurückzugewinnen. Sie versank wenig später in den Stürmen des Kornilow-Putsches und der bolschewistischen Agitationsoffensiven, die Rußland „auf der Konkursmasse des bankrotten Sozialpatriotismus" den Novembertagen entgegentrieben. Lenins Weg nach Brest-Litowsk hat noch vor Jahresende deutlich werden lassen, daß auch die Friedensmanifeste aus der Revolutionsgesinnung einer Dritten Internationale den Weltkrieg nicht zu übertönen vermochten. Die Machtbehauptung der Bolschewiki erwies sich an das zwischen März und Oktober verworfene Bekenntnis zum Separatfrieden gebunden.

---

[67] Constantine Nabokoff: The Ordeal of a Diplomat. London 1921. S. 134ff.; Krasnyj Archiv XVI, S. 37. – Zum Labour-Kongreß und zur Stellung Hendersons: Warth, a. a. O. S. 77–83; St. R. Graubard, a. a. O. S. 26–33.

[68] Undatierter Sitzungsbericht des Exekutivkomitees: Krasnyj Archiv XVI, S. 38. Vgl. auch das Protokoll der Beratungen vom 26. 7./8. 8. 1917 (ebd., S. 39f.).

[69] Russ. Revolution Nr. 18 (1. 9. 1917), Sp. 295, Nr. 19 (8. 9. 1917), Sp. 311. Dazu R. D. Warth, a. a. O. S. 84f.

[70] Die Dokumente des Organisationskomitees: Stockholm. Ed. Comité Organisateur de la Conférence Socialiste Internationale de Stockholm (Stockholm 1918). Die bolschewist. Stellungnahme: Bote der Russischen Revolution (Stockholm) Nr. 2 (22. 9. 1917), S. 10; Nr. 5 (13. 10. 1917), S. 6–9.

Jahrgang 5 (1957), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1957_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

GÜNTER MOLTMANN

DIE FRÜHE AMERIKANISCHE DEUTSCHLANDPLANUNG IM ZWEITEN WELTKRIEG*

Am Beginn des hier zu behandelnden Themas steht die am 14. August 1941 von Winston S. Churchill und Franklin D. Roosevelt veröffentlichte „Atlantik-Charta".[1] Sie formulierte in vier Punkten eine Absage an die Methoden des politischen und wirtschaftlichen Imperialismus:

1. Ihre Länder streben keine territorialen oder anderen Vergrößerungen an.
2. Sie wünschen keine territorialen Veränderungen, die nicht mit den frei zum Ausdruck gebrachten Wünschen der betroffenen Völker übereinstimmen.
3. Sie achten das Recht aller Völker, die Regierungsform, unter der sie leben wollen, zu wählen, und sie wünschen die Wiederherstellung der Souveränitätsrechte und der Selbstregierung bei denen, die ihrer gewaltsam beraubt worden sind.
4. Sie werden sich unter gebührender Berücksichtigung ihrer bestehenden Verpflichtungen darum bemühen, daß alle Staaten, große oder kleine, Sieger oder Besiegte, unter gleichen Bedingungen Zugang zum Handel und zu den Rohstoffen der Welt, die sie für ihr wirtschaftliches Wohlergehen benötigen, genießen.

In den vier weiteren Punkten der Charta forderten ihre Verfasser internationale politische und wirtschaftliche Zusammenarbeit und eine allgemeine Einschränkung des Kriegspotentials in einer friedlichen Welt.

Die Acht-Punkte-Erklärung war während der geheimen britisch-amerikanischen Atlantik-Konferenz in der Placentia Bay bei Argentia auf Neufundland (9. bis 12. August 1941) verfaßt worden. Die Verhandlungen, die dort geführt wurden, sind heute bis in Einzelheiten hinein bekannt. Manche Unklarheiten bestehen jedoch noch über die Vorgeschichte der Atlantik-Konferenz, die bis in den Februar 1941 zurückreicht.[2] Indessen dürfte kaum mehr zweifelhaft sein, daß die antiimperialistischen Bestimmungen der Charta bereits in einem frühen Stadium konzipiert worden und als ursprünglicher Kern der britisch-amerikanischen Grundsatzerklärung anzusehen sind.

Harry Hopkins, der sich von Mitte Juli bis Mitte August 1941 im besonderen Auftrag des amerikanischen Präsidenten in London und Moskau aufhielt, hatte vorher in Washington Besprechungen geführt. In seinen Notizen hierüber findet sich die kurze Bemerkung: „Wirtschaftliche oder territoriale Abmachungen –

* Die folgenden Ausführungen beruhen auf einer größeren Abhandlung mit dem Titel „Deutschland als Problem der amerikanischen Kriegszielpolitik im zweiten Weltkrieg" (Hamburger Diss. 1956), die demnächst als Beiheft des Jahrbuchs für Amerikastudien erscheinen wird.

[1] Text der Erklärung: *Documents on American Foreign Relations*, Bd. IV (1941/42), S. 10f.

[2] Vgl. *William L. Langer* und *S. Everett Gleason*, The World Crisis and American Foreign Policy, (Bd. II) The Undeclared War, 1940–1941, New York / London 1953, Kap. XXI, S. 663 ff., bes. Abschnitt 5, S. 677 ff. und die dort angegebene Literatur.

Jahrgang 5 (1957), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1957_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

NEIN."[3] In diesen Worten klingen bereits die ersten Ziele der „Charta" an. Indessen wird ein Unterschied deutlich: Die Hopkins-Notiz hatte prophylaktischen Charakter, während die programmatischen Ausführungen der Charta konstitutive Züge aufwiesen. Zunächst ging es um das, was nicht geschehen sollte; die Grundsatzerklärung aber zeigte, wie nach dem Kriege eine neue Welt aufgebaut werden müsse. Die Akzente hatten sich von einer praktisch-politischen zu einer mehr grundsätzlich-ideologischen Zielsetzung verschoben. Im Juli 1941 hegte Roosevelt offenbar die Befürchtung, daß unliebsame Abmachungen getroffen werden könnten, während er und Churchill im August 1941 ein Zukunftsprogramm formulierten.

Was steckte hinter dem apodiktischen Satz „Wirtschaftliche oder territoriale Abmachungen – NEIN"? Man wird nicht fehlgehen, wenn man in bestimmten diplomatischen Vorgängen in London, wohin Hopkins am 13. Juli 1941 abreiste, den Anlaß zu einer solchen Stellungnahme des amerikanischen Präsidenten sieht. Am 22. Juni 1941 hatte der Rußlandkrieg begonnen, und seit diesem Tage befand sich die britische Regierung in einem schwierigen Dilemma. Einerseits begrüßte sie in der Sowjetunion einen neuen Verbündeten im Kampf gegen Deutschland, andererseits konnte sie die von der Sowjetunion seit 1939 vorgenommenen Eingliederungen osteuropäischer Gebiete nicht billigen. Während die polnische Exilregierung von den Sowjets die Annullierung ihrer jüngsten Gebietserweiterungen forderte, bemühten sich diese um deren Anerkennung. Für London war der gegebene Ausweg die Zurückstellung jeglicher Vereinbarungen territorialer Art. Am 14. Juli sandte Churchill an Roosevelt eine Botschaft, in der er auf die Gefahr verfrühter Abreden hinwies. Der Entscheid sollte später durch Volksabstimmungen erfolgen.[4] Auf britischen Druck wurde dann auch im polnisch-sowjetischen Abkommen vom 30. Juli 1941 das Grenzproblem völlig offengelassen. Am selben Tage betonte Außenminister Eden im Unterhaus, „daß die Regierung Seiner Majestät nicht beabsichtige, irgendwelche territorialen Änderungen anzuerkennen, die ohne die freie Zustimmung und den guten Willen der beteiligten Parteien zustande kämen".[5] Am 31. Juli vertrat Sumner Welles, damals Unterstaatssekretär im State Department, in einer Presseerklärung denselben Standpunkt.[6]

Der Zusammenhang dieser Vorgänge mit den antiimperialistischen Bestimmungen der Atlantik-Charta liegt auf der Hand. Er wird vollends deutlich, wenn man eine Unterredung beachtet, die am Nachmittag des 9. August 1941, unmittel-

[3] *Robert Sherwood*, Roosevelt and Hopkins, An Intimate History, New York 1948, S. 311 (nicht in der deutschen Ausgabe). Die Verbindung zur Atlantik-Charta zieht auch *Basil Rauch*, Roosevelt From Munich to Pearl Harbor, A Study in the Creation of a Foreign Policy, New York 1950, S. 363.

[4] Vgl. *Langer/Gleason*, a. a. O., S. 554.

[5] *Winston S. Churchill*, The Second World War, 6 Bände, Boston 1948 ff. Deutsch: Der zweite Weltkrieg, Hamburg/Stuttgart 1949 ff., Bd. III, 2, S. 24.

[6] Vgl. *Langer/Gleason*, a. a. O., S. 556. Dort auch eine zusammenfassende Darstellung dieser frühen sowjetisch-polnisch-britisch-amerikanischen Verhandlungen (S. 551 ff.), wozu weiterhin *Churchill*, a. a. O., Bd. III, 2, S. 22 ff. zu vergleichen ist.

Jahrgang 5 (1957), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1957_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

bar vor der ersten Sitzung der Atlantik-Konferenz, zwischen Welles und dem britischen Staatssekretär Cadogan stattfand. Cadogan versicherte auf Anfrage seines amerikanischen Gesprächspartners, daß keine britischen Abreden über Grenzveränderungen beständen. Welles erinnerte in diesem Zusammenhang an die großen Nachteile, die am Ende des ersten Weltkrieges aus den geheimen britischen Abmachungen erwachsen seien, und warnte vor einer Wiederholung.[7]

Es entspricht dieser Vorgeschichte, daß die Atlantik-Charta das Selbstbestimmungsrecht nicht schlechthin zum Prinzip einer späteren Ordnung erhob. Es diente eher dazu, vorzeitige Regelungen zu umgehen. Man wollte vorsichtiger und „realistischer" sein, als es Wilson gewesen war. Auch war man sich wohl bewußt, daß die Zeit für ein detailliertes Programm noch nicht reif war. „Wir müssen die Proklamation als eine vorläufige, noch unvollständige Erklärung über unsere Kriegsziele betrachten, die alle Länder von unseren redlichen Absichten überzeugen soll, ohne den erst nach dem Sieg zu errichtenden Bau ganz zu umreißen", so schrieb Churchill während der Atlantik-Konferenz an den britischen Lordsiegelbewahrer.[8]

Gleichwohl darf die grundsätzliche Bedeutung der Charta nicht unterschätzt werden. Die ersten vier Punkte waren nicht nur ein Glied in der Kette der Verhandlungen über Osteuropa, sondern Bestandteil einer offiziellen Prinzipienerklärung von allgemeinerer Geltung. Das ergibt sich sowohl aus der Art der Veröffentlichung als auch aus der Formulierung. Kein Punkt enthielt Einschränkungen, die eine Nation oder eine Gruppe von Staaten betrafen. In den meisten Bestimmungen (Punkt 3, 4, 5, 6, 7, 8) wurde ausdrücklich festgestellt, daß die ganze Welt gemeinsam an den Vorzügen der kommenden Friedensordnung teilhaben sollte. Es war die Rede von Rechten „aller Völker", „aller Nationen" oder „aller Menschen in allen Ländern der Welt". Die stärkste Bezugnahme auf die Gesamtheit der Staaten enthielt der vierte Abschnitt: ein freier Zutritt zum Welthandel und zu den Rohstoffen der Welt sollte „allen Staaten, groß oder klein, Siegern oder Besiegten" zugestanden werden. Kein Zweifel also: auch Deutschland – freilich nicht ein nationalsozialistisches Deutschland – wurde bewußt in die Gemeinschaft der Nutznießer einer neuen Ordnung einbezogen.[9]

Man kann demnach sagen, daß die Westmächte im August 1941 eine Entscheidung von praktisch-politischer Bedeutung zum allgemeinen Prinzip erhoben: sie wollten keine detaillierten Verpflichtungen für die Nachkriegsordnung eingehen und doch an gewissen völkerrechtlichen Vorstellungen von überzeitlicher Bedeutung festhalten. Damit ist die Haltung gekennzeichnet, die die Regierung der Vereinigten Staaten zur Zeit des amerikanischen Kriegseintritts in der Planung gegenüber Deutschland einnahm. Die gleiche Konzeption wurde in der United Nations

[7] Vgl. *Langer/Gleason*, a. a. O., S. 681.

[8] Am 11. 8. 1941, *Churchill*, a. a. O., Bd. III, 2, S. 79 f.

[9] Das bedeutet freilich noch nicht, daß die Deklaranten juristische Verpflichtungen eingingen. Vgl. dazu *Walter Gollwitzer*, Die Atlantik-Charta, ihre Stellung und Bedeutung in Politik und Völkerrecht des Zweiten Weltkrieges, Diss. (Mschr.), München 1949, bes. S. 86 ff.

Jahrgang 5 (1957), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1957_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Declaration erneut bekräftigt, die zu Beginn des Jahres 1942 nach britisch-amerikanisch-russischen Verhandlungen während der ARCADIA-Konferenz (22. Dezember 1941 bis 14. Januar 1942) von 26 Staaten in Washington unterzeichnet wurde. Dieses Dokument enthielt erneut die Ziele und Grundsätze der Atlantik-Charta.

Wirft man von hier aus einen Blick auf die weitere Entwicklung, so ist festzustellen, daß die amerikanischen Politiker bereits wenige Monate nach dem Kriegseintritt der Vereinigten Staaten intensive Besprechungen über Fragen der Nachkriegsordnung und in diesem Rahmen auch über die zukünftige Behandlung Deutschlands führten. Von da geht es weiter zu den großen Konferenzen von 1943, mit ihren detaillierten Erörterungen über spätere deutsche Gebietsabtretungen, über eine eventuelle Teilung Deutschlands, über Maßnahmen zur Änderung der deutschen Wirtschaftsstruktur u. ä. Die in der Atlantik-Charta proklamierten völkerrechtlichen Ideen wurden damit praktisch aufgegeben oder zumindest doch in ihrem Geltungsbereich „für alle" eingeschränkt. Wie war es zu diesem Wandel gekommen? Welche Gründe hatten die amerikanische Regierung veranlaßt, ihre ursprüngliche negative Haltung gegenüber frühen Absprachen zur Nachkriegsordnung aufzugeben?

*

Die Absicht der Westmächte, konkrete Pläne für den Frieden vorerst nicht unter den Alliierten zu erörtern, stieß schon bald nach der Verkündung der Atlantik-Charta auf Schwierigkeiten. Wieder gaben die territorialen Verhältnisse in Osteuropa den Anlaß. In den daraus folgenden Kontroversen wurde erstmals auch die deutsche Zukunftsgestaltung direkt berührt. Politische Meinungsverschiedenheiten entstanden zunächst vorwiegend zwischen den beiden kriegführenden Mächten Rußland und Großbritannien, während die formell noch abseitsstehende amerikanische Regierung sich bei den Grundsätzen der Atlantik-Charta einstweilen beruhigte und erst später in die Verhandlungen eingriff.[10]

Die Sowjetunion hatte am 24. September 1941 ihre Zustimmung zur Atlantik-Charta gegeben. Das bedeutete für sie jedoch nicht den Verzicht auf ihre Politik einer Westexpansion. Schon am 28. September warf Stalin unvermittelt gegenüber Lord Beaverbrook und Averall Harriman, den Abgesandten Großbritanniens und der Vereinigten Staaten, die Frage nach den Kriegszielen auf. Der Besuch der beiden Diplomaten (Moskauer Konferenz, 28. bis 30. September 1941) galt vornehmlich den britisch-amerikanischen Hilfslieferungen an Rußland. Doch gleich in der ersten Sitzung erkundigte sich Stalin nach Zukunftsplänen. Lord Beaverbrook verwies auf die Atlantik-Charta. Als Stalin darauf deutsche Kriegsentschä-

[10] Für die im folgenden dargelegte Entwicklung vgl. *Churchill*, a. a. O., Bd. III, 2 u. IV, 1; *Sherwood*, a. a. O., deutsch: Roosevelt und Hopkins, Hamburg 1950; *Cordell Hull*, The Memoirs of . . ., 2 Bände, New York 1948, Bd. II; *Jan Ciechanowski*, Defeat in Victory, New York 1947, deutsch: Vergeblicher Sieg, Zürich 1948; *Sumner Welles*, Seven Major Decisions, britische Ausgabe, London 1951. Die Entwicklung bis zum amerikanischen Kriegseintritt auch bei *Langer/Gleason*, a. a. O., Kap. XVII, 4 u. XXV, 4 u. 5. Nähere Zitate folgen.

Jahrgang 5 (1957), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1957_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

digungen diskutieren wollte, wich Beaverbrook aus: „Wir müssen erst den Krieg gewinnen." Während der dritten Sitzung, am 30. September, sprach Stalin wieder über Nachkriegsziele, ohne daß es zu Verhandlungen darüber kam.[11]

Die russisch-britische Zusammenarbeit verlief in den folgenden Monaten weder im militärischen noch im politischen Bereich zufriedenstellend. In einer scharfen Note an Churchill vom 8. November stellte Stalin fest:[12] „Zwischen unseren beiden Ländern besteht keine grundsätzliche Einigung über die Kriegsziele und über den nach dem Kriege aufzurichtenden Frieden." Die Beschwichtigungen durch Lord Beaverbrook hatten also nicht lange gewirkt. Churchill antwortete Stalin am 21. November und schlug vor, Außenminister Eden nach Moskau zu entsenden, um neben militärischen Fragen auch den Komplex der Friedensordnung durchzusprechen. Er regte in diesem Zusammenhang eine Konferenz nach dem Sieg über Deutschland an und wies auf die Notwendigkeit hin, „Deutschland, und insbesondere Preußen, daran zu hindern, uns ein drittes Mal anzufallen".[13] Unverzüglich erklärte sich Stalin mit diesen Vorschlägen einverstanden.

Als die amerikanische Regierung am 4. Dezember durch ihren Londoner Botschafter, Winant, offiziell von dem bevorstehenden Besuch Edens in Moskau und den vorgesehenen Diskussionsthemen in Kenntnis gesetzt wurde, beauftragte Außenminister Cordell Hull den Chef der Europa-Abteilung im State Department, Ray Atherton, mit der Ausarbeitung einer Stellungnahme. Diese wurde mit Billigung des Präsidenten mündlich in London vorgetragen.[14] Die Washingtoner Regierung wandte sich darin mit aller Entschiedenheit gegen geheime Absprachen über Nachkriegsregelungen, die eine spätere Handlungsfreiheit beeinträchtigen könnten. Eventuellen russischen Grenzveränderungen wurde die Anerkennung mit einem Hinweis auf die Atlantik-Charta versagt. Über diese amerikanische Haltung unterrichtet, trat Eden am 7. Dezember, dem Tage von Pearl Harbour, seine Reise nach Moskau an.

Bei der ersten Moskauer Besprechung, am 16. Dezember 1941, entwickelte Stalin ein umfangreiches Programm zur Neugestaltung Europas. Es sah unter anderem vor:[15] Restauration Österreichs, Abtrennung des Rheinlandes von Preußen in Gestalt eines autonomen Staates oder eines Protektorats, eventuell Autonomie Bayerns, Abtretung Ostpreußens an Polen, Rückgabe des Sudetenlandes an die Tschechoslowakei, Restauration Jugoslawiens und Albaniens, Neuregelung der territorialen Verhältnisse in der Ägäis, Vergrößerung der Türkei durch bulgarisches und nordsyrisches Gebiet, Restauration der Tschechoslowakei und Griechenlands, Wiederherstellung der Situation vom 22. Juni 1941 im Baltikum, in Kare-

---

[11] Vgl. *Sherwood*, a. a. O., deutsch, S. 304 ff.

[12] Text der Note Stalins: *Churchill*, a. a. O., Bd. III, 2, S. 177 f.

[13] Texte der Note Churchills und der folgenden Antwortnote Stalins: *ebd.*, S. 179 ff.

[14] Telegramm vom 5. 12. 1941; vgl. *Sherwood*, a. a. O., deutsch, S. 317; *Hull*, a. a. O., Bd. II, S. 1165 f.; *Welles*, a. a. O., S. 129 f.; *Langer/Gleason*, a. a. O., S. 824 ff.

[15] Das russische Programm ist in Edens Bericht vom 5. 1. 1942 wiedergegeben: *Churchill*, a. a. O., Bd. III, 2, S. 294 f.

Jahrgang 5 (1957), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1957_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

lien und Bessarabien, die Curzon-Linie als polnisch-russische Grenze, Erweiterung Rumäniens auf Kosten Ungarns. Stalin forderte außerdem die Wiedergutmachung von Sachschäden durch Deutschland. In der zweiten Unterredung machte Stalin den Abschluß jedes britisch-sowjetischen Abkommens von der Anerkennung der baltischen Annexionen und der russisch-finnischen Grenze von 1941 abhängig. In einer dritten Unterredung, am 18. Dezember, kam Stalin abermals auf das gleiche Thema zu sprechen. Man kann die sowjetischen Ziele auf einen Nenner bringen: Rußland war bestrebt, die während seines Zusammengehens mit Deutschland durchgeführte territoriale Expansion in Osteuropa legitimieren zu lassen, um eine osteuropäische Hegemonialstellung zu begründen. Es beabsichtigte weiterhin eine Schwächung der europäischen Mitte als Sicherung (oder als Erweiterungsbasis?) für seinen Machtausbau, indem es eine Aufteilung Deutschlands anregte.

Außenminister Eden erklärte sich in Moskau außerstande, irgendwelche Vereinbarungen über Nachkriegsgrenzen in Europa zu treffen. Er begründete das mit Verpflichtungen gegenüber den Vereinigten Staaten. Doch sagte er zu, die Regierungen Großbritanniens, der Dominien und Amerikas zu informieren und eine Prüfung der russischen Ansprüche vorzunehmen.[16] Churchill reagierte auf das russische Ansinnen scharf ablehnend. In einem Telegramm an den Lordsiegelbewahrer vom 20. Dezember 1941 und in zwei Telegrammen an Eden vom 20. Dezember 1941 und vom 8. Januar 1942 ließ er keinen Zweifel darüber, daß die russischen Grenzen von 1941 das Ergebnis von Gewalttaten seien.[17] Noch einmal trug er alle Argumente gegen deren Anerkennung zusammen: Stalins Forderungen ständen im Widerspruch zur Atlantik-Charta, die Zeit zur Regelung von Grenzfragen sei noch nicht gekommen, alles müsse einer späteren Friedenskonferenz überlassen bleiben. Er begnügte sich mit einer Andeutung seiner eigenen Vorstellungen: „Die Trennung Preußens von Süddeutschland und die territoriale Gestaltung Preußens gehören zu den größten der zu entscheidenden Probleme."

Eines der ausschlaggebenden Momente für Churchills Haltung war jedenfalls das britisch-amerikanische Verhältnis, das er durch Zugeständnisse an Rußland zu trüben befürchtete. Zunächst wollte er den Fragenkomplex überhaupt nicht mit Roosevelt erörtern. Nach Edens Rückkehr aus Moskau erhielten jedoch Botschafter Winant in London und durch ihn Washington vollen Einblick in die Vorgänge auf der Konferenz. Daraufhin sprach der amerikanische Präsident seine Befriedigung über die britische Haltung in Moskau gegenüber Churchill aus.[18]

In den folgenden Wochen arbeitete das State Department erneut eine ausführliche Stellungnahme aus, die gegenüber den russischen Forderungen die ablehnende Haltung vom Dezember 1941 wiederholte. Es wurden dabei die unmittelbaren taktisch-politischen Nachteile einer nachgiebigen Haltung ebenso betont wie vor allem die Gefahr weitergehender russischer Forderungen und einer Ausbreitung des Kommunismus. Ein diese Stellungnahme begründendes Memorandum vom

[16] *Ebd.*

[17] Texte der Telegramme: *Churchill*, a. a. O., Bd. III, 2, S. 295 ff., 367 f.

[18] Vgl. *ebd.*, S. 296, 367 f.; *Hull*, a. a. O., Bd. II, S. 1167.

Jahrgang 5 (1957), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1957_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

4. Februar 1942 wurde von Roosevelt als Grundlage der amerikanischen Politik gebilligt.[19]

Die britische Regierung jedoch blieb nicht mit der gleichen Beharrlichkeit auf ihrem Standpunkt stehen, mit der Stalin seine Forderungen wiederholte. Sie war sehr am Abschluß eines Allianzvertrages mit Moskau interessiert. Denn die Möglichkeit eines deutsch-russischen Sonderfriedens – vermutlich geschickt von russischer Seite ins Blickfeld gerückt – wirkte beunruhigend. Da Stalin jeden Vertrag mit Zugeständnissen in der Grenzfrage gekoppelt hatte, erklärte sich Churchill Anfang März 1942 bereit, die russische Forderung auf Anerkennung der baltischen Annexionen zu erfüllen. Die Grundsätze der Atlantik-Charta sollten nicht so ausgelegt werden, „daß Rußland jene Grenzen vorenthalten werden, die es im Augenblick des deutschen Überfalls de facto besaß", so teilte er am 7. März Roosevelt mit.[20] Ein Besuch Molotows in London wurde vereinbart, um den Vertrag abzuschließen.

Tatsächlich jedoch hatten die Verhandlungen ein völlig anderes Ergebnis. Zunächst forderte Molotow gleich in der ersten Sitzung, am 21. Mai 1942, die Anerkennung einer Annexion Ostpolens und stellte überdies Ansprüche auf rumänisches Gebiet. Das lehnte die britische Regierung ab. Dagegen schlug Eden am 23. Mai den Abschluß eines Bündnisvertrages „ohne Geheim- und Grenzklauseln" vor. Molotow willigte nach einer Rücksprache mit Stalin überraschenderweise ein. Am 26. Mai wurde der Vertrag in dieser Form unterzeichnet. Damit hatte Rußland sämtliche Gebietsforderungen, um deren Anerkennung es seit Monaten gerungen hatte, zurückgestellt. Eine solche Lösung hatte selbst Churchill nicht zu erhoffen gewagt.[21]

Diese überraschende Wende war das Ergebnis der – freilich in sich keineswegs einheitlichen – amerikanischen Politik. Prinzipiell wollte Washington an der Atlantik-Charta festhalten. Noch im März hatte sich Roosevelt erneut in Botschaften an Churchill und Stalin gegen die russischen Forderungen ausgesprochen.[22] Am 24. und 26. März erhob ferner der Ministerpräsident der polnischen Exilregierung, General Sikorski, persönlich bei Roosevelt Einspruch gegen osteuropäische Grenzveränderungen. Indessen: als sich die Nachgiebigkeit Churchills gegenüber den Sowjets immer deutlicher abzeichnete, versuchte Roosevelt einen Kompromiß herbeizuführen. Am 1. April schlug er Großbritannien und Rußland vor, den Einwohnern der betroffenen baltischen und finnischen Gebiete bei einer Grenzveränderung auf Wunsch die Umsiedlung zu ermöglichen. Dadurch – so wurde recht fragwürdig argumentiert – würden die Prinzipien der Atlantik-Charta, insbesondere das Selbstbestimmungsrecht, nicht direkt verletzt.

Die britische Regierung machte sich diesen Kompromißvorschlag während der Verhandlungen mit Molotow zu eigen. Als sich daraus und aus den russischen

[19] Vgl. *Hull*, a. a. O., Bd. II, S. 1167 ff.

[20] Vgl. *Churchill*, a. a. O., Bd. IV, 1, S. 380 ff.

[21] Über die Londoner Besprechungen *ebd.*, S. 386, 391.

[22] Zur amerikanischen Haltung und Intervention vgl. *Hull*, a. a. O., Bd. II, S. 1170 ff.; *Ciechanowski*, a. a. O., Kap. X/XI, bes. S. 106 ff.

Jahrgang 5 (1957), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1957_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Forderungen in Polen und Rumänien Komplikationen ergaben, verschärfte sich die amerikanische Haltung. Mit Ausnahme von Sumner Welles war das State Department sowieso gegen das Kompromißangebot Roosevelts gewesen. Nun unterbreitete Cordell Hull dem Präsidenten ein neues Memorandum, dessen Inhalt mit Roosevelts Billigung der britischen Regierung und Molotow zur Kenntnis gebracht wurde. Die amerikanische Regierung drohte darin mit ihrer öffentlichen Distanzierung vom britisch-russischen Vertrag. Das wäre gleichbedeutend mit einer folgenschweren Spaltung innerhalb der alliierten Koalition gewesen. Mit einem Hinweis auf die amerikanischen Hilfslieferungen an Rußland und auf die von Rußland dringend geforderte Errichtung einer zweiten Front verstärkten die Vereinigten Staaten ihren Druck auf den russischen Partner. So gab Molotow nach, und Rußland verzichtete vorläufig darauf, seine osteuropäischen Ambitionen weiterzuverfolgen.

Im weiteren Verlauf des Jahres kam es, abgesehen von einer anscheinend belanglosen Berührung der Kriegszielpolitik während der Moskauer Konferenz im August 1942,[23] nicht zu weiteren offiziellen Verhandlungen über das strittige Thema. So endete im Mai 1942 die erste Phase der offiziellen interalliierten Kriegszielbesprechungen, bei denen das Deutschlandproblem bereits eine – wenn auch periphere – Rolle gespielt hatte.

Der russischen Haltung im Verlauf der Verhandlungen wird trotz des überraschenden Verzichts auf territoriale Abmachungen Konsequenz nicht abzusprechen sein. Die in der Zeit des Hitler-Paktes erreichten Erfolge waren in Frage gestellt. Die Gefahr, die annektierten Gebiete wieder zu verlieren, wuchs mit den militärischen Niederlagen der Jahre 1941 und 1942 und mit der steigenden Abhängigkeit des in seiner Existenz bedrohten Sowjetstaates von westlichen Hilfslieferungen und westlicher Strategie (zweiter Front). Um so wichtiger war es für Moskau, frühzeitig bindende Regelungen mit den Alliierten zu erreichen. Indem dieser Versuch jedoch am Widerstand der Westmächte, insbesondere an der Haltung der Vereinigten Staaten, scheiterte, wurden die Forderungen ohne Frage einstweilen nur zurückgestellt.

Sehr viel mehr noch war die britische Haltung vom Augenblick diktiert. Der lange Zeit allein geführte Krieg gegen Deutschland und die strategisch gefährdete Lage der Insel erforderten eine wendige Politik, in der ideologische Bedenken eine geringere Rolle spielten als im fern abliegenden Amerika. Churchill selbst hat seine Politik und die Andersartigkeit der amerikanischen so charakterisiert:[24] „Das amerikanische Denken neigt ... zu logischen, alles umfassenden Schlußfolgerungen. Das praktische Tun und Handeln baut sich dann auf den einmal formulierten Thesen auf. Dem amerikanischen Empfinden nach folgen alle späteren Phasen von selbst und sozusagen unabwendbar den einmal festgelegten, als richtig und verständig erkannten Linien. Der britische Denkprozeß spielt sich ein wenig

[23] Vgl. *Sherwood*, a. a. O., deutsch, S. 508. Russische Nachkriegsgrenzen wurden in Moskau überhaupt nicht erörtert; vgl. *Hull*, a. a. O., Bd. II, S. 1180.

[24] *Churchill*, a. a. O., Bd. III, 2, S. 342.

Jahrgang 5 (1957), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1957_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

anders ab. Wir halten logisch-scharfumrissene Prinzipien nicht notwendigerweise für den einzigen Schlüssel für die in schnell wechselnden, unübersichtlichen Situationen zu findenden Lösungen. Insbesondere im Krieg lassen wir dem Opportunismus und der Improvisation größeren Spielraum; wir versuchen mehr, uns in Anpassung an die abrollenden Ereignisse zu behaupten und zu siegen, als deren Meisterung durch grundlegende Entscheidungen zu erstreben."

Während durchaus gefragt werden kann, ob diese Wendigkeit nicht ein Stück optimistischer Illusion enthielt,[25] war die amerikanische Haltung, die hier zu erörtern ist, keineswegs so starr, wie es einer solchen Charakterisierung entspräche. Bedeutete doch schon der von Roosevelt am 1. April 1942 vorgebrachte Kompromißvorschlag in der baltischen und finnischen Gebietsfrage ein erhebliches Abweichen von der anfänglichen Linie. Diese wurde nach wie vor energisch von Außenminister Cordell Hull mit dem ganzen Gewicht seiner Persönlichkeit vertreten. Indessen hatte schon sein erster Einspruch vom 5. Dezember 1941 in der amerikanischen Regierung seinen Kritiker gefunden. Hulls Unterstaatssekretär Welles bezeichnete den Schritt vor dem Eden-Besuch in Moskau als den Präzedenzfall einer von nun an einsetzenden illusionären Politik in der Nachkriegsplanung. Man könne nicht mit Prinzipien wie denen der Atlantik-Charta allen Grenzschwierigkeiten gerecht werden.[26] Und als Hull im Mai 1942 zu Drohungen gegen britische Nachgiebigkeit schritt, glaubte er selbst kaum an eine Billigung durch Roosevelt. Er war von dessen Einverständnis überrascht.[27]

Die Gegensätzlichkeit dieser Fronten ist nicht ohne den Bezug auf das Ende des ersten Weltkrieges und auf die Problematik des Friedensschlusses von Versailles zu verstehen. Dort suchte man immer wieder die Ursachen des zweiten Weltkrieges. Man beschäftigte sich mit der scheinbaren historischen Kausalkette, die von 1918 bis 1939 führte: Wilsons idealistische Kriegszielpolitik der Vierzehn Punkte, die zum Waffenstillstand von 1918 führte, zerbrach bei den internationalen Friedensverhandlungen, weil sie mit den realpolitischen und nationalegoistischen Absichten der europäischen Siegermächte, die bereits detaillierte Abreden getroffen hatten, unvereinbar war. Der daraus resultierende Kompromißfriede schuf ein Deutschland, das bereits nach zwanzig Jahren wieder in der Lage war, einen Krieg zu beginnen. Wo lag in dieser Entwicklung der entscheidende Fehler, vor dessen Wiederholung man sich hüten mußte?

Ein besserer Friedensschluß war nur möglich bei Einigkeit unter den Siegermächten. Sie war 1918/19 im wesentlichen an den vor Kriegsende geheim getrof-

[25] In dem bereits erwähnten Telegramm an Eden vom 8. 1. 1942 prophezeite Churchill, die Vereinigten Staaten und Großbritannien würden bei Kriegsende den mächtigsten Block darstellen, den die Welt je gesehen habe, Rußland dagegen würde auf den westlichen Beistand für den Wiederaufbau angewiesen sein. Bei einer solchen Einschätzung der Zukunftsaussichten wird die britische Bereitschaft, dem russischen Partner das Geforderte zunächst einmal zuzugestehen, um den Allianzvertrag unter Dach und Fach zu bringen, noch mehr verständlich. Vgl. *Churchill*, a. a. O., Bd. III, 2, S. 368.

[26] *Welles*, a. a. O., S. 129 f.

[27] *Hull*, a. a. O., Bd. II, S. 1172.

Jahrgang 5 (1957), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1957_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

fenen Abreden gescheitert. Als man gemeinsam an den Bau des Friedens gehen wollte, standen die vorzeitigen Bindungen im Wege. Die eine Folgerung aus dieser Erfahrung war, vorzeitige Festlegungen um jeden Preis zu vermeiden. Einstweilen solle man sich mit allgemeinen Prinzipien begnügen, die das Einverständnis aller Partner fanden. Die Atlantik-Charta erschien in diesem Sinne als voll ausreichend.

Indessen: die gleiche Erfahrung konnte auch anders ausgelegt werden. Um die Einigkeit der Siegermächte nach dem Krieg zu sichern, brauchte man nicht unbedingt auf frühe Absprachen zu verzichten. Vielmehr konnte eine frühzeitige gemeinsame Kriegszielpolitik dazu dienen, Gegensätze schon im Vorwege zu vermeiden. Voraussetzung dabei war allerdings die uneingeschränkte Billigung der Ziele durch alle gegen Deutschland kämpfenden Staaten.

Beide Auffassungen fanden innerhalb der amerikanischen Regierung Fürsprecher. Am schärfsten entzündete sich der Gegensatz innerhalb des State Department selbst. Außenminister Hull, der sich so nachdrücklich in die britisch-russischen Verhandlungen eingeschaltet hatte, war für Aufschub der Planung. Dabei wirkten für ihn auch innerpolitische Erwägungen mit. Bindende Abmachungen über Details der Zukunftsordnung mußten die Opposition der Isolationisten verstärken, denn seit jeher hatten sich diese Kreise gegen ein Engagement der Vereinigten Staaten in der internationalen Politik gewandt.[28]

Den gegenteiligen Standpunkt nahm der Unterstaatssekretär Welles ein. Er warf später seinem Chef vor, grundsätzlich die Lösung schwieriger Probleme so lange wie möglich hinausgeschoben zu haben. Er habe immer nur eine heilende, nie eine vorbeugende Politik betrieben. In den Monaten nach Pearl Harbour, so argumentierte Welles retrospektiv weiter, war der Einfluß der Vereinigten Staaten in der alliierten Politik stärker als in den folgenden Jahren. Damals noch hätte Amerika eigene Absichten besser durchsetzen können. Während seiner Amtszeit fand Welles jedoch mehr Gegner als Bundesgenossen für seine Ansicht. Immerhin, Eleanor Roosevelt, die Gattin des Präsidenten, stand auf seiner Seite. Sie hatte, wenn Welles zuverlässig berichtet, schon 1939 die Gründung einer internationalen Planungskommission angeregt. Welles versuchte 1942 diesen Gedanken zu verwirklichen, konnte sich aber nicht durchsetzen. Die meisten Berater des Weißen Hauses und die Vereinigten Amerikanischen Stäbe (JCS) standen gegen ihn.[29]

Welche Stellung nahm der Präsident selbst in dieser Kontroverse ein? Während der britisch-russischen Verhandlungen hatte er die Schritte Hulls gebilligt, freilich nicht mit voller Konsequenz und nicht ohne Neigung zum Kompromiß. Aber nach Welles' eigenem Zeugnis war er grundsätzlich gegen frühe Abmachungen, so daß der Unterstaatssekretär bei ihm keine starke Unterstützung fand.[30]

---

[28] *Ebd.*, S. 1170.

[29] Vgl. *Welles*, a. a. O., Kap. V; *Sumner Welles*, Where Are We Heading?, britische Ausgabe, London 1947, S. 16.

[30] *Welles*, Seven Major Decisions, a. a. O., S. 155 ff.; *Welles*, Where Are We Heading?, a. a. O., S. 16.

Jahrgang 5 (1957), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1957_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Es ist nicht ohne Interesse zu sehen, was Welles selbst später – fast wie zur Entschuldigung – als Gründe für Roosevelts Haltung aufführt: Die militärische Entwicklung forderte vom Präsidenten größere Aufmerksamkeit als die Nachkriegspolitik; Roosevelt scheute verschärfte Spannungen mit seinem Außenminister; er fürchtete auch die innenpolitische Opposition der Minderheiten bei gewissen Fragen der Nachkriegsgestaltung; er vertraute fest auf seine Verhandlungskünste bei der Friedenskonferenz; er glaubte an die Vorteile später vorzunehmender Volksabstimmungen.[31] Aber wichtiger als all diese Gesichtspunkte war für Roosevelt offenbar doch der Glaube, daß nur völlige Handlungsfreiheit nach dem Kriege den Aufbau einer friedlichen Weltordnung garantieren könne. Diese Überzeugung läßt sich bei ihm immer wieder feststellen. Er hoffte auf eine spätere Einigung am „runden Tisch".[32] Noch am 20. Oktober 1944, unter dem Eindruck der scharfen Reaktion der Öffentlichkeit gegen den Morgenthau-Plan, schrieb er an Hull von der Gefahr einer Übereilung bei den Vorbereitungen für die zukünftige Behandlung Deutschlands:[33] „Ich mache ungern detaillierte Pläne für ein Land, das wir noch nicht besetzt haben."

Wie immer man zu dieser Enthaltung von frühzeitigen Bindungen angesichts der späteren verhängnisvollen Entwicklung stehen mag, es wird doch zu fragen sein: Hätten frühe Absprachen in einer machtpolitisch so andersgearteten Situation, wie sie bei Kriegsende bestand, etwas genützt? Was für Absprachen hätte Amerika befürworten sollen im Sinne einer besseren Entwicklung? War Amerika 1942 überhaupt in der Lage, eigene Ziele, die sich nicht mit denen der Sowjetunion decken würden, durchzusetzen? Gewiß hatten die Vereinigten Staaten im ersten Kriegsjahr starke Trümpfe in der Hand. Sie konnten mit der Einstellung der Hilfslieferungen drohen und mit dem Aufschub der Errichtung einer zweiten Front. Aber die Verwirklichung dieser Drohungen hätte ihnen letzten Endes auch selbst geschadet. Die latent vorhandene Möglichkeit eines deutschen Separatfriedens mit der Sowjetunion läßt es zumindest fraglich erscheinen, ob die Westmächte überhaupt in der Lage waren, nicht nur die russischen Forderungen zurückzuweisen, sondern darüber hinaus noch die Anerkennung eigener Pläne zu erreichen.

*

Wenn die interalliierten Kriegszielgespräche durch die Haltung der Vereinigten Staaten im Sommer 1942 zu einem völligen Stillstand kamen, so gaben sie doch den Anlaß zu internen amerikanischen Vorbereitungen für spätere Verhandlungen.

[31] *Ebd.*

[32] *Waldemar Besson*, Die politische Terminologie des Präsidenten Franklin D. Roosevelt, Eine Studie über den Zusammenhang von Sprache und Politik, Tübinger Studien zur Geschichte und Politik Nr. 1, Tübingen 1955, weist schon für das Jahr 1933 nach: „Einer seiner Grundgedanken ist die Konferenzidee. Für Roosevelt ist die Tatsache, daß man gemeinsam am Konferenztisch sitzt, schon ein politischer Erfolg. Von einer freien Diskussion der Probleme erhofft er immer irgendeine Lösung."

[33] *Hull*, a. a. O., Bd. II, S. 1621.

Jahrgang 5 (1957), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1957_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Die Regierung der Vereinigten Staaten kam bei allen grundsätzlichen Erwägungen zu der Einsicht, daß Probleme bestanden oder doch in Zukunft entstehen würden, deren Lösung man zwar hinausschieben konnte, die aber dessenungeachtet ein gründliches Studium erforderten. Auch eine Friedenskonferenz ließ sich nicht ohne Vorbereitung der Teilnehmerstaaten aufziehen. Je gründlicher und je früher eine nationale Planung einsetzte und je sorgfältiger alle Eventualfälle und die dabei möglichen Lösungen durchstudiert wurden, desto sicherer und erfolgversprechender mußte die Stellung der Regierung bei späteren Verhandlungen sein.

Noch im Dezember 1941 legte Hull dem Präsidenten Entwürfe über die Gründung eines Gremiums vor, das sich ganz dieser Aufgabe widmen sollte. Nachdem die Zustimmung Roosevelts umgehend erfolgt war, trat am 12. Februar 1942 erstmalig das „Advisory Committee on Post-War Foreign Policy" zusammen.[34] Von diesem Komitee gingen entscheidende Impulse für eine Formulierung detaillierter Ziele aus. Auch der Zukunft Deutschlands war ein nicht geringer Teil der Vorarbeiten gewidmet. Über die Prinzipien der Atlantik-Charta hinaus und auch von diesen abweichend wurden Maßnahmen für die Feindstaaten nach dem Kriege entworfen.

Der Vorschlag zur Gründung des neuen Gremiums, am 22. Dezember 1941 dem Präsidenten schriftlich unterbreitet, enthielt bereits eine Mitgliederliste, die erkennen ließ, wie sehr es dem Außenminister auf ein breites Fundament für die neue politische Arbeit ankam. Das Komitee sollte sich nicht nur aus Berufspolitikern zusammensetzen; man beteiligte in starkem Maße auch fähige Vertreter des öffentlichen Lebens. Unter ihnen fanden sich Persönlichkeiten wie Isaiah Bowman, Präsident der Johns Hopkins University, Hamilton Fish Armstrong, Herausgeber der Vierteljahrsschrift „Foreign Affairs" und Anne O'Hare McCormick, Mitarbeiterin der „New York Herald Times".[35] Das Komitee zählte schließlich fünfundvierzig Personen. Von ihnen gehörten nur elf dem State Department an, sechzehn weitere kamen aus anderen Regierungsämtern, und die restlichen achtzehn waren Privatpersonen oder Angehörige des Kongresses.[36] Den Vorsitz führte Hull, zweiter Vorsitzender war Welles. Das Komitee repräsentierte weite Kreise des amerikanischen öffentlichen Lebens. Auch war für eine gleichmäßige Vertretung der Parteien gesorgt. Auf demokratischer Basis schuf Hull so ein Instrument, das die zukünftige Politik des Landes im Interesse aller mitgestalten konnte.

Aus Zweckmäßigkeitsgründen beschloß das neugegründete Advisory Committee bei seiner ersten Zusammenkunft, Unterausschüsse für einzelne Aufgabenbereiche

---

[34] Über die gesamte Organisation der amerikanischen Nachkriegsplanung im zweiten Weltkrieg (weniger über die Inhalte) unterrichtet ausführlich die amtliche Veröffentlichung des State Department: *Post-War Foreign Policy Preparation 1939–1945*, Washington 1950. Ergänzend dazu *Hull*, a. a. O., Bd. II, Kap. 116 ff. Zur Gründung des Advisory Committee on Post-War Foreign Policy vgl. die erstgenannte Publikation, S. 62 ff., bes. 71.

[35] Vgl. *Post-War Foreign Policy Preparation*, a. a. O., S. 64 f.; *Hull*, a. a. O., Bd. II, S. 1632 f., 1635 f.; *Welles*, Where Are We Heading?, a. a. O., S. 18 f.

[36] Vgl. *Post-War Foreign Policy Preparation*, a. a. O., S. 71 ff.

Jahrgang 5 (1957), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1957_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

zu bilden,[37] und zwar einen für politische Probleme (Leitung: Welles, später Hull selbst), einen für Sicherheitsprobleme (Norman Davis), einen für territoriale Probleme (Isaiah Bowman) und zwei für wirtschaftliche Angelegenheiten (Dean Acheson und Adolf Berle, später zusammengefaßt unter Myron C. Taylor). Dazu kamen noch weitere Spezialausschüsse.

Die Arbeiten begannen zunächst mit einigen Vollsitzungen des Komitees in der Zeit vom 12. Februar bis 2. Mai 1942, auf denen der Rahmen der Untersuchungen abgesteckt wurde. Bald traten jedoch die Unterausschüsse, die in der Regel einmal wöchentlich tagten, ganz in den Vordergrund. Die sorgfältige Analyse der zahllosen Einzelprobleme und die Erörterung der Lösungsmöglichkeiten beschäftigte diese Arbeitsstäbe über ein Jahr hindurch. Die Ergebnisse ihrer Studien wurden laufend durch Hull oder Welles an den Präsidenten weitergeleitet, der seinerseits eigene Ansichten auf dem umgekehrten Wege übermitteln ließ.[38]

Nach sechzehnmonatiger Tätigkeit des Komitees leitete Hull am 12. Juli 1943 seine Auflösung ein. Sie erfolgte in den einzelnen Unterausschüssen zu verschiedenen Zeitpunkten. Am längsten bestand der Unterausschuß für territoriale Probleme, dessen letzte Sitzung am 12. Dezember 1943 stattfand.[39] Die militärische Lage und die internationale Situation des Sommers 1943 machten die Auflösung des Komitees und die Gründung neuer Arbeitsstäbe mit anderen Methoden erforderlich. Durch die Besetzung Nordafrikas und die Landung britischer und amerikanischer Streitkräfte auf Sizilien und in Unteritalien waren erstmalig Gebiete in alliierte Hand geraten, die neu geordnet werden mußten. „Nachkriegspolitik" trat hier schon in ein akutes Stadium. Es genügte nicht mehr eine Untersuchung der Probleme, wie man sie bislang in Washington durchgeführt hatte, sondern jetzt mußten Entscheidungen getroffen werden. Dazu waren Empfehlungen und ausgereifte Vorschläge nötig. Auch setzte 1943 – wie noch zu zeigen ist – wieder der internationale Kontakt in Kriegszielfragen ein. Für eine ganze Reihe interalliierter Konferenzen waren Programme und Entwürfe zu erstellen. Die Phase der analytischen Studien war vorüber.

Schon vor der Auflösung des Advisory Committee erhielt der sogenannte Research Staff, eine 1941 errichtete ständige Abteilung im State Department (eigentlich Division of Special Research), den Auftrag, die Ergebnisse aller bisherigen Untersuchungen zusammenzufassen und sogenannte Policy Summaries anzufertigen. Bald entstanden ganze Serien von Dokumenten, die – Handbüchern vergleichbar – die durchgesprochenen Probleme in größeren Gruppen zusammengefaßt nach allen Gesichtspunkten abhandelten. Diese Policy Summaries bildeten dann die Grundlage für die Ausarbeitung endgültiger Empfehlungen und für die Anfertigung von Unterlagen für interalliierte Verhandlungen.[40]

---

[37] Vgl. *ebd.*, S. 80 ff.; *Hull*, a. a. O., Bd. II, S. 1634 f.

[38] Zur Arbeitsweise des Komitees und der Ausschüsse: *Post-War Foreign Policy Preparation*, a. a. O., Teil II (S. 69 ff.); *Hull*, a. a. O., Bd. II, Kap. 117 (S. 1634 ff.).

[39] Zur Auflösung des Komitees: *Post-War Foreign Policy Preparation*, a. a. O., S. 160 ff.

[40] *Ebd.*, S. 173 ff.

Jahrgang 5 (1957), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1957_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Die weitere Entwicklung der Planung innerhalb der amerikanischen Regierung braucht hier nicht geschildert zu werden.[41] Uns interessiert vor allem die Frage, womit sich inhaltlich das Advisory Committee 1942/43 beschäftigte. Wie weit waren die frühen Verhandlungen dem deutschen Problem gewidmet? Welche Entschlüsse dieses Gremiums hatten eine nennenswerte Tragweite?

Da der amtliche Bericht überwiegend nur die äußeren Umstände und die Verhandlungstechnik darlegt, kann aus dem gedruckten Material und einzelnen Hinweisen nur ein ungefähres Bild gewonnen werden. Dabei ist nachteilig, daß das Komitee noch keine regional aufgegliederte Arbeit leistete. Auch lag es in der Natur der Sache, daß es sich weniger mit grundlegenden Fragen als mit sachlicher Kleinarbeit befaßte. Systematisch wurde die Welt nach politischen und wirtschaftlichen Problemen durchmustert, die bei einer Friedenskonferenz diskussionsreif werden konnten. Daß neben der Organisation der Vereinten Nationen vor allem die zukünftige Behandlung der Feindstaaten, und zwar in erster Linie die Behandlung Deutschlands, sich als Aufgabe stellte, kann nicht verwundern. Bot Deutschland doch – seine Niederlage vorausgesetzt – eine Fülle von Schwierigkeiten, die sich aus der Notwendigkeit einer grundlegenden staatlichen Neuorganisation ergaben. Jeder Unterausschuß des Komitees mußte sich in irgendeinem Zusammenhang mit der Zukunft Deutschlands befassen.

Im Mittelpunkt dieser Diskussion stand immer wieder die Frage nach den Vor- und Nachteilen der politischen Einheit Deutschlands. Unterstaatssekretär Welles warf sie in dem von ihm geleiteten politischen Unterausschuß bei einer der ersten Sitzungen auf. Schon am 2. Mai 1942 trugen einzelne Mitglieder oder kleine Gruppen informatorisch ihre Ansichten vor.[42] In der Folgezeit beschäftigte sich der Ausschuß wiederholt mit diesem Problem. Pläne für eine Teilung Deutschlands in zwei, drei, fünf oder sieben Einzelstaaten standen zur Debatte. Die möglichen politischen, wirtschaftlichen und sozialen Folgen wurden erörtert. Noch im Jahr 1943 waren drei Sitzungen ganz den deutschen Problemen gewidmet. Die Mehrheit der Berater, unter ihnen Hamilton Fish Armstrong und Isaiah Bowman, lehnten die Teilung ab und befürworteten statt dessen eine Förderung demokratischer Einrichtungen und langfristige Kontrollmaßnahmen zur Verhütung erneuter hegemonialer Bestrebungen Deutschlands. Welles vertrat weiterhin die Teilung.

Es darf mit Sicherheit angenommen werden, daß sich auch der Unterausschuß für territoriale Probleme, der sich aus Mitgliedern des politischen Ausschusses rekrutierte und mit diesem zusammenarbeitete, mit der Teilungsfrage befaßte. Der Aus-

[41] Über die weitere Entwicklung der Planung in Washington vgl. bes.: *Ebd.*, Teil III, IV (S. 167 ff.); *Hull*, a. a. O., Bd. II, S. 1649 ff.

[42] Über die Teilungsdiskussionen im politischen Unterausschuß vgl. *Post-War Foreign Policy Preparation*, a. a. O., S. 98, 104; *Philip E. Mosely*, Dismemberment of Germany, The Allied Negotiations From Yalta to Potsdam, Foreign Affairs Bd. XXVIII (1949/50), S. 487 bis S. 498, deutsch: Die Friedenspläne der Alliierten und die Aufteilung Deutschlands, Die alliierten Verhandlungen von Jalta bis Potsdam, Europa-Archiv Bd. V (1950), S. 3032–3043, S. 3033 f. Vgl. auch die in Anm. 49 und 50 genannten Dokumente.

Jahrgang 5 (1957), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1957_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

schuß verhandelte über „territoriale Regelungen für jeden Feindstaat" und auch über „mögliche Bevölkerungsum- oder -rücksiedlungen".[43]

Der Unterausschuß für Sicherheitsprobleme, dessen Aufgaben vorwiegend militärischer Natur waren, erörterte am 3. Juli 1942 auf Ersuchen des politischen Ausschusses das Teilungsproblem im Zusammenhang mit der militärischen Besetzung. Außerdem standen Fragen des Waffenstillstandes, der Entwaffnung Deutschlands, der Sicherung von Friedensregelungen und ähnliches auf der Tagesordnung.[44] Der Ausschuß befürwortete die bedingungslose Kapitulation der Feindstaaten.[45]

Die beiden wirtschaftlichen Unterausschüsse, die auch für sozialpolitische Maßnahmen zuständig waren, diskutierten Ende 1942 und auch später noch Möglichkeiten für eine zusätzliche Bevölkerungsaufnahme in einem verkleinerten Deutschland. Es muß darum angenommen werden, daß im Advisory Committee, wohl im politischen Unterausschuß, die Abtretung deutscher Gebiete an Nachbarstaaten einschließlich der Umsiedlung schon erwogen wurde. Die wirtschaftlichen Unterausschüsse widmeten auch den wirtschaftlichen Folgen einer politischen Teilung Deutschlands viel Aufmerksamkeit.[46]

Außer diesen spärlichen Einzelheiten ist wenig über die interne amerikanische Deutschlandplanung der Jahre 1942/43 bekannt. Klar ist indessen, daß die vorgeschlagenen Maßnahmen sich wesentlich von den allgemeinen Grundsätzen der Atlantik-Charta unterschieden. Was für den politischen Unterausschuß ausdrücklich bezeugt ist, galt jedenfalls für die Arbeit des ganzen Komitees: es suchte seine Regelungen nicht nur „nach höchsten moralischen und humanitären Prinzipien" zu treffen, sondern vor allem auch „unter realistischer Berücksichtigung der Machtverhältnisse".[47] Durch die Veröffentlichung zweier bedeutsamer Dokumente über Deutschland besteht die Möglichkeit, die Art der Argumentation im Komitee kennenzulernen und ihren realpolitischen Charakter zu belegen. Sie stammen zwar nicht vom Komitee selbst, sondern von Nachfolgeausschüssen; da sie aber ganz auf den Beratungen von 1942/43 fußen, werden sie deren Geist widerspiegeln.

Es handelt sich zunächst um ein sogenanntes Policy Memorandum zur Information Hulls bei den Besprechungen der ersten Quebec-Konferenz (August 1943), betitelt „Germany: Partition", ausgefertigt am 17. August 1943[48]. Es ist die gekürzte Fassung eines Policy Summary des Research Staff vom 27. Juli 1943. In diesem Dokument wurden die Gründe für und gegen die Teilung Deutschlands dargelegt. Von der Teilung versprach man sich vor allem eine Zerstörung der deutschen Machtkonzentration und die Erleichterung von Kontrollmaßnahmen. Auch müsse eine scharfe Demonstration der Niederlage neue militärische Ambitionen der Deutschen verhüten. Nachteilig sei jedoch eine vorauszusehende Kompli-

[43] *Post-War Foreign Policy Preparation*, a. a. O., S. 120.
[44] *Ebd.*, S. 126 f., 130.
[45] *Ebd.*, S. 127.
[46] *Ebd.*, S. 138.
[47] *Ebd.*, S. 101.
[48] Text des Dokuments „Germany: Partition" *ebd.*, Anhang 28, S. 554 ff.

Jahrgang 5 (1957), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1957_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

kation der Verwaltung. Kontrollen würden auch bei einer Teilung nicht überflüssig. Die Erbitterung der Bevölkerung könne zu Restaurationstendenzen führen und den Frieden abermals gefährden. Auch sei die Grenzziehung schwierig, eine wirtschaftliche Trennung der Einzelstaaten vollends unmöglich. Es steht außer Zweifel, daß diese nüchternen Erwägungen kein anderes Ziel als die Sicherung des zukünftigen Friedens verfolgten. Aber auffällig ist doch das Absehen von ideellen Motiven wie dem des Selbstbestimmungsrechtes der Völker, das den Bestimmungen der Atlantik-Charta zugrunde gelegen hatte.

Ähnlich ist der Eindruck, den die Lektüre eines zweiten Dokumentes hinterläßt, das etwas später, am 23. September 1943, als Unterlage für die bevorstehende Moskauer Konferenz ausgefertigt wurde.[49] Es enthielt nicht mehr eine bloße Zusammenfassung von Argumenten, sondern bereits eine förmliche Empfehlung, betitelt „The Political Reorganization of Germany". Das Interdivisional Country Committee on Germany, einer der Nachfolgeausschüsse des Advisory Committee, der dies Dokument vorlegte, empfahl erstens, die Einheit Deutschlands nicht zu zerstören, zweitens, die Bildung eines demokratischen Staates zu ermöglichen und zu unterstützen, drittens, die staatliche Gewalt durch ein Föderativsystem zu schwächen, sobald dafür spontane Neigungen in Deutschland vorhanden seien. Der erste Punkt erfuhr dieselben rein sachlichen Begründungen, die schon im Dokument vom 17. August zum Ausdruck gekommen waren. Der zweite Punkt gründete sich ebenfalls nicht auf das Recht eines jeden Volkes, eine demokratische Verfassung zu bekommen, sondern auf die rein vernunftmäßige Überlegung, daß ein demokratischer Staat für den Frieden ungefährlicher sein müsse. Ebenso wurde der dritte Punkt – Förderung staatlicher Dezentralisation – nicht mit der größeren Freiheit regionaler deutscher Bevölkerungseinheiten motiviert, sondern mit der Verminderung einer potentiellen deutschen Bedrohung. Immerhin zeigt das Dokument ein außergewöhnlich großes Verständnis seiner Verfasser für die tatsächliche deutsche Situation. Wenn die Situation der Weimarer Republik als Beispiel für die zu starke Schwächung eines unterlegenen Gegners genannt wird, so zeugt das von beachtlicher Objektivität.

Die Deutschlandberatungen des Advisory Committee gingen also in sachlich-kühler Expertenatmosphäre vor sich. Die Teilnahme der Vereinigten Staaten am Kriege und die wachsende Schärfe der Auseinandersetzung besonders seit der Invasion in Nordafrika verlangten eine konkrete Formulierung der Kriegsziele. Schon der Idealismus der Charta war ja kein abstrakter gewesen. Ihr trat jetzt – wenn auch noch nicht auf internationaler Basis – eine realistische Komponente zur Seite, die in den folgenden Jahren noch größere Bedeutung erlangte, ja, die die Konzeption der Atlantik-Charta weitgehend in den Hintergrund rücken sollte.

Noch eine weitere Überlegung drängt sich auf. Die Ziele der Charta zeichneten sich durch ihren universalen Geltungsbereich aus. Wenn die interne Planung 1942/43 nicht in regionaler Gliederung, sondern ressortmäßig vor sich ging, so

[49] Text des Dokuments „The Political Reorganization of Germany" *ebd.*, Anhang 29, S. 558 ff.

Jahrgang 5 (1957), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1957_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

schien damit dieser universale Zug zunächst seine Fortsetzung zu finden. Bald jedoch ergab sich eine andere Lage. Innerhalb der Unterausschüsse wurden die Kriegsziele gesondert für die Feindmächte und für die Vereinten Nationen diskutiert und formuliert. Mit der regionalen Neugliederung der Arbeit nach der Auflösung des Advisory Committee vollzog sich vollends die Trennung der Vorbereitungen für Sieger und Besiegte. Schon während eines Molotow-Besuches in Washington, am 1. Juni 1942, hatte Roosevelt erklärt, die amerikanischen Politiker „wüßten, . . . daß es zwei Arten von Nachkriegsregelungen geben werde: erstens diejenige unter den Vereinten Nationen und zweitens gewisse Abkommen für den Wiederaufbau der anderen Nationen im Hinblick darauf, eine stabilere Form des Friedens zu sichern".[50] Diese Trennung der Ziele war also seit 1942 bewußtes Prinzip der amerikanischen Politik.

Hinter dieser Trennung, so sehr sie sich aus der praktischen Arbeit ergeben hatte, stand indessen mehr. Man könnte überspitzt sagen: die amerikanische Planung verließ den Bereich allgemeiner Verantwortung und vertrat von nun an das Interesse einer Kriegspartei. Die ursprünglich globale Konzeption wandelte sich in eine alliierte. Die Prinzipien der Freiheit und Gleichberechtigung aller Völker galten von nun an nur noch für die Siegermächte. Die Forderung nach allgemeiner Sicherheit wurde abgelöst durch die Forderung nach Sicherheit der Vereinten Nationen.

Bei dieser Wendung ging es gewiß nicht nur um das egoistische Interesse, sondern auch um das Ziel eines dauerhaften Weltfriedens, der letzten Endes auch den Besiegten zugute kommen mußte. Aber indem die Neuordnung auf Grund einer Sonderbehandlung der Feindmächte zustande kommen sollte, indem man diesen Mächten Opfer allerhärtester Art auferlegen wollte, gab man eine gemeinsame Basis des Menschlichen auf, die unter Umständen auch über die Fronten eines Krieges hinweggehen kann. Wandten sich doch Pläne wie der für die politische Teilung eines Feindstaates nicht so sehr gegen ein Regime, das den Grundsätzen der Atlantik-Charta hohnsprach, sondern vor allem gegen die Bevölkerung, die unter diesem Regime lebte. Ging es bei den humanitären Zielen von 1941 offenkundig um das bloße In-Freiheit-Setzen menschlicher Prinzipien, die überall als gültig vorausgesetzt wurden, so fehlte nun der Glaube an die positiven Werte der Menschen schlechthin. Zumindest hielt man eine vorübergehende Umerziehung feindlicher Völker für nötig, ehe man sie für die Eingliederung in eine freie Welt als würdig erachtete. Die psychischen Auswirkungen eines ideologischen Krieges machen diesen Wandel freilich verständlich.

Welche Auswirkungen hatten die Gespräche der offiziellen Washingtoner Gremien? Sie dürfen nicht übermäßig hoch veranschlagt werden. Mancherlei andere Einflüsse machten sich bei wichtigen Beschlüssen in den folgenden Jahren geltend, und die Auffassungen der Experten wurden oft mißachtet. Das gilt z. B. für die alliierten Besprechungen über die Teilung Deutschlands in Einzelstaaten, die in

[50] *Sherwood*, a. a. O., deutsch, S. 465 f.

Jahrgang 5 (1957), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1957_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Moskau und Teheran (Oktober und November 1943) stattfanden,[51] und für das überraschende Eingreifen des amerikanischen Finanzministers Morgenthau in die Deutschlandpolitik (August/September 1944).[52] In den vorgeschrittenen Phasen des Krieges zeigte sich, daß fachmännische Theorien nur schwer gegenüber spontanen politischen Willensäußerungen standhalten können. Für die amerikanische Politik ist dabei besonders zu beachten, daß die Ministerien gemäß der amerikanischen Verfassung nur eine beratende Funktion ausüben und der Präsident seine Entschlüsse in eigener Verantwortung zu fassen hat.

Eine Empfehlung des Advisory Committee wurde allerdings schon sehr bald zur politischen Realität: die Forderung des Unconditional Surrender. Roosevelt erhob sie öffentlich am 24. Januar 1943 bei Beendigung der britisch-amerikanischen Konferenz in Casablanca.[53]

*

Während die Erörterungen der Sachverständigen in Washington vor sich gingen, wich im Verlauf des Jahres 1943 auch die anfängliche Weigerung der amerikanischen Regierung, gemeinsam mit den Alliierten Details der Nachkriegsordnung zu erörtern, einer wachsenden Bereitschaft zu neuen Gesprächen. Inzwischen hatte sich auf allen Kriegsschauplätzen eine Wendung der Lage angebahnt, die eine Intensivierung der alliierten Planung – vor allem auf strategischem Gebiet – erforderte. Im Jahre 1943 folgte eine Konferenz der anderen, zum Teil auf Zweimächte-, zum Teil auf Dreimächtebasis. Gelegentlich dieser zwischenstaatlichen Besprechungen wurden auch die Fragen der Kriegszielpolitik gegenüber Deutschland wieder aufgegriffen.

Die Kapitulationsformel von Casablanca, zunächst nur von amerikanischer und britischer Seite ausgesprochen, später aber auch von Stalin unterstützt,[54] war noch nicht ein eigentliches Friedensziel. Sie regelte nur das formelle Verfahren bei der Liquidation des Krieges. Sie konnte nur Voraussetzung für eine spätere Friedensordnung sein, und zwar für eine Friedensordnung, die sowohl konstruktiven als auch destruktiven Charakter haben mochte. Die Art der Friedensregelung war durch das formale Prinzip noch nicht unbedingt präjudiziert. In der Tat ist das wesentliche Motiv für Roosevelts Casablanca-Politik in der Absicht zu sehen, jegliche Festlegungen auf bestimmte Maßnahmen nach dem Waffenstillstand gegen-

[51] Mosely, Mitglied der amerikanischen Delegation in Moskau, stellte fest, daß hohe Stellen in seiner Regierung die Teilung befürworteten, während die Fachleute dagegen seien. „... sowohl Eden als auch Molotow erklärten, daß dieselbe Einstellung in ihrer jeweiligen Regierung vorherrsche ...“; *Mosely*, a. a. O., S. 3035. Vgl. auch *Hull*, a. a. O., Bd. II, S. 1287. In Teheran legte Roosevelt einen detaillierten Teilungsplan vor.

[52] Vgl. hierzu die Studie des Verfassers: Der Morgenthau-Plan als historisches Problem, Wehrwissenschaftliche Rundschau Bd. V (1955), S. 15–32.

[53] Vgl. den Aufsatz des Verfassers: Die Genesis der Unconditional-Surrender-Forderung, Wehrwissenschaftliche Rundschau Bd. VI (1956), S. 105–118, 177–188, bes. 182 f.

[54] Vgl. Stalins Tagesbefehl vom 1. Mai 1943; Abdruck: *War and Peace Aims of the United Nations*, (Bd. II) From Casablanca to Tokio Bay, Jan. 1, 1943 – Sept. 1, 1945, herausgegeben von Louise W. Holborn, Boston 1948, S. 755.

Jahrgang 5 (1957), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1957_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

über den Achsenmächten zu vermeiden.[55] Das Unconditional-Surrender-Prinzip war ein vorbeugendes Mittel gegen politische Ansprüche der unterlegenen Nationen. Es implizierte unausgesprochen auch eine Absage an alle diejenigen, die sich möglicherweise auf den universalen Geltungsbereich der Atlantik-Charta berufen würden.

Auch die Kapitulations-Formel war also ein vorbeugendes Mittel, das die Handlungsfreiheit bei späteren Konferenzen erhalten sollte. Sie richtete sich aber – und das unterscheidet sie von den früheren Bestrebungen der amerikanischen Regierung – nur gegen Deutschland und dessen Verbündete. Absprachen zwischen den Alliierten wurden durch sie nicht betroffen. Man wird nicht fehlgehen, wenn man auch in dieser politischen Entscheidung Washingtons die Erinnerung an 1918 wirksam sieht. Damals wurde der Waffenstillstand nicht bedingungslos abgeschlossen. Wilsons Vierzehn Punkte bildeten mit gewissen Einschränkungen die Grundlage der Waffenstreckung. Als der endgültige Friede nachher nicht diesen Bedingungen entsprach, ergab das die Basis für die deutsche Revisionspolitik bis zu Hitler hin. Diese Entwicklung sollte nach der erneuten Niederwerfung Deutschlands vermieden werden. Schon 1918 hatte es unter den Kritikern des Präsidenten Wilson Persönlichkeiten gegeben, die die bedingungslose Kapitulation der Mittelmächte gefordert hatten, unter anderen auch Theodore Roosevelt. Jetzt, wo es darum ging, einen neuen Frieden zu organisieren, erinnerte man sich an diese Stimmen. Franklin D. Roosevelt war ein großer Verehrer Woodrow Wilsons; aber er war auch überzeugt, daß Wilson bei allem guten Willen und einer idealen Zielsetzung verhängnisvolle realpolitische Fehler begangen hatte. Roosevelt nahm sich vor, diesmal eventuellen zukünftigen deutschen Ansprüchen von vornherein die juristische Grundlage zu entziehen. Unconditional Surrender sollte eine Tabula rasa schaffen, auf der die zukünftige Welt den Wünschen der Alliierten gemäß ohne ein Einspruchsrecht der Unterlegenen aufgebaut werden konnte.[56]

Einige Wochen nach der Casablanca-Konferenz begannen bereits interalliierte Gespräche über die Behandlung der Achsenmächte. Ein Besuch Edens in Washington vom 12. bis zum 29. März 1943 hatte hauptsächlich den Zweck, über die Gestaltung der Nachkriegswelt zu beraten. Dabei handelte es sich nur um „Erkundigungen", definitive Beschlüsse wurden nicht gefaßt. Die Diskussionen betrafen in erster Linie die Vereinten Nationen; aber auch die Zukunft Deutschlands wurde erörtert.[57] Eden und Roosevelt befürworteten im Einvernehmen mit der Sowjetunion die Abtretung Ostpreußens an Polen, die Isolierung Preußens und die Teilung des restlichen Deutschlands in Einzelstaaten, und zwar möglichst durch Unterstützung separatistischer Neigungen unter den Deutschen selbst.

[55] Vgl. den Aufsatz des Verfassers: Die Genesis der Unconditional-Surrender-Forderung, a. a. O., S. 274.

[56] Dieselbe Ansicht unter anderem bei *Sherwood*, a. a. O., S. 570; *John L. Chase*, Unconditional Surrender Reconsidered, Political Science Quarterly Bd. LXX (1955), S. 274; *R. G. Tugwell*, The Compromising Roosevelt, The Western Political Quarterly Bd. VI (1953), S. 331 ff.

[57] Vgl. *Sherwood*, a. a. O., deutsch, S. 583.

Jahrgang 5 (1957), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1957_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Die Bereitschaft Roosevelts, von nun an aktiv die interalliierte Planung zu fördern, zeigte sich auch in dem Bemühen, die verfassungsmäßigen Befugnisse des Präsidenten für Nachkriegsregelungen zu klären. Adolf Berle, Assistant Secretary im State Department, arbeitete in Hopkins' Auftrag ein Gutachten aus (datiert vom 25. März 1943), nach dem der Präsident die Initiative weitgehend selbst ergreifen konnte und in Nachkriegsfragen vom Kongreß fast unabhängig war.[58] In der Tat ist die amerikanische Deutschlandpolitik später vom Präsidenten verantwortlich gestaltet worden.

Es ist hier nicht der Platz, die Verhandlungen über Deutschland auf den folgenden Konferenzen ausführlich darzustellen. Ein kurzer Überblick muß genügen. Als Churchill zwei Monate nach dem Edenbesuch zur sogenannten TRIDENT-Konferenz nach Washington kam, äußerte er sich in einer „inoffiziellen Aussprache" am 22. Mai in Anwesenheit von Vizepräsident Wallace, Innenminister Ickes, Kriegsminister Stimson, Sumner Welles und Senator Conally über die Nachkriegsordnung.[59] Er empfahl die staatliche Isolierung Preußens und die Möglichkeit einer weiteren Teilung dieses Landes. Das waren noch die gleichen Gedanken, die er bereits um die Jahreswende 1941/42 während der Besprechungen zwischen Eden und Stalin angedeutet hatte. Churchills Vorschläge gaben nur seine persönlichen Gedanken wieder. Die amerikanischen Gäste indessen erklärten, „sie hätten mehr oder weniger ähnliche Gedanken gehegt".[60]

Während der ersten Quebec-Konferenz vom 14. bis zum 24. August 1943, der sogenannten QUADRANT-Konferenz, kam es zwischen den Außenministern Eden und Hull zu einem Gespräch über die Teilung Deutschlands.[61] Beide Staatsmänner sprachen sich gegen eine zwangsweise Teilung aus. Spontane Separationen sollten hingegen gefördert werden, und zwar eventuell durch wirtschaftliche Neuorganisation. Russische Vertreter waren an der Konferenz nicht beteiligt.

Die zweiseitigen Verhandlungen wurden bei der nächsten Zusammenkunft, der Moskauer Außenminister-Konferenz vom 19. bis zum 30. Oktober 1943, auf Dreimächte-Basis gestellt. Zum erstenmal seit der Wiederaufnahme interalliierter Kriegszielgespräche nahmen Sowjetvertreter offiziell zu westlichen Plänen Stellung. Die amerikanische Delegation unterbreitete umfassende Vorschläge für die spätere Deutschlandpolitik.[62] Darin waren Maßnahmen zur Überwachung des militärischen Potentials und zur politischen Reorganisation vorgesehen: politische Dezentralisierung, Einführung einer Verfassung mit demokratischen Freiheiten und ausreichender Lebensstandard. Über Einheit oder Teilung wurde nicht entschieden, die Grenzziehung sollte dem Friedensvertrag vorbehalten bleiben. Die amerikanischen Vorschläge fanden britischer- und russischerseits weitgehend Zustimmung. Die Teilungsfrage wurde erörtert, aber nicht geklärt. Molotow bezeich-

[58] Vgl. *ebd.*, S. 587, 589 f.
[59] Vgl. *Churchill*, a. a. O., Bd. IV, 2, S. 441 ff.
[60] *Ebd.*, S. 446.
[61] Vgl. *Hull*, a. a. O., Bd. II, S. 1232 ff.
[62] Vgl. *ebd.*, S. 1274 ff., bes. 1285 ff.

Jahrgang 5 (1957), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1957_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

nete die Vorschläge als Minimalprogramm. Die Abtretung Ostpreußens wurde gemeinsam befürwortet. Im weiteren Verlauf der Konferenz wurde auf amerikanische Initiative auch das Reparationsprogramm besprochen, ohne daß eine Entscheidung getroffen wurde.

Mit der Teheraner Konferenz endete im Dezember 1943 vorerst die Serie der zwischenstaatlichen Zusammenkünfte. Diesmal befaßten sich die höchsten Politiker der drei Alliierten erstmalig in direkten Auseinandersetzungen gemeinsam mit Deutschlands Zukunft. Sie sprachen unter anderem über folgende Probleme:[63] Einheit oder Teilung, Abtretung deutscher Ostgebiete zugunsten Polens und der Sowjetunion, Bevölkerungsumsiedlungen, internationale Überwachung und Entmilitarisierung, Einschränkung der deutschen Industriekapazität, deutsche Zwangsarbeit beim Wiederaufbau Rußlands. Die Ansichten der Politiker gingen zum Teil noch weit auseinander. Definitive Beschlüsse irgendwelcher Art wurden nicht gefaßt. Churchill stellte fest:[64] „Die alles überragende Frage, wie Deutschland seitens der Sieger zu behandeln sei, konnte an diesem Meilenstein nur Gegenstand ‚eines vorläufigen Überblicks über ein ungeheures historisches Problem' sein und, wie Stalin hinzufügte, ‚eines sehr vorläufigen'." Um für die Problematik der zukünftigen Behandlung Deutschlands ein permanentes Beratungsgremium zu haben, wurde kurz nach der Konferenz die European Advisory Commission in London gegründet.

Nicht nur über Deutschland, sondern auch über viele andere europäische Staaten verhandelten die Alliierten im Laufe des Jahres 1943. Um so mehr wird deutlich, daß die ursprüngliche amerikanische Absicht, Gespräche über Nachkriegsfragen hinauszuschieben, nicht mehr bestand. Hatte man 1941/42 den Frieden durch den Verzicht auf alle vorzeitigen Bindungen sichern wollen, so schien man jetzt den früher schon von Welles und anderen empfohlenen Weg frühzeitiger gemeinsamer Planung mit England und Rußland vorzuziehen. Wie war es zu diesem Wandel gekommen?

Die Vereinigten Staaten waren nicht die Initiatoren der neuen Gespräche gewesen; Großbritannien hatte ihr Zustandekommen am stärksten betrieben. Die britische Regierung hatte im Februar 1943 den Besuch Edens in Washington angeregt, um Nachkriegsfragen durchzusprechen. Die amerikanische Regierung läßt sich aber auch nicht wohl als bloß „getriebener" Partner bezeichnen. Sie kam den britischen Anregungen keineswegs widerwillig nach. Auch in Washington waren wieder Stimmen laut geworden, die eine Zusammenarbeit mit britischen und sowjetischen Stellen forderten. Das Advisory Committee, besonders dessen Unterausschüsse für politische und Sicherheitsprobleme, kamen bei ihren Beratungen zu dem Schluß, daß Anstrengungen gemacht werden müßten, um zu einem Einverständnis mit der Sowjetunion zu kommen und eine gemeinsame Politik über

[63] Vgl. u. a. *Churchill*, a. a. O., Bd. V, 2, S. 27 ff., 412 f.; *Sherwood*, a. a. O., deutsch, S. 652 ff.

[64] *Churchill*, a. a. O., Bd. V, 2, S. 100 f.

Jahrgang 5 (1957), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1957_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

die Nachkriegsordnung zu erreichen.[65] Während der Konferenzen in Moskau und Teheran waren es vor allem die amerikanischen Politiker, die ausgearbeitete Entwürfe über die zukünftige Behandlung Deutschlands vorlegten. Im Winter 1941/42 hatten die Sowjets Gespräche über den Frieden gefordert, jetzt verlangten die Westmächte das, was sie noch ein Jahr früher verweigert hatten.

Es liegt nahe, in diesem Wandel den der militärischen Situation wirksam zu sehen. In der ersten Periode des Krieges, während der die Achsenmächte allein die militärische Initiative besaßen, waren alle Anstrengungen der Alliierten auf die Entfaltung ihrer militärischen Kräfte gerichtet. Politische Überlegungen mußten hinter strategischen zurückstehen. Erst als sich in der zweiten Hälfte des Jahres 1942 das Kriegsglück allmählich der alliierten Seite zuwandte, als „das Ende vom Anfang" erreicht war und damit auch „der Anfang vom Ende" in Sicht kam, trat die Politik mehr in den Vordergrund. Der Friedensschluß, der im ersten Jahr der amerikanischen Kriegsbeteiligung noch in unabsehbarer Ferne lag, war zwar noch nicht in greifbarer Nähe, aber er konnte jetzt doch mit größerer Zuversicht ins Auge gefaßt werden. Je mehr der militärische Sieg gesichert schien, desto größer wurden die Sorgen um die politische Gestaltung der Zukunft. Wenn Roosevelt sich anfangs Handlungsfreiheit bei der Friedenskonferenz erhofft hatte, so mußte er nun einsehen, daß interalliierte Vorbereitungen für eine solche Konferenz unter Umständen doch ratsam erscheinen konnten.

Mit der veränderten militärischen Situation änderte sich auch das Kräfteverhältnis zwischen der Sowjetunion und den Westmächten. Rußland ging zur Offensive über. Von nun an konnte nicht mehr zweifelhaft sein, daß es in Zukunft ein politischer Machtfaktor allerersten Ranges sein würde. Stalin hatte es nicht mehr nötig, um Anerkennung seiner Ziele in Europa zu ringen; notfalls ließen sie sich ohne Einwilligung der Westmächte erreichen. Beruhigt konnte er in Teheran sagen:[66] „Zur Zeit ist es unnötig, über irgendwelche Wünsche der Sowjets zu reden – aber wenn es so weit ist, dann werden wir schon sprechen."

Die Stellung der Westmächte hatte sich also verschlechtert. Der östliche Partner war nicht mehr in hohem Maße auf ihren guten Willen angewiesen. Ihre Unfähigkeit, vor Mitte 1944 eine zweite Front in Frankreich zu errichten, brachte sie noch stärker in Mißkredit bei den erfolgreichen Russen. Wie weit würden sie noch in der Lage sein, bei der Nachkriegsgestaltung Europas mitzuwirken? Mehr noch: Japan war nach wie vor ein Gegner, dessen Niederringung ohne russische Hilfe unmöglich erschien. Wenn man auch nicht von einem Abhängigkeitsverhältnis der Westmächte von Rußland sprechen konnte, so war doch eine starke Schwächung ihrer Position im Vergleich mit dem Vorjahr nicht zu übersehen.

Die politische Konsequenz, die Amerika aus der veränderten Situation zog, war

[65] Vgl. *Post-War Foreign Policy Preparation*, a. a. O., S. 102, 129.

[66] *Sherwood*, a. a. O., S. 646. Über die Stärkung der russischen Position seit 1943 vgl. auch *Isaac Deutscher*, Stalin, A Political Biography, London/New York/Toronto 1949, deutsch: Stalin, Die Geschichte des modernen Rußland, Stuttgart 1951, S. 517 f.

Jahrgang 5 (1957), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1957_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

eine Politik, die mit Recht als „neuer Kurs" bezeichnet worden ist.[67] Sie äußerte sich in der Bereitschaft zu Kompromissen und Zugeständnissen. Kaum ein Politiker bekam das schmerzlicher zu spüren als der polnische Botschafter Ciechanowski, der seit Januar 1943 in Washington mehr und mehr zu der Erkenntnis gelangte, daß die östlichen Grenzen seines Landes der Friedensordnung zum Opfer gebracht werden würden.[68] Die westlichen Zugeständnisse sollten eine entgegenkommende Haltung der Russen bewirken. Man hoffte auf eine Einigung mit ihnen über Zukunftsfragen, ehe es überhaupt zu spät war. Hieraus erklären sich die intensiven amerikanischen Bemühungen, mit Stalin an einen Tisch zu kommen. Gleich bei den ersten Gelegenheiten in Moskau und Teheran präsentierte man die eigenen Zukunftspläne und suchte die russischen kennenzulernen.

Hinter dem „neuen Kurs" standen jedoch in Amerika nicht nur Befürchtungen, sondern vielfach auch optimistische Hoffnungen, daß Rußland in Zukunft ein konstruktiver Partner beim Bau einer neuen Weltordnung sein würde. Sei es, daß man sich den Verbündeten gegen das autokratische Hitler-Deutschland nicht als machtpolitischen Imperialisten vorstellen konnte – sei es, daß man unbehagliche Empfindungen mit der These einer ideologischen Annäherung des Bolschewismus an die Demokratien des Westens zudecken zu können glaubte. Jedenfalls war eine wachsende rußlandfreundliche Stimmung in weiten Kreisen des Westens seit dem Jahr 1943 unverkennbar. Vielfach glaubte man, eigene staatssozialistische Ideen im Sowjetsystem wiederzufinden.[69] Die Sowjets versäumten nicht, ihrerseits diese pro-sowjetischen Stimmen im Westen zu fördern. Die Auflösung der Kommunistischen Internationale im Mai und die Einsetzung eines Patriarchen in Moskau im September 1943 sollten neben anderen Maßnahmen eine Anpassung an den Westen dokumentieren. Diese ideologische Annäherung war ein weiterer Faktor, der die Wandlung der amerikanischen Haltung in Kriegszielfragen beeinflußte. Die westlichen Politiker sahen keinen Grund mehr für ein weiteres Aufschieben der Verhandlungen.

Welche historische Bedeutung hatte die Neuorientierung der amerikanischen Kriegszielpolitik? Als Churchill im März des Vorjahres schon einmal bereit gewesen war, Rußland Zugeständnisse zu machen, hatte er bewußt eine Einschränkung der Atlantik-Charta in Kauf genommen: Man solle deren Grundsätze nicht so auslegen, daß Rußland die De-facto-Grenzen von 1941 vorenthalten würden. Die damaligen amerikanischen Einwände hatten sich umgekehrt immer wieder auf die mit der Charta eingegangenen Verpflichtungen gestützt. Während der zweiten Phase interalliierter Gespräche im Jahre 1943 standen die moralisch-

[67] Über den „neuen Kurs" vgl. *Ciechanowski*, a. a. O., S. 140 u. ö.; *Foster Rhea Dulles*, The Road to Teheran, The Story of Russia and America, 1781–1943, Princeton 1944, S. 251 ff.; *William L. Langer*, Political Problems of a Coalition, Foreign Affairs Bd. XXVI (1947/48), S. 73—89. Die Situation beleuchtet schlaglichtartig das „Gutachten eines hohen Militärs der Vereinigten Staaten" vom 10. 8. 1943, abgedruckt bei *Sherwood*, a. a. O., S. 612.

[68] Vgl. *Ciechanowski*, a. a. O., S. 140.

[69] Vgl. z. B. die Beobachtungen *Ciechanowskis*, a. a. O., S. 174 f.

Jahrgang 5 (1957), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1957_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

idealistischen Grundsätze von 1941 – soweit die Quellen berichten – nicht mehr zur Debatte. Auch die amerikanischen Vertreter hatten sich damit abgefunden, daß konkrete Regelungen nicht ohne erhebliche Schwierigkeiten – vielleicht sogar überhaupt nicht – auf der Basis allgemeiner Prinzipien zu treffen waren.

Die internen Beratungen des State Department hatten dasselbe gezeigt. Die Unterausschüsse des Advisory Committee hatten die Friedenspolitik getrennt für Sieger und Besiegte betrachtet und das Interesse einer Kriegspartei vertreten. Mit den Konferenzen von 1943 machte sich die amerikanische Außenpolitik diese bereits vorgezeichnete Einstellung zu eigen, ja, sie ging in manchem darüber hinaus. Die Deutschlandgespräche mit den Alliierten bewegten sich nicht immer in der sachlichen Atmosphäre, die 1941/42 im Advisory Committee geherrscht hatte. Churchill hat dies veränderte Klima in seinen Memoiren so zu begründen versucht:[70] „Der Leser darf nicht übersehen, daß wir uns inmitten des furchtbaren Ringens mit der gewaltigen Macht der Nazi befanden. Rund um uns lauerten all die Wechselfälle des Krieges; in uns lebten all die leidenschaftlichen Kameradschaftsgefühle von Verbündeten, und der Wunsch nach Vergeltung am gemeinsamen Feind beherrschte unser aller Denken."

Zeichen solcher Haltung ließen sich für die folgenden Jahre bis zur bedingungslosen Kapitulation Deutschlands und bis zur Potsdamer Konferenz im Sommer 1945 verfolgen. Die alliierten Pläne sahen zunehmend härtere Maßnahmen vor; sie trugen immer deutlicher den Stempel des totalen Krieges, der nicht nur die Atmosphäre des Kampfes selbst vergiftete, sondern ebenso den Geist der Zukunftskonzeptionen. Die Vorstellung Roosevelts, daß Gespräche am runden Tisch eine vernünftige Friedensordnung herbeiführen könnten, erwies sich überdies als illusorisch. Nach dem Ende der Feindseligkeiten beanspruchten machtpolitische Überlegungen wieder in zunehmendem Maße das Denken der Politiker, und Vorstellungen, die auf der Voraussetzung einer anhaltenden Einigkeit der Siegermächte basierten, konnten nicht in die Wirklichkeit umgesetzt werden.

Die hier betrachtete Entwicklung der frühen Kriegsjahre läßt den Weg der amerikanischen Deutschlandpolitik von der Atlantik-Charta – dem Manifest eines idealistischen Sendungsbewußtseins – über die Beratungen des State Department und seine praktisch-politischen Erörterungen konkreter Probleme der Nachkriegswelt bis zu den alliierten Konferenzen des Jahres 1943 verfolgen, bei denen Vorschläge für eine harte Sonderbehandlung der Achsenmächte diskutiert wurden. Die ursprüngliche Enthaltung von festen Abreden mußte den Forderungen der Kriegspolitik weichen. Die Entscheidungen fielen erst später, aber die Tendenz war deutlich und wird als historisch typisch für den Verlauf eines totalen Krieges anzusprechen sein.

[70] *Churchill*, a. a. O., Bd. V, 2, S. 101 f.

Jahrgang 5 (1957), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1957_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Miszellen

WILHELM DEIST

BRÜNING, HERRIOT UND DIE ABRÜSTUNGSGESPRÄCHE VON BESSINGE 1932

Die innenpolitische Entwicklung Deutschlands in den letzten Jahren der Weimarer Republik ist in jüngster Zeit durch die noch vorhandenen Akten und durch die große Anzahl von Memoiren in steigendem Maße der historischen Forschung zugänglich gemacht worden. Die Klärung der auswärtigen Beziehungen dagegen wird sehr erschwert durch das völlige Fehlen deutscher und französischer Aktenpublikationen. Die bisher veröffentlichten britischen und amerikanischen Dokumentenbände erlauben uns jedoch tieferen Einblick in einzelne Fragenkomplexe.[1] In diesem Sinne ist dieser Beitrag einigen speziellen Fragen der Abrüstungspolitik Brünings in der ersten Hälfte des Jahres 1932 gewidmet.

Ausgehend von dem 4. Punkt des Wilsonschen Friedensprogramms gaben die Siegermächte im Versailler Vertrag zu verstehen, daß Deutschlands Abrüstung Bestandteil einer durch den Völkerbund herbeizuführenden allgemeinen Abrüstung darstellen sollte. In einer in charakteristischer Weise abgeänderten Fassung bestätigte der Artikel 8 der Völkerbundsverfassung diese Verpflichtung und beauftragte den Rat, entsprechende Pläne vorzulegen. Erst nach Abschluß des Vertrages von Locarno und dem deutschen Eintritt in den Völkerbund erinnerte sich der Rat seiner Aufgabe und setzte eine Kommission ein, die nach endlosen und mühseligen Verhandlungen am 9. Dezember 1930 einen Konventionsentwurf verabschiedete. Der für unseren Zusammenhang wichtigste Artikel (53) des Entwurfes besagte, daß die Konvention früher eingegangene Verpflichtungen nicht berühre. Damit sollte einer Diskussion des Versailler Vertrages vorgebeugt werden. Ein weiteres Jahr verging, ehe am 2. Februar 1932 die Konferenz der 60 teilnehmenden Staaten von ihrem britischen Präsidenten Henderson eröffnet werden konnte. Die allgemeine politische Lage zu diesem Zeitpunkt war dem Bemühen um eine Abrüstung nicht ungünstig. Die Regierungen der westlichen Großmächte – Frankreichs, Englands und der Vereinigten Staaten – standen in dem wirtschaftlichen Krisenjahr 1932 unter dem Zwang, wesentliche Einschränkungen in ihren Ausgaben vorzunehmen. Es zeigte sich aber, daß diese Überlegungen nicht den ausschlaggebenden Einfluß auf die politischen Entscheidungen der Regierungen ausübten, wie es die Öffentlichkeit erwartete. Dies galt vor allem für die kontinentaleuropäischen Mächte. Für sie spitzte sich die Frage der Abrüstung auf die Alternative zu: Aufrechterhaltung oder Revision der Versailler Vertragsbestimmungen. Die deutsche Delegation, als Vertreterin der einzigen, tatsächlich abgerüsteten Macht, zog mit einem starken moralischen und rechtlichen Rückhalt in die Konferenz ein.

[1] Siehe hierzu z. B.: K. D. Erdmann: Der Europaplan Briands im Licht der englischen Akten, in: Gesch. i. Wiss. u. Unterr. 1 (1950), S. 16; O. Hauser: Der Plan einer deutsch-österreichischen Zollunion von 1931 und die europäische Föderation, in: HZ 179 (1955), S. 45.

Jahrgang 5 (1957), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1957_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Brünings große Rede vor der Generalversammlung am 9. Februar[2] und die Vorschläge der deutschen Delegation vom 18. Februar 1932 zeigten deutlich die Ziele, die Deutschland durch die Konferenz zu erreichen suchte. Brüning forderte die Abrüstung der Siegermächte als Gegenleistung der vollzogenen deutschen Abrüstung. Darauf habe Deutschland einen rechtlichen und moralischen Anspruch. Die Abrüstung könne nur auf dem Boden der Gleichberechtigung vollzogen werden, das ergebe sich aus dem Artikel 8 der Völkerbundssatzung und aus der einfachen Tatsache, daß Deutschland Mitglied des Völkerbundes sei. Die allgemeine Abrüstung müsse dem heutigen Zustand eines „bewaffneten Friedens auf der Grundlage einer rechtlichen Ungleichheit" ein Ende bereiten. Der Kanzler forderte nicht ausdrücklich die Abrüstung der ehemaligen Alliierten auf das Versailler Niveau; er ließ diese Frage in der Schwebe. Die Vorschläge der deutschen Delegation dagegen sprachen hiervon deutlicher, sie waren ein Spiegelbild der betreffenden Bestimmungen des Versailler Vertrages. Dies war ein unerfüllbares Maximalprogramm. Was Brüning, neben einigen geringfügigen Änderungen im Aufbau der Reichswehr und neben einer Berichtigung des deutsch-französischen militärischen Kräfteverhältnisses durch eine französische Abrüstung, erreichen wollte, war die Anerkennung Deutschlands als eines gleichberechtigten Verhandlungspartners. Praktisch bedeutete dies die Aufhebung des Teils V des Versailler Vertrages, die Übernahme dieses Vertragsteiles und dessen frei auszuhandelnde Veränderungen in die Abrüstungskonvention. So sollte eine rechtliche Bresche in das Versailler Vertragswerk geschlagen werden. Ein Erfolg in dieser Richtung wurde noch im Februar 1932 erzielt, indem der Konventionsentwurf und damit dessen Artikel 53 mehr und mehr aus den Verhandlungen der Konferenz verschwand.

Auch die französischen Ziele und Wünsche in der Abrüstungsfrage nahmen ihren Ausgang von den durch den Versailler Vertrag geschaffenen Verhältnissen. Der damalige Ministerpräsident Tardieu legte der Konferenz am 5. Februar einen detaillierten und weitreichenden Plan vor. Drei Prinzipien lagen diesen Vorschlägen zugrunde, die von der französischen Delegation während der monatelangen Verhandlungen fast unverändert aufrechterhalten wurden. Als wichtigste Voraussetzung aller Verhandlungen nannte der Plan die „Achtung vor den Verträgen". Das bedeutete für Deutschland, daß eine Revision des Friedensvertrages nur auf Grund des Artikels 19 der Völkerbundssatzung und nur auf dem Wege über den Völkerbund möglich sein sollte. Weiterhin wurde in dem Plan der Versuch unternommen, die Abrüstung mit der Stärkung der Exekutivgewalt des Völkerbundes zu verbinden. Zu diesem Zwecke sollte eine internationale Streitmacht aus nationalen Verbänden mit hochqualifizierten Waffen geschaffen werden, die dem Völkerbund allerdings nur im Bedarfsfalle zur Verfügung gestellt werden sollte. Außerdem schlug die französische Regierung eine genauere Festlegung der schon bestehenden Beistandsverpflichtungen innerhalb des Völkerbundes, also eine präzise Auslegung und weiteren Ausbau des Artikels 16, im

[2] Zu den Genfer Abrüstungsverhandlungen siehe die verschiedenen Serien der: Société des Nations, Actes de la Conférence pour la limitation et la réduction des armements.

Jahrgang 5 (1957), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1957_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Sinne des Genfer Protokolls, vor. Dieses Anliegen der französischen Politik zielte auf eine engere Verflechtung Großbritanniens mit dem französischen Sicherheitssystem, dem sich England bisher entzogen hatte.

Wie das Anliegen der deutschen Politik durch das Schlagwort „Gleichberechtigung" gekennzeichnet werden kann, so beherrschte der nicht minder vieldeutige Begriff „Sécurité" die Überlegungen der französischen Politiker. Sécurité bedeutete in erster Linie: Aufrechterhaltung der durch Versailles geschaffenen und 1932 zumindest noch rechtlich bestehenden Verhältnisse. Tardieu hat in einem späteren Kommentar zu dem Plan vom 5. Februar diese Linie der französischen Politik treffend charakterisiert: 1. Der Plan hielt die rechtliche und tatsächliche militärische Ungleichheit zwischen Frankreich und Deutschland aufrecht. 2. Der Plan berührte in keiner Weise die allgemeinen Grundsätze der französischen Militärorganisation. 3. Der Plan enthielt keinerlei Vorschläge zur Revision der Verträge.[3]

Ein ganz anderes Bild ergibt sich bei der Betrachtung der britischen und amerikanischen Äußerungen. Weder die Vorschläge der Briten – durch Sir John Simon – noch die der Amerikaner – durch Hugh Gibson – konnten sich in Umfang und Gründlichkeit mit den französischen und deutschen Plänen messen. Beide Mächte waren durch Tradition und geographische Lage in geringerem Maße an dem vorwiegend europäischen Problem interessiert. Sie suchten beide den Weg eines praktischen Kompromisses und nahmen infolgedessen während der nächsten Monate eine im ganzen vermittelnde Stellung ein. Die britische Delegation entwickelte dabei den Gedanken einer qualitativen Abrüstung, d. h. der Beschränkung oder des Verbotes einzelner Waffen nach bestimmten Kriterien. Die Amerikaner ihrerseits untersuchten die Möglichkeiten einer Beschränkung der Heeresstärken. Diese Frage war sehr umstritten, da Frankreich sich weigerte, die ausgebildeten Reserven in eine Abrüstungskonvention einzubeziehen. England und Amerika hatten in diesem Punkt, im Austausch gegen Zugeständnisse Frankreichs in der Frage der Seeabrüstung, nachgegeben.[4]

Die Verhandlungen der Konferenz und ihrer Kommissionen zogen sich nach den grundsätzlichen Erklärungen der Delegationen ohne besondere Höhepunkte wochenlang hin. Ende April schien es jedoch so, als ob es den vereinten britisch-amerikanischen Bemühungen gelingen würde, einen ersten wesentlichen Kompromiß zustande zu bringen. In den Tagen vom 19. bis 23. April fanden einzelne, informelle Gespräche zwischen Brüning, Tardieu, dem britischen Premier MacDonald und dem amerikanischen Außenminister Stimson statt, über die wir leider nur sehr spärlich unterrichtet sind.[5] Bei einer Zusammenkunft der britischen und amerikanischen Vertreter am 23. April wurden die Ergebnisse der einzelnen Ver-

[3] Echo de Paris vom 17. 11. 1932.

[4] Foreign Relations of the United States, Diplomatic Papers (US Doc.) 1931 I, S. 73/74, und Ztschr. f. Politik, Bd. XXI (1932), S. 911.

[5] Documents on British Foreign Policy, 1919–1939, Second Series, (Brit. Doc.) III, Nr. 103, S. 123/4 (Anm. 2), und Brit. Doc. III, Nr. 240, S. 516/8 (u. Anm. 4). Das Gespräch vom 26 April: US Doc. 1932, I, S. 108–12.

Jahrgang 5 (1957), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1957_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

handlungen diskutiert und ein Zusammentreffen aller vier Regierungsvertreter für den 26. April in Stimsons Haus in Bessinge vorgeschlagen.

Brünings Situation hatte sich in der Zwischenzeit durch den überwältigenden Erfolg der Nationalsozialisten bei den Landtagswahlen in Preußen wesentlich verschlechtert. Seine Regierung war dadurch und durch die undurchsichtige Haltung Schleichers und Hindenburgs nach dem SA- und SS-Verbot vom 13. April in eine beinahe hoffnungslose Lage geraten. Andererseits konnte gerade dieses Verbot seinen Eindruck auf die Westmächte nicht verfehlen. Alles kam nun darauf an, so schien es, die steigende Flut durch einen außenpolitischen Erfolg einzudämmen. Deshalb erlangten die Bessinger Gespräche für Brüning besondere Bedeutung; schienen sie doch die Möglichkeit eines solchen außenpolitischen Erfolges zu bieten.

Ein Nachgeben der Westmächte in der Wehrfrage mußte eine fühlbare innenpolitische Entspannung mit sich bringen. Der Innen- und Wehrminister General Groener war überzeugt, daß die Beschränkung der deutschen Souveränität auf diesem Gebiete viel zur Bildung der militärähnlichen Parteiverbände beigetragen hatte, die versuchten, ein neues, umfassenderes Staatsideal außerhalb des bestehenden Staates heranzubilden. Auf Grund dieser Überlegungen plante er den Aufbau einer Miliz in Stärke von mindestens 100000 Mann, mit einer 6- bis 12monatigen Ausbildungszeit. Die Miliz und die Reichswehr sollten mit schweren Waffen ausgerüstet werden. Aus der Literatur läßt sich entnehmen, daß Groener dieses Programm[6] in enger Zusammenarbeit mit Brüning entwickelte.

Enttäuschend war für Brüning, daß der französische Ministerpräsident wegen der bevorstehenden französischen Parlamentswahlen auf eine Teilnahme verzichten mußte. Der 29. April wurde als neuer Termin eines Vierertreffens vorgesehen. So verhandelten am 26. April nur die beiden angelsächsischen Mächte mit dem deutschen Kanzler. Nach ermutigenden einleitenden Worten des britischen Premiers trug Brüning seine Wünsche vor. Zunächst verwahrte er sich gegen die Unterstellung, daß Gleichberechtigung Aufrüstung bedeuten würde. Deutschland verlange nichts anderes als „Equality of treatment". Im Sinne dieser juristischen Gleichheit strebe Deutschland danach, gewisse Änderungen im Aufbau der Reichswehr in Verhandlungen mit den Westmächten zu erreichen. Diese Änderungen beträfen eine Herabsetzung der Dienstzeit für einen Teil der Reichswehr auf 6–8 Jahre. Deutschland erwarte von den Westmächten nicht eine Abrüstung auf das Niveau des Versailler Vertrages, jedoch eine weitreichende Herabsetzung speziell der französischen Rüstungen. Das war alles.

Dieses bescheidene Programm, das nichts von Groeners Vorschlägen enthielt, konnte nach den Erfahrungen der vergangenen Monate der britischen und ameri-

---

[6] Siehe hierzu: W. Görlitz: Der deutsche Generalstab. Geschichte u. Gestalt 1657–1945, Ffm. 1950, S. 385; Groener-Geyer: General Groener. Soldat und Staatsmann. Ffm. 1955, S. 309; F. Meinecke: Die deutsche Katastrophe. Betrachtungen und Erinnerungen. Wiesbaden 1948, S. 72; Wheeler-Bennett: The Disarmament Deadlock, London 1934, S. 32 ff.; Hindenburg, The Wooden Titan, London 1936, S. 382; Die Nemesis der Macht, Düsseldorf 1955, S. 250/1.

Jahrgang 5 (1957), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1957_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

kanischen Zustimmung sicher sein. Stimson und MacDonald erklärten sich nach einigen unwesentlichen, kritischen Äußerungen mit Brünings Vorschlägen einverstanden. Die Briten schlugen die Übernahme des Teils V des Versailler Vertrages und der auszuhandelnden Änderungen dieses Vertragsteiles in die Abrüstungskonvention vor. Alles kam nun darauf an, auch Frankreich zur Billigung dieser deutschen Vorschläge zu bewegen. Dabei konnte Brüning zwar mit Sympathie, aber nicht mit einer unbedingten Unterstützung seines Programms durch die angelsächsischen Mächte rechnen. Es hatte sich im Laufe der Konferenz gezeigt und sollte sich auch weiterhin erweisen, daß vor allem Großbritannien nicht willens war, eine eigene, selbständige Abrüstungspolitik, gegebenenfalls auch gegenüber Frankreich, zu vertreten und, was wichtiger war, auch durchzusetzen. Die französische Diplomatie verstand es letzten Endes immer wieder, diese vermittelnde Haltung Englands in ihrem Sinne zu benützen. Im Grunde entsprach diese „Konzeptionslosigkeit“ [7] der britischen Politik gegenüber Europa in Machtfragen dem Vorwiegen wirtschaftlicher Interessen in der Politik des Inselvolkes.

Weiter stand es so, daß in diesen Apriltagen, kurz vor den französischen Parlamentswahlen, es für den französischen Ministerpräsidenten beinahe unmöglich war, in verbindliche politische Gespräche einzutreten. Am 28. April sagte Tardieu auf Grund einer akuten (diplomatischen?) Erkältungskrankheit ab.[8] Eine der wenigen Chancen für einen erfolgreichen Abschluß der Abrüstungsverhandlungen wurde damit zerschlagen. Brüning kennzeichnete die Situation am 11. Mai vor dem Reichstag mit den berühmt gewordenen Worten: „100 Meter vor dem Ziel“! Sollten diese hundert Meter in der zweiten Hälfte des Mai noch durchmessen worden sein? Diese Frage hat die deutsche Nachkriegsliteratur immer wieder beschäftigt und die verschiedensten Antworten erhalten. Eine Klärung erscheint heute möglich.

Brüning berichtete in einem Brief an die Deutsche Rundschau (1947, S. 1 ff.), Hugh Gibson, der amerikanische Sonderbotschafter, habe Ende Mai mehrere Tage mit dem französischen Ministerpräsidenten Herriot über die in Bessinge bereits akzeptierte deutsche Abrüstungsformel verhandelt. Am Morgen des 31. Mai habe er, Brüning, eine Stunde vor dem festgesetzten Termin für die Unterredung mit Hindenburg, durch den amerikanischen Botschafter Sackett die Mitteilung erhalten, daß Herriot der erwähnten Abrüstungsformel zugestimmt habe.

Hierzu ist rein faktisch zu bemerken: Hugh Gibson war nicht Sonderbotschafter,

---

[7] K. D. Erdmann: in Gesch. i. Wiss. u. Unterr. 3 (1952), S. 509.

[8] Diese Absage wird von einigen Autoren darauf zurückgeführt, daß Schleicher den französischen Ministerpräsidenten durch François-Poncet von dem bevorstehenden Sturz Brünings unterrichtet habe und Tardieu es daraufhin ablehnte, mit Brüning zu verhandeln. Siehe hierzu: François-Poncet: Souvenirs d'une Ambassade à Berlin, Paris 1946, S. 41; Papen: Der Wahrheit eine Gasse, München 1952, S. 166; Wheeler-Bennett: Disarmament S. 33; ders., Hindenburg, S. 383. Es ist möglich, daß Schleicher einen solchen Schritt getan hat. Ausschlaggebend für die Absage Tardieus war aber die französische innenpolitische Situation vor den am 1. und 8. Mai stattfindenden Wahlen. Das zeigt ganz deutlich ein Leitartikel des „Temps“ vom 29. April 1932.

Jahrgang 5 (1957), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1957_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

sondern ständiger Vertreter der Vereinigten Staaten bei der Abrüstungskonferenz. Sonderbotschafter war der Demokrat Davis. Gibson und Davis hatten am 22. Mai eine Unterredung mit Herriot. Von diesem Zeitpunkt an waren sie in Genf. Herriot war zu dieser Zeit noch nicht Ministerpräsident, er wurde es erst durch das Vertrauensvotum der Kammer am 7. Juni 1932. Die letzte Unterredung Brünings mit Hindenburg fand am 30. Mai, nicht am 31. Mai statt.[9]

Eine zweite Quelle, neben dem Brief an die Deutsche Rundschau, ist die Niederschrift des Grafen Westarp am 1. Juni 1932.[10] Seine Informationsquelle war der Verkehrsminister Treviranus. Dieser berichtete ihm am Abend des 30. Mai, daß Brüning am selben Morgen durch Sackett ein Handschreiben des amerikanischen Präsidenten erhalten habe, das in der Reparationsfrage ein sehr weites und bisher unerwartetes Entgegenkommen enthalte. Westarp fügte hinzu, daß er Einzelheiten nicht erfahren habe, da das Handschreiben an Brüning persönlich gerichtet gewesen sei. Sackett habe aus diesem Grunde einer Übermittlung des Schreibens an den Staatssekretär von Bülow nicht zugestimmt. Festzuhalten ist, daß sich beide Aussagen im Entscheidenden widersprechen, nämlich in der inhaltlichen Bestimmung der amerikanischen Mitteilung.

An Hand der amerikanischen Akten können wir die amerikanisch-französischen Gespräche, von denen der ehemalige Kanzler spricht, verfolgen. Zunächst fällt der Blick auf die seit März geführten Verhandlungen zwischen den beiden Mächten über die Beschränkung der Heeresstärken.[11] Irgendein greifbarer Einfluß der Bessinger Gespräche oder gar ein erfolgreicher Abschluß der Unterhandlungen Gibsons mit den Generalen Gamelin und Réquin läßt sich nicht nachweisen. Eine Entscheidung konnte auf dieser Ebene auch gar nicht herbeigeführt werden, da die französischen Generale den Entscheidungen des „Conseil supérieur de la défense nationale" unterworfen waren, zu dessen wesentlichen Mitgliedern der Ministerpräsident und der Kriegsminister gehörten.

Denkt man an die Bemerkung Westarps über ein Handschreiben des amerikanischen Präsidenten, so könnte man versucht sein, in einem Memorandum Hoovers vom 24. Mai[12] an seinen Außenminister einen Weg zur Lösung der aufgeworfenen Frage zu erblicken. Hoover schlug hier drastische Abrüstungsmaß-

---

[9] Übernommen wurde die These Brünings von: G. Beyerhaus: Notwendigkeit u. Freiheit i. d. deutschen Katastrophe, HZ 189 (1949), S. 83f.; Bracher: Die Auflösung der Weimarer Republik, Stuttgart 1955, S. 524; Curtius: Sechs Jahre Minister der deutschen Republik, Heidelberg 1948, S. 229; Groener-Geyer: a. a. O., S. 322; Klein: Zur Vorbereitung der fasch. Diktatur, Ztschr. f. Gesch. Wiss. 1 (1953), S. 902; Schwerin-Krosigk: Es geschah in Deutschland, Tübingen 1951, S. 138; Wheeler-Bennett: Hindenburg, S. 393. Die These findet sich auch in der Dissertation von Max Ehrhardt: Deutschlands Beziehungen zu Großbritannien, den Vereinigten Staaten und Frankreich vom Mai 1930 bis zum Juni 1932 (Hamburg 1950), der sich auf eine persönliche Mitteilung Brünings bezieht.

[10] VJ-Hefte f. Zeitgesch. I (1953), S. 282 ff. Übernommen von Klein: a. a. O., S. 902, und Groener-Geyer: a. a. O., S. 322.

[11] US Doc. 1932 I, S. 115/6, S. 132 ff., S. 185.

[12] US Doc. 1932 I, S. 142; Antwort Stimsons ebd., S. 182.

Jahrgang 5 (1957), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1957_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

nahmen für Flotte und Heer vor; wiederum tauchte der Gedanke einer Zweiteilung der Landstreitkräfte auf. Wichtiger als die Details ist die politische Zielsetzung, die Hoover in dem Memorandum entwickelt. Die öffentliche Meinung der Welt fordere die Abrüstung, und Amerika habe sich an die Spitze dieser Bewegung zu setzen. Die amerikanische Delegation in Genf müsse der Konferenz einen neuen Impuls geben und sich intensiver um einen raschen Erfolg bemühen. Dieses Memorandum, ein Vorläufer des Hooverplanes vom 22. Juni 1932, zeigt deutlich den Einfluß des Wahljahres 1932 auf die amerikanische Politik. Stimson wies jedoch in einem Memorandum vom 25. Mai die Initiative Hoovers deutlich zurück. Er wandte sich vor allem gegen die Methode. Eine dramatisierende, öffentliche Hilfestellung für Europa würde ihren Zweck verfehlen; nutzvoller seien private Gespräche im kleineren Kreis. Umfassende Lösungen seien zur Zeit unmöglich, man müsse Schritt für Schritt vorangehen. Da diese Diskussion zwischen Hoover und Stimson erst im Juni wiederaufgenommen wurde, scheidet sie für die Erklärung der Brüningschen These aus.

Ganz im Sinne Stimsons hatten die amerikanischen Delegierten am 8. Mai eine Reise nach London und Paris angetreten. Sie erreichten jedoch im Endeffekt, besonders infolge der unsicheren französischen Situation weder bei Simon noch bei Tardieu irgend etwas Positives. Am 21. Mai erhielten sie jedoch für den folgenden Tag die Einladung des Führers der Radikalsozialisten und zukünftigen Ministerpräsidenten Herriot zu einer Aussprache nach Lyon. Dieses Gespräch[13], auf das auch Brüning anspielt, ist von besonderer Bedeutung. Es sei hier nur der die Abrüstung betreffende Teil kurz wiedergegeben. Herriot betonte, wie notwendig gerade in dieser Frage eine Zusammenarbeit der drei Westmächte sei, um zu einem befriedigenden Abschluß zu gelangen. Er sehe in bezug auf Europa den status quo zwar nicht als unveränderlich an, es sei aber nach der Veröffentlichung der Stresemannbriefe außerordentlich schwierig, mit jemandem zu verhandeln, „in whom you could not have confidence". Die Amerikaner berichteten über die Bessinger Gespräche und empfahlen deren Fortsetzung und die Ausarbeitung einer Teillösung des Abrüstungsproblems noch für den Sommer 1932. Herriot zeigte keinerlei Reaktion auf den Bericht über Bessinge, erklärte sich aber zur Fortsetzung dieser Gespräche bereit und versprach seine Mitarbeit an dem amerikanischen Plan für den Sommer 1932. Herriots Bemerkungen waren ständig begleitet von dem Hinweis auf seine augenblickliche Lage: er könne in keiner Weise irgendwelche verbindlichen Zusagen machen, bevor er nicht offiziell als Ministerpräsident bestätigt worden sei. So blieb das Gespräch im ganzen unverbindlich.

An diese Zusammenkunft und deren Folgen knüpft sich nun die Antwort auf die Brüningsche These. In einem Telegramm an Gibson vom 24. Mai[14] gab Stimson seiner Freude über dieses erfolgreiche Gespräch Ausdruck, vor allem über die Aussicht der – von ihm so empfohlenen – Fortsetzung der Bessinger Gespräche.

---

[13] US Doc. 1932 I, S. 132 ff.

[14] US Doc. 1932 I, S. 142; Antwort Gibsons ebd., S. 144/5.

Jahrgang 5 (1957), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1957_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Er fuhr fort: „I leave to your discretion the manner of informing Brüning of the situation and will approve whatever decision you may make. . . . Would not a conversation between Sackett and Brüning be sufficient?" Er gab zu bedenken, ob es nicht ratsam sei, vorher MacDonalds Einverständnis einzuholen, um dann Brüning gemeinsam durch Sackett und Rumbold unterrichten zu lassen. Das Antworttelegramm Gibsons vom 25. Mai zeigte, daß er sich entschlossen hatte, ein Delegationsmitglied, Dolbeare, als Kurier mit einem Brief an Sackett nach Berlin zu schicken. Eine Unterrichtung MacDonalds und ein gemeinsames Handeln der beiden Berliner Botschafter lehnte er ab, da dies der Aktion einen offiziellen Aspekt verleihen würde. Gibson wollte sie aber als „unofficial helpfulness" gewertet wissen. Neben der Unterrichtung verfolgte die Aktion, nach Gibsons Worten, ganz bewußt den Zweck, Brüning in seinen innenpolitischen Konflikten zu unterstützen. Dieses Telegramm ist am 25. Mai, einem Mittwoch, um 13 Uhr abgeschickt worden. Am Montag, dem 30. Mai, hat Brüning die Mitteilung Sacketts erhalten.[15]

Der Brief selbst ist bisher nicht veröffentlicht. Sein Inhalt muß sich aber nach den Instruktionen Stimsons vom 24. Mai gerichtet haben und liegt in den Worten „informing Brüning of the situation" beschlossen. Diese Information konnte sich aber nach den vorangegangenen Sätzen nur auf das Ergebnis des amerikanisch-französischen Gespräches vom 22. Mai beziehen. Daß dieses Gespräch keine Billigung der deutschen Abrüstungsformel von Bessinge durch Herriot gebracht hatte, ist offensichtlich. Da Gibson den Schritt als „unofficial helpfulness" gegenüber Brüning gewertet wissen wollte, ist es verständlich, daß Sackett in seinen beiden Berichten über Brünings Sturz darüber nichts vermerkt. Ebenso begreiflich ist es, daß die britischen Akten nichts von dieser Aktion widerspiegeln.

Damit dürfte die Brüningsche und Westarpsche Version des Vorganges ins rechte Licht gerückt worden sein. Es ist überaus bezeichnend für die Situation des Mai 1932, daß sich um ein relativ unbedeutendes Ereignis eine solche Legende bilden konnte. Wie bedeutungsvoll ein außenpolitischer Erfolg für die Regierung und die Republik als solche gewesen wäre, braucht nicht geschildert zu werden. Die Früchte der trotz aller Mißerfolge und Enttäuschungen auf lange Sicht erfolgversprechenden Außenpolitik Brünings konnte sein Nachfolger Papen zum Teil ernten. So vor allem auf dem Gebiet der Reparationen, die mit den Vereinbarungen der Lausanner Konferenz im Juli 1932 ihr Ende fanden.

---

[15] Eine dem tatsächlichen Vorgang sehr nahe kommende Schilderung gibt Winston Churchill: Memoiren Bd. I, Bern 1948, S. 85.

Jahrgang 5 (1957), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1957_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

MARTIN BROSZAT

DIE MEMELDEUTSCHEN ORGANISATIONEN UND DER NATIONALSOZIALISMUS 1933–1939

Vorbemerkung des Herausgebers: Der Beitrag, der hier zum Abdruck kommt, entstammt der Gutachtertätigkeit des Instituts für Zeitgeschichte, die einen weitgespannten Fragenbereich aus der jüngsten Vergangenheit umfaßt. Es handelt sich dabei oft, wie im vorliegenden Fall, um Probleme von erheblichem allgemeingeschichtlichem Interesse, wobei nicht selten Angelegenheiten der lokalen oder auch der privaten Sphäre von symptomatischer Bedeutung sind. Eine Auswahl der Gutachten, die auf diese Gesichtspunkte hin orientiert ist, wird demnächst im Selbstverlag des Instituts erscheinen. *H. R.*

Bei den Organisationen des Memeldeutschtums ist formal zu unterscheiden zwischen politischen Parteien und überparteilichen Volkstumsorganisationen. Vor 1933 existierten insgesamt vier deutsche Parteien im Memelgebiet. Seit ihrem ersten Auftreten (1925) erhielten sie regelmäßig bei den Wahlen zum memelländischen Landtag rund 80 Prozent aller memelländischen Stimmen, während die litauischen politischen Parteien nicht über den Charakter von Splitterparteien hinauswuchsen. Den deutschen Parteien kam dabei zugute, daß selbst ein großer Teil derjenigen Memelländer, die von Hause aus litauisch sprachen, infolge jahrhundertelanger Zugehörigkeit zum preußischen Staat und auf Grund ihrer evangelischen Konfession, die sie von den katholischen Großlitauern unterschied, sich dem zivilisatorisch-kulturellen und staatlichen Bereich Preußen-Deutschlands verbunden fühlten. Die vier deutschen Parteien, die während der Jahre 1925–1933 in annähernd gleichbleibendem Stärkeverhältnis im Memeler Landtag vertreten waren, entsprachen im wesentlichen den wirtschaftlichen Interessengruppierungen. Die führende Stellung, nicht nur innerhalb des Deutschtums, sondern ganz allgemein im Memelgebiet, hatten die Memelländische Landwirtschaftspartei und die Memelländische Volkspartei inne, die zusammen im Landtag stets über die absolute Mehrheit verfügten (sogenannte Mehrheitsparteien). Außer ihnen gab es die Partei der memeldeutschen Sozialdemokraten und eine unbedeutende, kommunistisch orientierte Arbeiterpartei. Als allgemeine Deutschtumsorganisation stand neben den Parteien der Memelländische Kulturbund. Er stellte eine Fortsetzung des nach dem ersten Weltkrieg, vor der Annexion des Memellandes durch Litauen (Januar 1923), gegründeten deutsch-litauischen Heimatbundes dar und umfaßte mit rund 50000 Mitgliedern (bei 150000 Einwohnern des Memelgebietes) praktisch die gesamte deutsch orientierte memelländische Bevölkerung. Als Dachverband der zahlreichen örtlichen Sportvereine, Sängerbünde, Kriegervereine usw. war der Kulturbund unter anderem auch die zentrale Stelle zur Verwaltung der finanziellen Zuwendungen, die für wirtschaftlich-soziale und kulturelle Zwecke dem Memeldeutschtum vom Reiche aus zur Verfügung gestellt wurden. Sowohl in

Jahrgang 5 (1957), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1957_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

personeller wie in sachlicher Hinsicht waren jedoch die memeldeutschen Kultur- und Parteiorganisationen eng miteinander verflochten; denn zwangsläufig fielen dem Kulturbund infolge des vor allem auf nationalkulturellem Gebiet (Sprachen-, Schulpolitik) ausgetragenen deutsch-litauischen Nationalitätenkampfes zugleich wesentliche nationalpolitische Aufgaben zu, wie andererseits das im Vordergrund stehende nationalpolitische Anliegen die deutschen Parteien über wirtschaftlich-soziale und sonstige Differenzen hinweg zu einer mehr oder weniger festen Front zusammenschloß. Wie fast überall unter den Auslandsdeutschen, führte die Situation des Volkstumskampfes auch im Memelgebiet zu einer Politisierung nationalkultureller Organisationen und zu weitgehender Reduzierung des Parteipolitischen auf das gemeinsame Nationale. Der enge Zusammenhang zwischen Kultur- und Parteiorganisation fand unter anderem darin seinen Ausdruck, daß die Leiter des Memelländischen Kulturbundes zugleich die maßgeblichsten Führer der deutschen Parteien waren und daß aus dem Reich stammende Gelder zur Finanzierung des Wahlkampfes im Memelgebiet vom Kulturbund an die einzelnen deutschen Parteien verteilt wurden. Diese enge sachliche und personelle Verflechtung der verschiedenen memeldeutschen Organisationen und ihre finanzielle Abhängigkeit vom Reich erleichterte 1933 die nationalsozialistische Infiltration und Gleichschaltung.

Schon seit Ende der 20er Jahre bestanden geheime Zellen der NSDAP im Memelgebiet. Im Verein mit der Parteileitung in München und der Königsberger Gauleitung waren von der Tilsiter NSDAP insgeheim Mitglieder im Memelgebiet geworben worden, die dem Tilsiter Kreisleiter unterstanden. Nach Hitlers Machtergreifung trat diese von dem Memeler Pastor Frhr. v. Saß geführte geheime Gruppe der NSDAP in Memel anläßlich der Memeler Stadtverordnetenwahlen vom 22. Mai 1933 unter dem Decknamen „Christlich-Soziale Arbeitsgemeinschaft" (CSA) erstmalig in offene Opposition zu den bisherigen deutschen Parteien und gewann mit einem Schlage über die Hälfte aller Stimmen. Die Fernwirkung der Ereignisse in Deutschland hatte dabei den Ausschlag gegeben. Nach dem Wahlerfolg der CSA breitete sich die nationalsozialistische Bewegung im Memelgebiet rasch aus. Damit war praktisch die Frage der Neuorganisation des Memeldeutschtums unter dem Zeichen des Nationalzozialismus gestellt: es schien sich im Memelgebiet die gleiche Entwicklung anzubahnen wie zur gleichen Zeit auch unter den Volksdeutschen in Lettland, Polen, Rumänien oder anderen ostmitteleuropäischen Staaten, wo eine vom Nationalsozialismus beeinflußte und von der jungen Generation getragene Erneuerungsbewegung nach 1933 die bürgerlichen Repräsentanten der bisherigen Volkstumsorganisation überspielte und eine zentralistische nationale Einheitsorganisation zu errichten trachtete. Nicht gegen diese sich ankündigende Entwicklung als solche, die ja bereits in der nationalen Einheitsfront der deutschen Parteien vorgeformt war, richtete sich in erster Linie der Widerstand der maßgeblichen Vertreter der memeldeutschen Landwirtschafts- und Volkspartei, wohl aber gegen die Führerschaft des Frhr. v. Saß und seiner Anhänger, die bei der Memeler Stadtverordnetenwahl vom Mai 1933 nicht mit demagogisch-klassenkämpferischen Parolen gespart hatten und wegen ihres

Jahrgang 5 (1957), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1957_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

pseudorevolutionären Auftretens, ihres offenkundigen Dilettantismus und nicht zuletzt wegen mancherlei Anstößigkeit ihres Privatlebens wenig geeignet erschienen, eine zur nationalen Einheitsbewegung anwachsende nationalsozialistische Partei im Memelgebiet zu leiten. Dieser Gesichtspunkt setzte sich sehr bald auch im Reiche durch, wo nunmehr neben der Gauleitung der NSDAP in Königsberg und der Kreisleitung in Tilsit auch das Auswärtige Amt, Rosenbergs Außenpolitisches Amt der NSDAP und der Bund Deutscher Osten in verstärktem Maße Anteil und Einfluß auf die Vorgänge im Memelgebiet zu nehmen begannen. Da v. Saß und seine Getreuen nicht freiwillig auf die Führerschaft der nationalsozialistischen Bewegung verzichteten – auf die sie ein Anrecht zu haben glaubten, nachdem sie gut genug gewesen waren, vor 1933 die illegale NSDAP des Memelgebietes ins Leben zu rufen –, kam es im Sommer 1933 zur Gründung einer nationalsozialistischen Gegenorganisation unter dem Tarnnamen „Sozialistische Volksgemeinschaft" (Sovog). Ihr von Berlin und Königsberg gutgeheißener Führer wurde der Memeler Tierarzt Dr. Ernst Neumann.

Da die CSA von reichsdeutschen Parteistellen, vom deutschen Generalkonsulat in Memel und der inzwischen gleichgeschalteten memeldeutschen Presse boykottiert wurde, vermochte die Sovog sich schnell durchzusetzen. Die Wahlen zur memelländischen Landwirtschaftskammer vom 23. Oktober 1933 ergaben dafür einen Test: Die Sovog erhielt 27 von insgesamt 36 Sitzen. Der mit leidenschaftlicher Heftigkeit ausgetragene Kampf zwischen Sovog und CSA begrub auch die politische Eigenständigkeit der ehemaligen deutschen Parteien endgültig. Es ging nicht mehr um die Frage Nationalsozialismus oder nicht, sondern nur noch um Richtungskämpfe. Die Führer der Landwirtschaftspartei und ihre Abgeordneten im Landtag traten großenteils der Sovog bei, und auch die bürgerliche Volkspartei stützte Dr. Neumann, wenn sie auch stärker als die Landwirtschaftspartei an ihrer organisatorischen Eigenständigkeit festhielt. Der nationalsozialistische Umschwung kam schon 1933 auch im Kulturbund zum Ausdruck, dessen Leitung durch ein Mitglied der Sovog besetzt wurde. In ideologischer wie in organisatorischer Hinsicht bedeutete das Auftreten der CSA und Sovog eine weitgehende Anlehnung an reichsdeutsche Vorbilder. Beide Parteien waren nach dem Führerprinzip der NSDAP aufgebaut und gliederten sich in Kreise mit Kreisleitern und Ortsgruppen mit Gruppenführern. Ungeachtet ihrer Rivalität stellten sowohl die Sovog als auch die CSA halbmilitante Sturmabteilungen als eine Art Eliteorganisation auf, die junge Männer von 18 bis 26 Jahren umfaßten und ein Mittelding zwischen SA und HJ darstellten.

Mit dem Jahre 1934 hörte die Tätigkeit der beiden getarnten nationalsozialistischen Parteien auf. Sie wurden am 13. Juli 1934 verboten und aufgelöst, nachdem die Mehrzahl ihrer Führer wegen angeblich hochverräterischen Bestrebungen von der litauischen Polizei verhaftet worden war. Der Kownoer Prozeß vom 14. Dezember 1934 bis zum 26. März 1935 enthüllte die engen Beziehungen, die zwischen den beiden Parteien und dem Reich bestanden hatten, und deckte dabei auch einen Fememord auf (Fall Jesuttis), zu dem es unter reichsdeutscher

Jahrgang 5 (1957), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1957_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Anleitung im Verlauf des Kampfes zwischen Sovog und CSA gekommen war. Der unter starker internationaler Beachtung durchgeführte Prozeß, der als Parallelfall zu den subversiven Aktionen der nationalsozialistischen Bewegung in Österreich (Ermordung Dollfuß') gewertet wurde und deshalb seine besondere Aktualität besaß, endete mit der Verurteilung von Dr. Neumann, Frhr. v. Saß und 87 anderen memeldeutschen Mitgliedern der Sovog und CSA zu langen Zuchthaus- und Gefängnisstrafen. – Damit war die Episode des ersten Versuchs nationalsozialistischer Machtergreifung im Memelgebiet zu Ende. Die weiter fortbestehende nationalsozialistische Stimmung ließ sich dadurch im Memelgebiet allerdings nicht beseitigen. Schon deshalb nicht, weil das sehr harte Vorgehen des Kownoer Militärgerichts und verschiedene während dieser Zeit geschehene litauische Eingriffe in die memelländische Selbstverwaltung (Absetzung des Direktoriumspräsidenten Schreiber) eher geeignet waren, die Verurteilten als nationale Märtyrer erscheinen zu lassen und bei den Memeldeutschen mit dem Bewußtsein der Ohnmacht gegenüber der litauischen Staatsgewalt die Hoffnung auf Hitler zu stärken. Jedoch war eine öffentliche nationalsozialistische Agitation oder das Auftreten nationalsozialistischer Parteien und Organisationen bis 1938 nicht mehr möglich. Allerdings kam es auch nicht zum Wiederaufleben der alten deutschen Parteien aus der Zeit von vor 1933. An ihre Stelle trat bei den Landtagswahlen von 1935 eine deutsch-memelländische Einheitsfront, die formal von litauischer Seite unangreifbar war, sich aber nichtsdestoweniger von Berlin aus weitgehend leiten ließ.

Mit dem Jahre 1938 änderte sich die innenpolitische Situation im Memelgebiet grundlegend, da die Reichsregierung nunmehr in der Memelfrage immer stärkeren außenpolitischen Druck auf Litauen auszuüben begann. Nach dem Anschluß Österreichs und des Sudetenlandes glaubte die litauische Regierung Hitler dadurch von einer Annexion des Memelgebietes abhalten zu können, daß sie den Wünschen der memeldeutschen Bevölkerung weit entgegenkam. In kurzer Zeit wurden die wesentlichen bisherigen Beschränkungen, so auch der Entzug des aktiven und passiven Wahlrechts für ehemalige Mitglieder der 1934 verbotenen Parteien, rückgängig gemacht und Dr. Neumann und die übrigen verhafteten memeldeutschen Nationalsozialisten entlassen. Der entscheidende Schritt geschah am 1. November 1938, als die litauische Regierung dem Drängen des Reiches nachgab und im Memelgebiet den 1926 nach der Umbildung Litauens zum autoritären Staat (Präsident Smetona) über das ganze Land verhängten Ausnahmezustand aufhob. Dies war das Startzeichen für eine sofort einsetzende öffentliche nationalsozialistische Bewegung im Memelgebiet, deren organisatorischer Aufbau zwischen Dr. Neumann und dem Auswärtigen Amt sowie der Volksdeutschen Mittelstelle genau abgesprochen war. Bereits Ende Oktober 1938, als die Aufhebung des Ausnahmezustandes bevorstand, wurde der Memelländische Kulturbund von Dr. Neumann zum „Memeldeutschen Kulturverband" umorganisiert, wobei alle leitenden Stellen an erprobte Nationalsozialisten fielen. Mit Rücksicht auf die litauische Regierung vermied man als Emblem des Kulturverbandes vor-

Jahrgang 5 (1957), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1957_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

läufig noch das Hakenkreuz, sondern wählte stattdessen das Zeichen der (auch in der reichsdeutschen HJ verwendeten) Wolfsangel. Alle bisher bestehenden memeldeutschen Vereine und Verbände wurden zum Eintritt in den Kulturverband aufgefordert, der bald, gegliedert nach Ortsgruppen und Kreisen, das gesamte Memelgebiet erfaßte. Ähnlich wie die NSDAP im Reich übernahm der Memeldeutsche Kulturverband Ende 1938 / Anfang 1939 eine Reihe sozialer Einrichtungen wie Kindergärten und Altersheime, richtete ein „Hilfswerk Mutter und Kind" ein, organisierte das „Winterhilfswerk" usw. Zugleich fungierte er aber auch als politische Einheitsorganisation des Deutschtums. Für die am 11. Dezember 1938 stattfindenden Landtagswahlen organisierte er den Wahlkampf, nominierte aus seinen Reihen die Kandidaten und stellte eine memeldeutsche Liste auf. Der Führer des Kulturverbandes, Dr. Neumann, war zugleich der Spitzenkandidat der memeldeutschen Liste. Nach Aufhebung des Ausnahmezustandes wurden aus Mitgliedern des Kulturverbandes nach reichsdeutschem Muster verschiedene Sonderformationen und Gliederungen gebildet: ein sogenannter Ordnungsdient (SS), Sicherheitsabteilungen (SA), eine Jugendorganisation (HJ) usw. Bis auf geringfügige Abweichungen bestand auch äußerlich kein wesentlicher Unterschied zwischen den neugebildeten memelländischen NS-Gliederungen und ihren reichsdeutschen Vorbildern. Den braunen Uniformen der Sicherheitsabteilungen und dem Schwarz des Ordnungsdienstes fehlte nur die Hakenkreuzbinde. Bereits am 25. November 1938 konnte Legationsrat von Grundherr vom Auswärtigen Amt in Berlin den raschen Fortschritt im „Aufbau bisher verbotener politischer und kultureller Organisationen unter Führung Dr. Neumanns nach den vom Auswärtigen Amt und Volksdeutscher Mittelstelle in enger Zusammenarbeit ausgegebenen Richtlinien" feststellen. Unter diesen Umständen gewannen die Nationalsozialisten um Dr. Neumann bei den am 11. Dezember 1938 stattfindenden memelländischen Landtagswahlen auch den beherrschenden Einfluß im Memeler Landtag und im Direktorium. Neumanns Stellvertreter Bertuleit wurde im Januar auf Vorschlag des Kulturverbandes vom litauischen Gouverneur zum Präsidenten des Direktoriums ernannt, womit erstmalig auch die gesamte memelländische Selbstverwaltung von Nationalsozialisten geleitet wurde. Der weitere Aufbau der nationalsozialistischen Organisationen konnte sich nunmehr, zumal die litauische Regierung sich jeder Einmischung enthielt, ungehindert vollziehen.
Am 28. Februar notierte v. Grundherr: „Der Ausbau der nationalsozialistischen Organisationen des Memeldeutschtums ist unter dem neuernannten nationalsozialistischen Direktorium und unter nachdrücklicher Förderung reichsdeutscher Stellen rasch vorwärtsgetrieben worden. Kulturverband, Ordnungsdienst (SS), SA, HJ, WHW, Sportbund sind organisiert und haben die Arbeit aufgenommen. Aufbau Arbeitsfront macht gute Fortschritte." Über die Aufstellung der memeldeutschen SA-Einheiten findet sich eine ausführliche Angabe auch in der Zeitschrift „Nation und Staat" vom Februar 1939, wo es unter anderem heißt: „Nachdem der für die Durchführung der Landtagswahlen eingesetzte memeldeutsche Ordnungsdienst sich besonders gut bewährt hat, hat Dr. Neumann die Gründung

Jahrgang 5 (1957), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1957_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

der memeldeutschen Sicherheitsabteilung – der memeldeutschen SA – verfügt. Die SA soll etwa 20000 memeldeutsche Männer vom 18. bis zum 50. Lebensjahr umfassen, während der Ordnungsdienst Männer vom 18. bis zum 30. Lebensjahr umfaßt. Die memeldeutsche Sicherheitsabteilung ist braun uniformiert und ähnlich ausgestattet wie die SA in Deutschland. In der Stadt Memel werden 12 SA-Abteilungen, darunter eine Marineabteilung bestehen. Zur Zeit ist die Organisierung der SA-Abteilungen im vollen Gange."

Nach dem Anschluß an Deutschland (22. 3. 1939) trat bis zur Inkraftsetzung des Reichsrechtes im Memelgebiet (1. 5. 1939) ein Übergangszustand ein, währenddessen die bestehenden memeldeutschen Organisationen aufgelöst und in die betreffenden Gliederungen des Reiches überführt wurden. Überleitungskommissar war nach dem am 23. 3. 1939 verabschiedeten „Gesetz über die Wiedervereinigung des Memellandes mit dem Deutschen Reich" der ostpreußische Gauleiter Koch, sein Stellvertreter Dr. Neumann. Während der memeldeutsche Ordnungsdienst geschlossen als 105. Standarte in die Schutzstaffel (SS) und die Sicherheitsabteilungen in die Gruppe Ostland der SA eingegliedert wurden, verbot sich eine generelle Übernahme der 60000 Mitglieder des Kulturverbandes in die NSDAP schon wegen der großen Zahl. Nach einer Notiz der vom „Bund Deutscher Osten" herausgegebenen Zeitschrift „Ostland" vom April 1939 wurden lediglich „bewährte Mitglieder des Memeldeutschen Kulturverbandes sowie der anderen memeldeutschen Organisationen in die NSDAP übernommen".

QUELLEN:

Elisabeth Brönner-Hoepfner: Die Leiden des Memelgebiets. Berlin 1934

Manfred Hellmann: Art. Litauen, „Handwörterbuch des Grenz- und Auslandsdeutschtums", Bd. 3, Breslau 1938

Survey of International Affairs, 1935 (hsg. v. Royal Institute of International Affairs, London), Bd. I

Dionizas Monstavičius: Der Memelländische Prozeß. Heidelberg. Jur. Diss. 1948

Nation und Staat, Jg. 7 (1933/34) und Jg. 12 (1938/39)

Deutschtum im Ausland, Jg. 21 (1938 und Jg. 22, 1939)

Ostland, Jg. 19 (1938) und Jg. 20 (1939)

Memeler Dampfboot, 1933

Times, 1935

Neuer Vorwärts (Karlsbad), 1933–1935

Nachlaß Brönner-Hoepfner (das ist die ehemalige Geschäftsführerin des Memellandbundes)

Akten zur Deutschen Auswärtigen Politik 1918–1945, Serie D, Bd. V, Baden-Baden 1953

Erkl. Rich. Meyer v. 9. 1. 1950 (IfZ, Sign. MC—1)

Zeugenschrifttum des Instituts für Zeitgeschichte (Dr. Sakalauskas, Dr. Brindlinger, Schulrat a. D. R. Meyer, E. Simonaitis, M. Gelžinis)

Jahrgang 5 (1957), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1957_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Dokumentation

DER FALL POTEMPA

Vorbemerkung

Als die deutsche Presse am 12. August 1932 einen politischen Mord meldete, den mehrere uniformierte SA- und SS-Männer in einem kleinen Ort des Landkreises Gleiwitz verübt hatten, da erregte diese Nachricht kein besonderes Aufsehen mehr. Denn allzuoft hatten in den letzten Monaten ähnliche Berichte gedruckt werden müssen, seit die bewaffneten Kampfformationen der politischen Parteien zur Bürgerkriegstaktik übergegangen waren. Die „Augsburger Postzeitung" z. B. stellte in der gleichen Nummer vor die Meldung aus Gleiwitz eine „Chronik des Todes", die in einer nüchternen Aufzählung gegen drei Dutzend politischer Gewalttätigkeiten eines einzigen Tages und einer einzigen Nacht zusammenfaßte. So schien es zunächst, als ob man in die so traurige wie beschämende Serie von politischen Revolverauseinandersetzungen die Tat in dem oberschlesischen Bergarbeiterdorf Potempa als eine unter anderen einbeziehen müßte. Hier waren in der Nacht zum 10. August nach einer ausgiebigen alkoholischen Vorbereitung in einer Gastwirtschaft neun uniformierte SA-Männer auf einem Rundgang nach Opfern für eine handgreifliche politische Auseinandersetzung in die Wohnung eines Bergarbeiters Konrad Pietrzuch eingedrungen. Sie hatten den Schlafenden aus dem Bett gezerrt und ihn dann mit einer geradezu viehischen Bestialität zu Tode getrampelt. Die Leiche wies nach dem Zeugnis des Gerichtsarztes schließlich 29 schwere Verletzungen auf, und der Tod war durch Ersticken eingetreten, da das Blut aus der zerrissenen Halsschlagader durch den offenbar von einem Stiefelabsatz zerfetzten Kehlkopf in die Lunge eingedrungen war. Die Tat geschah in Gegenwart der Mutter des Getöteten. Der ebenfalls anwesende Bruder, den die Rotte nur gezwungen hatte, sich mit dem Gesicht zur Wand zu stellen, bezeugte, daß die Schlägerei insgesamt eine halbe Stunde gedauert habe. Die im folgenden als Dokumentation veröffentlichte Begründung des Urteils des Sondergerichts Beuthen über die Attentäter gibt in leidenschaftslosen Worten eine Darstellung der Planung, Vorbereitung und Durchführung des Überfalls, der gewiß zu den abstoßendsten seiner Art zählt.

Die Heraushebung der Tat aus der allgemeinen politischen Verbrechensserie geschah aber erst durch die besonderen Begleitumstände, insbesondere das Nachspiel, das dem Gerichtsverfahren von seiten der NSDAP und ihres Führers gegeben wurde. Dadurch wurde das Wort Potempa zu einem Symbol nicht nur für die Fanatisierung einer kämpfenden Partei, sondern überhaupt für die Untergrabung von Recht und Sittlichkeit, die schon vor der Machtübernahme eingetreten war. Das ist um so bedeutsamer, als sich also schon zu diesem Zeitpunkt erkennen ließ, wessen sich das deutsche Volk zu vergegenwärtigen haben würde, wenn seine Staatsführung dieser Partei in die Hand gegeben würde.

Jahrgang 5 (1957), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1957_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Bekanntlich waren seit dem Frühjahr 1932 Demonstrations- und Uniformverbote, die Ergreifung besonderer Maßnahmen gegen politische Kampfverbände und ihre Terrormethoden zu einem Zentralproblem der deutschen Innenpolitik geworden. Über das SA-Verbot war nach ihrem Innenminister Groener die Regierung Brüning gestürzt. Dann hatte die neue Regierung Papen durch Notverordnung vom 29. Juni einheitlich für das Reich die Aufhebung des SA-Verbots und die generelle Zulassung von Uniformen und öffentlichen Demonstrationen durchgesetzt, obwohl die Regierungen der deutschen Länder, voran Preußens, die Wiedereinführung des Uniformverbotes forderten. Sie sahen die eindeutige Rechtfertigung für ihr Verlangen in der Serie blutiger Zwischenfälle, die im Altonaer Blutsonntag (17. Juli) mit regelrechten Straßenkämpfen zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten und insgesamt 17 Todesopfern gipfelten. Die immer dringendere Forderung der Länderregierungen gehört sehr wesentlich unter die Erwägungen, die Papen veranlaßten, am 20. Juli im Staatsstreich gegen Preußen die verfassungsmäßige preußische Regierung abzusetzen. So wurde der Konflikt um Maßnahmen gegen den politischen Terror für Papen zu einem gern ergriffenen Vorwand, um in seinem Kampf gegen die parlamentarische Regierungsform, zur Heraufführung einer von Parlamenten unabhängigen Regierung, das größte Bundesland, seine Polizei und seine Verwaltung in die Hand zu bekommen. Dabei machte er es auch deutlich, daß er mit diesem Machtinstrument den Kampf gegen die beiden radikalen Gegner der Weimarer Verfassung anders zu führen gedachte als die abgesetzte preußische Regierung, die die Polizei gleichmäßig nach rechts und links zur Abwehr eingesetzt hatte. Papen machte in der Rundfunkansprache, die er am Abend des 20. Juli zur Begründung seines Vorgehens gegen die preußische Regierung hielt, dieser gerade die Gleichmäßigkeit des Vorgehens gegen den kommunistischen wie den nationalsozialistischen Terror zum Vorwurf. Er erklärte wörtlich: „Weil man sich in maßgebenden politischen Kreisen nicht dazu entschließen kann, die politische und moralische Gleichsetzung von Kommunisten und Nationalsozialisten aufzugeben, ist jene unnatürliche Frontbildung entstanden, die die staatsfeindlichen Kräfte der Kommunisten in eine Einheitsfront gegen die aufstrebende Bewegung der NSDAP einreiht. Die Reichsregierung ist frei von parteipolitischen Bindungen, sie ist aber nicht befreit von der sittlichen Pflicht, offen die Feststellung zu treffen, daß die Grundlagen des Staates durch eine solche gleichberechtigte Einschaltung staatsfeindlicher Elemente in den politischen Kampf aufs äußerste gefährdet werden."[1] Papen gedachte also in Zukunft mit zweierlei Maß zu messen, mußte allerdings für die bevorstehende Reichstagswahl einen politischen Burgfrieden verkünden, der generell alle öffentlichen politischen Versammlungen verbot.[2]

Wenn dann aber Papen[3] gehofft hatte, für seine „völlig überparteiliche Staatsführung" mit der Wahl einen Reichstag zu erhalten, „der willig und fähig ist,

[1] Schultheß' „Europäischer Geschichtskalender" 1932, S. 122

[2] Verordnung des Reichspräsidenten vom 29. Juli 1932, gültig bis zum 10. August.

[3] Vergleiche seinen Wahlaufruf vom 30. Juli, Schultheß, a. a. O., S. 134.

Jahrgang 5 (1957), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1957_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

im Rahmen der ihm durch die Verfassung zugewiesenen Obliegenheiten mit einer starken Regierung Hand in Hand zu arbeiten", und dabei auch mit der Gefügigmachung der Nationalsozialisten gerechnet hatte, so sah er sich in seinen Erwartungen schwer getäuscht: Hitler war durch den überwältigenden Wahlsieg seiner Partei am 31. Juli in die stärkste Verhandlungsposition gekommen und forderte nun die Macht für sich. Die Verhandlungen Hitlers mit dem Kanzler und dem Reichspräsidenten leitete der „Völkische Beobachter" mit dem Ausruf ein: „Keine Sabotage des Volkswillens mehr! Ins Reichskabinett gehören Männer, die das Vertrauen der Nation genießen."[4]

Unmittelbar vor den entscheidenden Besprechungen in der Wilhelmstraße aber hatte die Reichsregierung einen erneuten Versuch gemacht, dem fortdauernden Bürgerkrieg ein Ende zu machen. Auch nach den Wahlen waren die blutigen Auseinandersetzungen fortgegangen. Es hatten z. B. am 1. August in Hamburg die Kommunisten eine Serie von Überfällen auf Polizeibeamte verübt, während am gleichen Tage in Königsberg die Nationalsozialisten schwere Terrorakte begingen, und auch die nächsten Tage sahen ähnliche Ausschreitungen. So erließ denn Papen am 9. August, nach eingeholter telefonischer Zustimmung des Reichspräsidenten aus Neudeck, zwei Notverordnungen. Während durch die eine der politische Burgfrieden bis zum Monatsende verlängert wurde, drohte die andere für politische Gewalttaten schärfste Maßnahmen an, bis zu langjähriger Zuchthaus- und sogar zur Todesstrafe. Die begründende amtliche Mitteilung sagte dazu, daß in Abweichung vom geltenden Recht, das die Todesstrafe nur für den mit Überlegung handelnden Mörder kenne, „künftig der sein Leben verwirkt hat, der ohne Überlegung in der Leidenschaft des politischen Kampfes aus Zorn und Haß einen tödlichen Angriff auf seinen Gegner unternimmt oder einen Polizeibeamten oder einen Angehörigen der Wehrmacht tötet".[5] Eine Durchführungsverordnung der Reichsregierung setzte sogleich auch Sondergerichte zur Aburteilung solcher Straftaten ein.

Diese Notverordnungen nun wurden bei ihrem Erlaß von Hitler, der sich selbst schon auf der Schwelle zur Macht sah und auch wohl sich der einseitig gegen den Kommunismus gerichteten Auslassungen Papens zur Begründung des Staatsstreiches gegen Preußen erinnern mochte, ausdrücklich begrüßt. Dünkten sie ihn doch „endlich ein Anfang zur Vernichtung des roten Mordbanditentums".[6] Aber mehr noch. Sein Parteiorgan forderte nun nicht nur ihre Anwendung mit voller Schärfe, „gegen die Rollkommandos und Dachschützen der marxistischen Parteien", sondern erklärte, daß diese Notverordnungen „selbstverständlich" nur ein Anfang sein könnten. „Eine nationalsozialistische Notverordnung würde hier ganz anders durchgegriffen haben: Im Negativen durch die sofortige Verhaftung und Aburteilung aller kommunistischen und sozialdemokratischen Parteifunktionäre, die

[4] Völkischer Beobachter, 11. August 1932.

[5] Vgl. Schultheß, a. a. O., S. 137.

[6] So die Überschrift in der betreffenden Meldung des Völkischen Beobachters vom 11. 8. 1932.

Jahrgang 5 (1957), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1957_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

konzentrierte Ausräucherung der Mordviertel und die Unterbringung Verdächtiger und intellektueller Anstifter in Konzentrationslager. Im Positiven aber durch den Neuaufbau des nationalen Erziehungssystems, das uns die Novemberrevolte der bisherigen Usurpatoren der Regierungsgewalt im Jahre 1918 zerschlagen hat."[7]

In dem Moment, da der Nationalsozialismus die Staatsführung übernehmen zu können glaubte, enthüllte er somit auch sein praktisches Programm zur Niederringung seiner politischen Gegner, weit über die drakonischen Maßnahmen der Notverordnungen hinaus. Fast im gleichen Moment aber zerrannen aus Gründen, die hier nicht zu erörtern sind, die Erwartungen auf die Übertragung der Kanzlerschaft an Hitler, die schon halboffene Tür wurde am 12./13. August vor ihm wieder zugeschlagen. Nun setzte der hemmungslose Kampf gegen die Regierung Papen ein, wobei sich dann auch Hitler einmal groteskerweise zum Verteidiger und Hüter der Weimarer Verfassung aufwarf, da durch sie seit 14 Jahren das deutsche Volk zum erstenmal wieder zum Wort komme.[8]

Wie sehr die Berufung auf eine Verfassung mit ihren rechtsstaatlichen Grundsätzen und der ganze Legalismus Hitlers aber nur dünne Attrappe war, bewies – wenn es eines Beweises noch bedurft hätte – nun gerade das nationalsozialistische Verhalten in den gleichen Wochen im Falle Potempa. Denn nun traf es sich, daß die Notverordnung vom 9. August nicht gegen ein marxistisches Rollkommando, sondern gerade gegen eine wüste Schlägergruppe aus den nationalsozialistischen Reihen angewendet werden mußte. Die Tat in der Bergmannstube war genau $1^1/_2$ Stunden nach Inkrafttreten der Notverordnung verübt. Demgemäß mußte darüber, wollte die Reichsregierung ihre Autorität überhaupt noch wahren und die primitivste Ordnung im Staat aufrechterhalten, ein Sondergericht befinden, das vom 19. bis 22. August in Beuthen tagte und nach dem klaren Wortlaut der Verordnung sein Urteil gar nicht anders fällen konnte, als es dann geschehen ist: fünf der Täter wurden wegen politischen Totschlags bzw. wegen Anstiftung zum Mord zum Tode verurteilt, einer der Angeklagten erhielt zwei Jahre Zuchthaus, drei wurden freigesprochen. So rückte auf einmal Potempa, bis dahin ein Vorfall unter vielen ähnlichen, in den Mittelpunkt der politischen Auseinandersetzungen. Die Nationalsozialisten machten den Fall zu einem Kampfobjekt gegen die ihnen nicht gefügig gewordene Regierung. Dabei kam ihrer Agitation zur Verwirrung der Gemüter zu Hilfe, daß am gleichen Tage, an dem das Sondergericht in Beuthen seinen Urteilsspruch zu verkünden hatte, auch ein Sondergericht in Brieg tagte. Hier ging es um eine Gruppe von Reichsbannerleuten, die am 10. Juli in Ohlau eine nationalsozialistische Demonstration gesprengt hatte, wobei es zwei Tote und mehrere Schwerverletzte unter den Überfallenen gab. Diese Tat aber war vor dem Erlaß der Notverordnung geschehen, und demgemäß verkündete das Sondergericht von Brieg nur Zuchthaus- und Gefängnisstrafen (vier Jahre Zuchthaus für den anführenden Ortsgruppenleiter des Reichsbanners, insgesamt 203 Monate Gefäng-

[7] Völkischer Beobachter vom 11. 8. 1932.

[8] Völkischer Beobachter vom 9. September 1932.

Jahrgang 5 (1957), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1957_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

nis gegen eine große Anzahl von Mittätern) – nach dem Buchstaben des Gesetzes durchaus einwandfrei, in dem Nebeneinander mit Beuthen doch überaus peinlich. Aber mit solcher Gegenüberstellung begnügten sich die Nationalsozialisten nicht, sondern offenbarten in ihrem weiteren Vorgehen, daß bei ihnen jede Rechtsbindung aufgehört hatte. Die Angeklagten hatten zwar vor dem Sondergericht (außer daß sie die Tat auf einen geflüchteten Mittäter schoben) zu ihrer Entschuldigung nur vorzubringen gewußt, sie hätten so unter dem Einfluß von Alkohol gestanden, daß sie an das Geschehen keine klare Erinnerung mehr hätten. Dagegen wollte ihr Verteidiger, der aus politischen Prozessen der Zeit bekannte Justizrat Dr. Luetgebrune, in seinem Plädoyer für ihre Tat nicht nur ein „latentes Notwehrrecht" in Anspruch nehmen, sondern ging so weit, die Tat in den militärischen Gehorsamsbereich hinüberzuspielen. „Die Angeklagten seien als tüchtige Soldaten anzusprechen, die auf einen Befehl oder einen militärischen Anruf reagierten, ohne lange zu fragen warum und weshalb."[9] Da tauchte er bereits auf, jener Gehorsamsbegriff gegenüber einem verbrecherischen Befehl, der auch in so vielen Prozessen nach 1945 eine makabre Rolle gespielt hat, und nun ausgerechnet bei einem so bestialischen Verbrechen und fern von jedem militärischen Bereich. Ebenso sollte auch das nationale Gefühl zur Entschuldigung der Tat dienen. Der getötete Pietrzuch scheint während der oberschlesischen Aufstandszeit Insurgent gewesen zu sein, was jetzt herangezogen wurde, und der zweite Verteidiger wollte die Erregung der Angeklagten als Ausfluß des deutsch-polnischen Gegensatzes hinstellen.

Der Führer der schlesischen SA, Heines, hatte mit einigen Unterführern der ganzen Verhandlung beigewohnt und verließ nach der Urteilsverkündung den Gerichtssaal mit dem Ruf: „Das Urteil ist das Fanal zum deutschen Aufbruch." Hitler selbst aber scheute sich nicht, trotz der Ungeheuerlichkeit der Tat, sich mit den rechtskräftig Verurteilten zu identifizieren. Er richtete an sie ein Telegramm: „Meine Kameraden! Angesichts dieses ungeheuerlichen Bluturteils fühle ich mich mit euch in unbegrenzter Treue verbunden. Eure Freiheit ist von diesem Augenblick an eine Frage unserer Ehre. Der Kampf gegen eine Regierung, unter der dieses möglich war, unsere Pflicht!"[10] Am gleichen Tage noch nutzte Hitler in einem Aufruf den Urteilsspruch ohne Rücksicht auf chronologische Zusammenhänge, aber taktisch nicht ungeschickt, aus, um die Enttäuschung der Hindenburgschen Absage vom 13. August hinwegzudisputieren. Aus der Nichtbetrauung mit der Kanzlerschaft wurde nun die bewußte Absage Hitlers, an einer Regierung solcher „blutigen Objektivität" sich zu beteiligen. Wer noch „ein Gefühl für den Kampf um die Ehre und Freiheit der Nation besitzt, wird verstehen, weshalb ich mich weigerte, in diese bürgerliche Regierung einzutreten. Die Justiz des Herrn von Papen wird am Ende vielleicht Tausende von Nationalsozialisten zum Tode verurteilen. Glaubte man dieses von Blindheit geschlagene, das ganze Volk hinopfernde Vorgehen auch mit meinem Namen decken zu können? Die Herren

[9] Prozeßbericht in der Frankfurter Zeitung vom 23. August 1932.

[10] Völkischer Beobachter vom 24. August 1932.

Jahrgang 5 (1957), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1957_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

irren sich!"[11] In ähnlicher Weise telegraphierte Göring an die Verurteilten, daß sie keine Mörder seien, sondern „das Leben und die Ehre" (!) der Kameraden verteidigt hätten, und daß er ihren Familien 1000 Mark überweise, die ihm Freunde zur Verfügung gestellt hätten. Der Stabschef der SA Röhm schließlich besuchte sie im Gefängnis und durfte mit ihnen eine halbe Stunde sprechen, um ihnen zu versichern, daß er ihre Sache zu seiner eigenen gemacht habe und „lieber als Stabschef seinen Posten hingebe, als daß einem dieser Verurteilten etwas geschehe".[12] Draußen vor dem Gerichtsgebäude demonstrierte währenddessen die von Heines zusammengezogene SA, und am folgenden Tage wurden diese Einschüchterungsversuche der Straße fortgesetzt und sogar schon wieder Fensterscheiben eingeschlagen und ein Geschäft geplündert.

Wie Papen vor einigen Wochen mit dem Vorwurf einer falschen Führung des Kampfes gegen den politischen Radikalismus die preußische Regierung beseitigt hatte, so wollte also auch Hitler das Urteil von Beuthen zur Waffe für seine Angriffe auf die so viel schwächere Stellung der Regierung Papen benutzen, die nach den Juli-Wahlen nur noch über eine sehr schmale Basis im Volke verfügte. Es war auch unverkennbar, daß er mit seinem Appell an die chauvinistischen antipolnischen Instinkte Erfolg hatte und in seiner Attitüde als rücksichtsloser Bekämpfer der kommunistischen Gefahr Eindruck auch auf die geringe Anhängerschaft der „nationalen" Regierung Papens machte und ihre Reihen noch weiter zu lichten vermochte. Denn Papen sah sich nicht nur dem lärmenden Druck und den Drohungen der 14 Millionen Nationalsozialisten ausgesetzt. Auch andere Rechtsorganisationen setzten sich über die Gemeinheit der Tat hinweg, erkannten nicht die grundsätzliche Bedeutung einer Entscheidung und drängten auf Begnadigung.[13] Die große bürgerliche, liberale Presse dagegen, deren Stellungnahme zur Tat an sich klar war, hatte schon seit langem sich prinzipiell gegen die Todesstrafe ausgesprochen, und so meinte selbst die „Frankfurter Zeitung"[14] in einem Kommentar zum Urteil, nachdem sie die Unmenschlichkeit des Verbrechens gebührend hervorgehoben hatte, abschließend: „Hinrichten soll man sie nicht."

Doch machte es der Nationalsozialismus ganz deutlich, daß ihm das strenge Urteil des Beuthener Sondergerichts nicht nur ein taktisches Mittel zum Kampf gegen die Reichsregierung war, sondern daß er überhaupt schon die Normen des

---

[11] Völkischer Beobachter vom 24. August 1932.

[12] Der SA-Mann, Jahrg. 1, Folge 20, 31. 8. 1932.

[13] Die Frankfurter Zeitung vom 25. 8. 1932 meldete Gnadengesuche an den Reichskanzler seitens der Ortsgruppe Gleiwitz der Vereinigten Verbände heimattreuer Oberschlesier und vor allem des Stahlhelms, und selbst der Königin-Luise-Bund wandte sich an den Reichspräsidenten. Es kann nicht Aufgabe dieser einleitenden Bemerkungen sein, einen analysierenden Überblick über die Haltung der deutschen Öffentlichkeit zum Potempa-Mord zu geben. Wegen der grundsätzlichen Bedeutung des Falles hinsichtlich der Erschütterung des rechtsstaatlichen Denkens im deutschen Volke, die auch zum endlichen Siege des Nationalsozialismus beigetragen hat, behält sich das Institut für Zeitgeschichte indessen eine solche Untersuchung vor.

[14] Reichsausgabe vom 23. August 1932.

Jahrgang 5 (1957), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1957_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Rechts als Maßstab für seine Handlungen nicht mehr anerkannte, daß er, einmal im Besitz der Staatsmacht, nur noch nach Zwecken handeln und nicht nach rechtlichen, sondern lediglich utilitaristischen Gesichtspunkten vorgehen würde. Hitler selbst fand es in einer Rede in München am 8. September, in der er mit jener berüchtigten Anspielung auf die Altersdifferenz zu Hindenburg seinem Sendungsbewußtsein öffentlich Ausdruck gab,[15] zwar für gut, ein wenig von Potempa abzulenken: er identifiziere sich nicht mit Tat und Tätern, aber mit seinen Kameraden. Doch gleich danach folgt das eindeutige Bekenntnis: Im nationalsozialistischen Reich würden niemals fünf deutsche Männer wegen eines Polen verurteilt werden. Rosenberg aber hatte es schon vorher unternommen, den Gegensatz des nationalsozialistischen zum rechtsstaatlichen Denken in seiner ganzen Tiefe aufzuzeigen. Das rechtsstaatliche Denken mit seiner Gleichsetzung von Mensch gleich Mensch wende sich „gegen den elementarsten Selbsterhaltungsinstinkt einer Nation". In dem Beuthener Urteil „wiegt laut bürgerlicher Justiz ein dazu noch polnischer Kommunist fünf Deutsche, Frontsoldaten, auf ... Hier, an diesem einen Beispiel überschlägt sich das Denken der letzten 150 Jahre und zeigt den ganzen irrsinnigen Unterbau seines Daseins ... Deshalb setzt der Nationalsozialismus auch weltanschaulich ein. Für ihn ist nicht Seele gleich Seele, nicht Mensch gleich Mensch; für ihn gibt es kein ‚Recht an sich', sondern sein Ziel ist der starke deutsche Mensch, sein Bekenntnis ist der Schutz dieses Deutschen, und alles Recht und Gesellschaftsleben, Politik und Wirtschaft, hat sich nach dieser Zwecksetzung einzustellen ... Die Bastille von Beuthen ist ein Zeichen, das alle Deutschen angeht, die Aufhebung des Bluturteils die unumgängliche Voraussetzung zur Wiederherstellung einer volksschützenden Neuordnung der sozialen Werte."[16]

Ein Mißverständnis über den Nationalsozialismus scheint nach diesen Erklärungen nicht mehr möglich gewesen zu sein. Die Regierung Papen machte sich diesem Ansturm gegenüber auch zum Hüter der rechtsstaatlichen Ordnung, einer gleichmäßigen Anwendung des Gesetzes ohne Ansehen von Partei und Person. Wenn sie sich schließlich zu einer Begnadigung bereit fand, so doch nur zur Umwandlung der Strafe in lebenslängliches Zuchthaus und mit der Erklärung, für ihre Entscheidung sei maßgebend gewesen, „daß die Verurteilten zur Zeit der Tat noch keine Kenntnis von der Verordnung des Reichspräsidenten gehabt hatten".

Bei aller Würdigung dieses Motivs wird die geschichtliche Erwägung hier vor die Frage gestellt, was eine Ausführung des Urteils in der damaligen Situation

[15] „Etwas habe ich meinem großen Gegenspieler voraus: Der Herr Reichspräsident ist 85 Jahre alt und ich bin 43 und fühle mich kerngesund. Ich habe auch die Überzeugung und das sichere Gefühl, daß mir gar nichts zustoßen kann, weil ich weiß, daß ich von der Vorsehung zur Erfüllung meiner Aufgabe bestimmt bin." Reichsausgabe der Frankfurter Zeitung vom 9. September 1932. Der Völkische Beobachter vom gleichen Tage unterdrückte in seinem ausführlichen Versammlungsbericht diese Sätze.

[16] Alfred Rosenberg, „Mark gleich Mark, Mensch gleich Mensch". Völkischer Beobachter vom 26. August 1932. Die Sperrungen im Original.

Jahrgang 5 (1957), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1957_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

bedeutet hätte. Hitler wäre damit offenbar vor eine Alternative gestellt worden, die entsprechend seinem Telegramm ein Losschlagen in für ihn ungünstiger Position oder schweren Prestigeverlust zur Folge gehabt haben würde. Auch für den tatsächlichen Verlauf der Dinge, nicht nur für die Erschütterung des rechtsstaatlichen Denkens, bezeichnet daher der Fall Potempa eine kritische Wende.

Der weitere Hergang ist rasch skizziert. Als Hitler die Macht errungen, erließ er nach wenigen Wochen eine Amnestie für politische Vergehen, allerdings nicht genereller Art, sondern nur für die „Vorkämpfer der nationalen Erhebung". Im Zuge dieser Amnestie vom 23. März 1933 wurden auch sämtliche an der Erschlagung des Konrad Pietrzuch beteiligten Täter freigelassen.[17] Ihr Fall ist damit wieder zu einem unter zahlreichen ähnlichen geworden, sie verlieren sich im Dunkel geschichtlicher Bedeutungslosigkeit. Dafür aber ist die Amnestie, von der auch sie begünstigt wurden, nun das Kennzeichen der Rechtsausübung im nationalsozialistischen Reich geworden. Wir können die Bedeutung dieser Amnestie nicht besser herausheben, als indem wir noch einmal die „Frankfurter Zeitung" zu Worte kommen lassen, die in den letzten Wochen einer noch nicht völlig geknebelten und gelenkten Presse sie wie folgt charakterisierte: Sie sei ein ausgesprochenes Symbol der nationalen Revolution, nicht mehr des bisherigen Systems von Rechtsbegriffen, und die Gnade wäre nicht nach objektiven Merkmalen, sondern lediglich nach den Motiven, im Zusammenhang der Straftat mit der nationalen Revolution angewandt. Es ist „die Gnade für politische Vergehen und Verbrechen, für Mitglieder der Parteien und Verbände, die hinter der Regierung stehen, ebenso vollständig, wie kein Fünkchen der Gnade mehr für strafbare Handlungen irgendwie anderer Art – politische oder unpolitische – übriggeblieben ist. Unseres Wissens ist das der erste Fall solcher Art in Deutschland."[18] *Paul Kluke*

G. K. Sg. 1/32.*

Im Namen des Volkes!

In der Strafsache gegen

1.) den Elektriker Reinhold Kottisch aus Mikultschütz, geboren am 19. November 1906 in Eichenau, Polnisch Oberschlesien,

2.) den Grubenarbeiter Rufin Wolnitza aus Mikultschütz, geboren am 10. Mai 1907, ebenda,

3.) den Häuer August Gräupner aus Rokittnitz, geboren am 16. August 1899 in Schwarzwald-Kolonie, Polnisch Oberschlesien,

4.) den Markenkontrolleur Helmuth Josef Müller aus Friedrichswille, geboren am 12. Mai 1898 in Sterkrade,

---

[17] Gerd Rühle, Das Dritte Reich, Berlin 1936, S. 227.

[18] Frankfurter Zeitung, Reichsausgabe vom 23. März 1933.

Eine Fotokopie des Urteils ist dem Institut für Zeitgeschichte vom Bundesjustizministerium zur Verfügung gestellt worden. Bei der Wiedergabe wurden lediglich sinnstörende Schreibfehler korrigiert.

Jahrgang 5 (1957), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1957_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

5.) den Häuer Hypolit Hadamik aus Rokittnitz, geboren am 16. Juli 1903 in Langendorf, Kreis Gleiwitz OS,

6.) den Häuer Karl Czaja aus Rokittnitz, geboren am 18. Oktober 1894 in Ruda (Polnisch Oberschlesien),

7.) den ehemaligen Polizeioberwachtmeister Ludwig Nowak aus Broslawitz, geboren am 20. August 1891 in Stollarzowitz,

8.) den Gastwirt Georg Hoppe aus Tworog, geboren am 17. September 1889 in Kotzin, Polen,

9.) den Gastwirt Paul Lachmann aus Potempa, geboren am 20. Dezember 1893 in Erdmannsheim, Kreis Lublinitz, Polnisch Oberschlesien,

wegen politischen Totschlags, politischer Körperverletzung, Anstiftung und Beihilfe hierzu.

Das Sondergericht bei dem Landgericht in Beuthen Oberschlesien hat in der Sitzung vom 19./20. und 22. August 1932, an der teilgenommen haben:

Landgerichtsdirektor Himml, als Vorsitzender,
Landgerichtsrat Hoffmann und
Landgerichtsrat Dr. Stahl, als beisitzende Richter,
Oberstaatsanwalt Lachmann, als Beamter der Staatsanwaltschaft,
Justizsekretär Dorsch, als Urkundsbeamter der Geschäftsstelle,

für Recht erkannt:

Es werden bestraft wegen Totschlags als Angreifer aus politischen Beweggründen sowie wegen gefährlicher Körperverletzung aus politischen Beweggründen die Angeklagten Kottisch, Wolnitza, Gräupner und Müller mit der Todesstrafe.

Die Angeklagten Kottisch, Gräupner und Müller ferner mit je 2 Jahren Zuchthaus und der Angeklagte Wolnitza mit einem Jahre Zuchthaus.

Der Angeklagte Lachmann wegen Anstiftung zum politischen Totschlag mit der Todesstrafe sowie mit dem Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte, der Angeklagte Hoppe wegen Beihilfe zur gefährlichen Körperverletzung aus politischen Beweggründen zu 2 Jahren Zuchthaus.

Die Angeklagten Hadamik, Czaja und Nowak werden freigesprochen.

Die in dieser Sache beschlagnahmten Waffen nebst Munition, der Billardstock und die beiden Gummiknüppel werden eingezogen.

Die Kosten des Verfahrens fallen, soweit Verurteilung erfolgt ist, den verurteilten Angeklagten, im übrigen der Staatskasse zur Last.

Gründe.

Seit einiger Zeit befindet sich in der Gastwirtschaft Matuschik in Broslawitz ein S. A. Heim. In dem Heim waren außer Angehörigen des Sturms 26 Broslawitz, dessen Führer der Angeklagte Nowak ist, auch Angehörige des Sturms 25 Rokittnitz, der von einem gewissen Funke geführt wird, untergebracht. Die Verlegung des Sturms 25, der früher in der Gastwirtschaft von Zimny in Rokittnitz gelegen hatte, war unmittelbar nach der Reichstagswahl vom 31. Juli 1932 nach Broslawitz erfolgt, da eines Nachts, wie angenommen wurde, von kommunistischer Seite eine Anzahl Fensterscheiben des S. A. Heims in Rokittnitz zertrümmert worden waren und weitere Feindseligkeiten befürchtet wurden. Des weiteren waren in das Broslawitzer S.A. Heim eine Reihe von Angehörigen des früheren Oberschlesischen Selbstschutzes aufgenommen worden. Die in das S. A. Heim untergebrachten Leute erhielten daselbst eine militärische Ausbildung. Es wurde mit ihnen exerziert und ihnen Unterricht erteilt.

Jahrgang 5 (1957), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1957_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Am Dienstag, den 9. August 1932, gegen 19 Uhr wurde der Zeuge Dworczyk aus Wieschowa, der im Besitze eines Kraftfahrzeuges ist und schon früher Fahrten für die S. A. ausgeführt hatte, von einer Person, die sich als Nowak meldete, telefonisch angerufen, mit seinem Kraftwagen um 21 Uhr vor dem S. A. Heim in Broslawitz vorzufahren. Wie Dworczyk mit seinem Automobil ankam, wurde er von dem Angeklagten Nowak empfangen, der ihm den Auftrag gab, mit einigen Mannschaften nach Tworog zu dem Gastwirt Hoppe zu fahren. Jetzt erschienen die Angeklagten Kottisch, Wolnitza, Gräupner, Müller, Hadamik und Czaja, sowie die flüchtigen Prescher, Dutzki und Ochod, die sämtlich in dem S. A. Heim in Broslawitz untergebracht waren und bestiegen den Kraftwagen. Gräupner und Kottisch nahmen vorn beim Führer des Kraftwagens Platz. Von den neun Mitfahrern hatten Gräupner, Dutzki und Prescher Pistolen; außerdem führte Wolnitza eine Scheintodpistole bei sich. Auftragsgemäß fuhr Dworczyk von Broslawitz nach Tworog vor die Gastwirtschaft von Hoppe. Die Entfernung von Broslawitz nach Tworog beträgt 18 km. In Tworog angelangt, stieg der Angeklagte Gräupner aus und verhandelte mit dem Angeklagten Hoppe. Hoppe, der Führer des Sturms 27 Tworog ist, eröffnete dem Gräupner auf seine Frage, daß sie nach Potempa weiterfahren und sich dort bei dem Angeklagten Lachmann melden sollten. Im Laufe der Unterredung erklärte Gräupner dem Hoppe, daß zu wenig Pistolen da seien. Hoppe erwiderte daraufhin, daß er weitere Waffen besorgen werde. Tatsächlich wurden auch noch 2 Pistolen herbeigeschafft. Die eine Waffe, eine Pistole mit verlängertem Lauf, erhielt der Angeklagte Kottisch. In Tworog wurde dem Trupp auch ein S. A. Mann beigegeben, der die Führung nach Potempa übernehmen sollte. Den Zeugen Dworczyk mit seinem Automobil hatte Gräupner von der Gastwirtschaft von Hoppe vor das Dorf Tworog an den Bahnübergang geschickt, wo er warten sollte. Dworczyk wurde gesagt, falls Personen vorbeikämen, sollte er eine Panne markieren. Als Gräupner wieder bei dem Kraftwagen erschien, ordnete er an, daß drei Mann, die keine Waffen hätten, in Tworog zurückbleiben sollten. Es blieben daraufhin Hadamik, Czaja und Ochod zurück. Die übrigen fuhren nach dem 6 km von Tworog entfernten Potempa weiter. Das Automobil hielt auf Anordnung des in Tworog als Führer beigeordneten SA-Mannes zunächst in einiger Entfernung vor dem Dorfe Potempa. Der Führer und der Angeklagte Gräupner gingen miteinander ins Dorf in die Gastwirtschaft des Angeklagten Lachmann. Lachmann fragte die beiden, wo die anderen wären. Auf die Antwort, daß die übrigen bei dem Automobil vor dem Dorfe warteten, sagte Lachmann, die anderen sollten herbeigeholt werden. Gräupner und sein Begleiter gingen daraufhin zu dem Kraftwagen zurück und holten die übrigen Leute. Gleichzeitig fuhr Dworczyk auf Veranlassung des Führers mit seinem Kraftwagen etwas näher an das Dorf heran bis zu einem Kolonialwarengeschäft. Der Führer selbst blieb bei Dworczyk zurück, während die übrigen in die Gastwirtschaft des Lachmann gingen. Hier angekommen, begab sich der Trupp in die Küche, wo er von Lachmann begrüßt wurde. Außer Lachmann war in der Küche auch der Fleischer Golombek anwesend, der ein guter Bekannter des Lachmann ist. Hier wurden die Erschienenen reichlich mit Bier, Schnaps und Zigaretten bewirtet. Lachmann gab schließlich dem Golombek den Auftrag, die angekommenen Leute zu Kommunisten zu führen; die Kommunisten sollten verprügelt werden. Lachmann nannte auch vier Namen. Welche Namen er im einzelnen genannt hat, steht nicht fest. Der eine sollte mit Vornamen Florian heißen, und es wurde auch ein gewißer Emil genannt. In Beziehung auf den Emil erklärten Lachmann oder Golombek, es sei recht, wenn dieser keine 24 Stunden mehr leben würde; man werde dafür Halbmast flaggen. Lachmann äußerte noch weiterhin: „Halbe Arbeit ist keine ganze Arbeit." Im übrigen sprach er auch davon, daß die Telefonleitung durchschnitten werden sollte. Dem Angeklagten Wolnitza wurde in der Küche des Lachmann die Scheintodpistole abgenommen; er erhielt dafür einen

Jahrgang 5 (1957), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1957_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Gummiknüppel, der aus dem Besitz des Lachmann stammte. Golombek seinerseits holte zwei abgebrochene Billardstöcke herbei, die gleichfalls mitgenommen wurden. Den einen Billardstock nahm Prescher, den anderen Müller. Schließlich wurde unter Führung des Golombek aufgebrochen. Unmittelbar vor dem Aufbruch bemerkte einer, auf das gute Gelingen müsse noch einer „gehoben" werden. Es wurde daraufhin nochmals Schnaps getrunken. Beim Aufbruch aus der Gastwirtschaft von Lachmann hatten unter anderem Kottisch, Müller, Gräupner, Prescher und Golombek Pistolen, sowie Wolnitza einen Gummiknüppel.

Golombek führte den Trupp zunächst zu dem Gehöft, in dem der Zeuge Florian Schwinge wohnt. Unterwegs sagte er, es sei einerlei, was mit dem dort in der Wohnung passiere. Im Auftrage des Golombek klopfte der Angeklagte Kottisch an die Haustür. Golombek selbst, der mit dem Zeugen Florian Schwinge bekannt ist, hielt sich zurück, um nicht erkannt zu werden. Da auf das Klopfen hin die Haustür nicht geöffnet wurde, führte Golombek seine Begleiter an ein erleuchtetes Fenster, an das Kottisch nunmehr klopfte. Es war das Fenster der nach der Straße zu belegenen Küche, in der die Zeugin Anna Schwinge schlief, während der Ehemann Schwinge in einem Zimmer im Dachgeschoß schlief. Kottisch rief: „Ist Florian zu Hause?" Die Zeugin Anna Schwinge erwachte durch das Klopfen, trat an das Fenster und fragte wer da sei. Golombek flüsterte dem Kottisch zu, er solle antworten: „Sylvester Breilich", was Kottisch auch tat. Breilich ist ein Freund des Zeugen Schwinge. Da die Ehefrau Schwinge merkte, daß es nicht die Stimme des Breilich war und sie die Stimme des Golombek erkannt hatte, verhielt sie sich ruhig. Es wurde jedoch abermals ans Fenster geklopft. Nunmehr ging Frau Schwinge in das Dachgeschoß, weckte ihren Mann und sagte ihm, es habe ans Küchenfenster geklopft. Auf ihre Frage wer da sei, sei geantwortet worden: „Sylvester Breilich". Sie habe jedoch die Stimme des Golombek erkannt. Der Ehemann Schwinge ging mit seiner Frau in die Küche hinunter, ohne sich aber am Fenster sehen zu lassen. Wie wiederum an das Fenster geklopft wurde, trat Frau Schwinge an das Fenster heran und forderte den Einlaß Begehrenden auf, in den Lichtschein vor das Fenster zu treten, damit sie feststellen könne, ob der draußen Stehende tatsächlich Breilich sei. Golombek forderte jetzt den Angeklagten Kottisch auf, auf die Frau zu schießen. Kottisch kam der Aufforderung nicht nach. Der Zeuge Schwinge ging in sein Schlafzimmer ins Dachgeschoß zurück und nahm vom Giebelfenster aus wahr, daß sich die Leute von seinem Hause nach dem nebenanliegenden Hause der Zeugin Witwe Marie Pietzuch[1] entfernten und daß dieses Haus mit einer Taschenlampe abgeleuchtet wurde. Die Eheleute Schwinge stellten fest, daß es ½2 Uhr war, als an das Haus geklopft wurde. Golombek hatte seine Begleiter inzwischen zu dem Hause der Witwe Pietzuch weitergeführt. Auf dem Wege dorthin äußerte er, daß „es hier klappen müsse". In der Dunkelheit stolperte der Angeklagte Kottisch, wobei ihm die Pistole entfiel. Golombek hob die Pistole auf und reichte sie dem Kottisch zurück. Vor dem Hause der Zeugin Pietzuch angelangt, ordnete Gräupner an, daß Wolnitza und Dutzki als Wache draußen bleiben sollten, Wolnitza nahm im Hofe, Dutzki auf der Straße Aufstellung. Kottisch öffnete nunmehr die unverschlossene Haustür und betrat das Haus. Ihm folgten Gräupner, Müller, Prescher und Golombek. Golombek hielt sich hierbei wiederum im Hintergrunde, um nicht erkannt zu werden. Da Kottisch, der mit der Örtlichkeit nicht vertraut war, im Hausflur geradeaus weiterging, wurde ihm von Golombek gesagt, er solle durch die Tür rechts hineingehen. Gleichzeitig gab Golombek dem Kottisch eine elektrische Taschenlampe in die Hand. Die nach rechts führende Tür war gleichfalls nicht verschlossen. In dem Raume, in den die

[1] Im Urteil wird durchweg diese Schreibweise verwendet, während der Name nach den Zeitungsberichten offenbar „Pietrzuch" lautet.

Jahrgang 5 (1957), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1957_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Eintretenden nun gelangten, standen an der der Eingangstür gegenüberliegenden Wand 2 Betten. In dem Bett zur linken Hand schlief die Zeugin Marie Pietzuch, im Bette rechts schliefen der Zeuge Alfons Pietzuch und sein Bruder Konrad. Die Zeugin Pietzuch, die bereits durch das Geräusch der Schritte im Hausflur wach geworden war, richtete sich in ihrem Bette auf und fragte, was die Eintretenden wollten. Ihr wurde von einer, ihr eine Pistole vorhaltenden Person zugerufen, sie solle still sein, sonst werde sie erschossen. Gleichzeitig traten der Angeklagte Kottisch und noch einer der anderen an das Bett der Gebrüder Pietzuch und hielten ihnen ihre Pistolen entgegen. Kottisch leuchtete die beiden im Bett Liegenden mit der elektrischen Taschenlampe an. Hierbei wurde gerufen: „Hände hoch, raus ihr verfluchten donnerwettrischen Kommunisten". Golombek, der an der Tür stehen geblieben war, rief: „Der Dicke soll verdroschen werden!" Darauf wurde Konrad Pietzuch aus dem Bette herausgezerrt. Schützend hielt Konrad Pietzuch die Bettdecke vor sich hin. Hierauf sprang Gräupner hinzu. Auf Konrad Pietzuch wurde nunmehr in unmenschlicher Weise eingeschlagen. Auch Alfons Pietzuch erhielt im Bette liegend einen wuchtigen Schlag mit einem harten Gegenstande, offenbar einem Billardstock oder einem Gummiknüppel an die linke Schläfe, so daß er eine starkblutende Wunde davontrug und einige Zeit bewußtlos wurde. Als er wieder zu sich kam, hörte er das Klatschen vieler Schläge. Eine genaue Schilderung der Vorgänge im einzelnen vermag der Zeuge Alfons Pietzuch nicht zu geben, da er infolge des wuchtigen Schlages, den er erhalten hatte, auch weiterhin stark benommen war. Ebensowenig ist Marie Pietzuch hierzu in der Lage; sie vermochte bei dem Schreck über das Eindringen der Täter und in ihrer Furcht, man könne sich nach der auch gegen sie ausgestoßenen Drohung an ihr vergreifen, den Geschehnissen, die sich im übrigen in rascher Aufeinanderfolge abwickelten, nur teilweise zu folgen. Zudem entfiel dem Angeklagten Kottisch die Taschenlampe, sodaß das Zimmer vorübergehend im Dunkeln blieb. Insbesondere wissen Marie und Alfons Pietzuch nicht, ob Konrad Pietzuch zu Boden gefallen ist. Konrad Pietzuch vermochte trotz der schweren Verletzungen, die er erlitten hatte, in die angrenzende Kammer zu flüchten. Aus der Kammer heraus rief er dann: „Alfons, Alfons". Inzwischen trat einer der Eindringlinge an das Bett des Alfons Pietzuch heran und fragte ihn, ob er Waffen habe. Auf seine verneinende Antwort wurde ihm zugerufen: „Raus du Donnerwetter, an die Mauer! Du kommst auch noch dran, Du wirst auch noch erschossen." Alfons Pietzuch mußte sich an die Wand stellen mit dem Gesicht nach der Kammertür zu. Nach einiger Zeit wurde der Zeuge Alfons Pietzuch geheißen, wieder ins Bett zu gehen; die Eindringlinge selbst gingen zu der Eingangstür zurück. Von der Tür her rief Golombek dem Kottisch zu: „Schieß doch, schieß doch!" Kottisch trat darauf zur Kammertür, stieß sie auf, leuchtete mit der Taschenlampe in die Kammer hinein und gab einen Schuß auf Konrad Pietzuch ab. Beim Scheine der Taschenlampe sah er, wie Konrad Pietzuch umfiel. Nunmehr rief der Angeklagte Müller: „Raus aus der Bude! Los S. A.!" Hierauf verließen die Täter die Wohnung und das Haus der Witwe Pietzuch. Nach ihrem Weggange hörte Alfons Pietzuch seinen Bruder in der Kammer röcheln. Er selbst ging auf den Boden hinauf, um sich zu überzeugen, ob die Täter sich tatsächlich entfernt hätten. In der Zwischenzeit weckte die Zeugin Marie Pietzuch ihre in demselben Hause wohnende Schwiegertochter, die auf die Uhr sehend erklärte, es sei 2 Uhr. Beide gingen in die Kammer, wo sie Konrad Pietzuch bereits tot vorfanden. Golombek führte alsdann seine 6 Begleiter zu einem weiteren Gehöft, in dem der Zeuge Slodzyk wohnte. Er sagte, daß man hier vorsichtig sein müsse, da der Mann Waffen habe. Als sie an das Gehöft des Slodzyk herantraten, schlug ein Hund an. Daraufhin wurde von dem Vorhaben, auch das Gehöft des Zeugen Slodzyk zu betreten, Abstand genommen. Außerdem sah Kottisch vor dem Hause im Schein eines Streichholzes, daß eine Hand blutig sei und er erklärte hierauf, daß er nicht mehr mitmache.

Jahrgang 5 (1957), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1957_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Die Täter begaben sich nunmehr zu dem Automobil des Zeugen Dworczyk zurück. Auf dem Wege dorthin wurden sie von dem Zeugen Zollassistenten Burgmaier, der mit dem Zeugen Zollassistenten Söhndel auf einer Bank auf dem Dorfplatze saß, angeleuchtet. Da ihnen die Vorübergehenden verdächtig vorkamen, zumal Burgmaier in der Hand des zuletztgehenden Angeklagten Wolnitza einen Gummiknüppel sah, rief Burgmaier: „Halt, stehen bleiben!". Nunmehr warf Wolnitza den Gummiknüppel weg. Während die übrigen nach dem Dorfausgang in Richtung Tworog davonliefen, gelang es dem Zeugen Burgmaier, den Angeklagten Wolnitza festzunehmen. Die beiden Zeugen Söhndel und Burgmaier hörten nach kurzer Zeit, wie ein Automobil davonfuhr. Beim Absuchen des Geländes fanden die beiden Zeugen einen Gummiknüppel sowie eine geladene Pistole, die einer der anderen Täter fortgeworfen hatte. Wie Söhndel und Burgmaier mit den Tätern zusammenstießen, war es etwa nach $^3/_4$2 Uhr morgens. Die beiden Zeugen hatten kurze Zeit zuvor auf ihre Uhren gesehen. Die Täter, außer dem von Burgmaier festgenommenen Wolnitza, fuhren mit dem Automobil zunächst nach Tworog zurück. Hier stiegen die in Tworog zurückgebliebenen Hadamik, Czaja und Ochod zu ihnen. Die Fahrt ging dann zu dem S. A. Heim in Broslawitz weiter. Von Broslawitz fuhren der Angeklagte Nowak und der Sturmführer Funke mit dem Kraftwagen nochmals nach Tworog zum Angeklagten Hoppe, dem sie auf der Straße auf dem Wege zu seiner Gastwirtschaft begegneten. Die beiden unterhielten sich eine Zeitlang mit Hoppe und fuhren dann wiederum nach Broslawitz zurück.

Der Sachverständige Gerichtsarzt Medizinalrat Dr. Weimann hat bei der Leichenöffnung des Konrad Pietzuch im ganzen 29 Verletzungen bei dem Getöteten festgestellt. Die Verletzungen befanden sich fast ausschließlich am Oberkörper, nur 2 am rechten Bein. Alle Verletzungen sind durch große Gewalt verursacht worden. An der rechten und linken Halsseite fanden sich Würgspuren. Insbesondere waren am Halse auch ausgedehnte Hautabschürfungen, Blutungen in den Halsweichteilen, Gewebszerreißungen und ein völliger Durchriß der rechten großen Halsschlagader festzustellen. Des weiteren hat der Sachverständige einen Durchschuß des rechten Oberarms mit Zertrümmerung des Oberarmknochens festgestellt. Die Todesursache war nach dem Gutachten des Sachverständigen das Eindringen von Blut in die Luftäste, sodaß auf diese Weise eine Blutatmung eingetreten ist. Der Sachverständige nimmt als sicher an, daß Konrad Pietzuch auf dem Boden liegend mit voller Wucht getreten wurde, so daß der Hacken des Schuhes hierbei in den Hals hineingepreßt wurde. Der Tritt in den Hals habe also den Tod herbeigeführt. Demgegenüber seien alle anderen Verletzungen als Todesursache nicht anzusehen.

Vorstehender Sachverhalt beruht insbesondere auf den eigenen Angaben der Angeklagten Kottisch, Wolnitza und Gräupner, sowie auf den eidlichen Bekundungen der Zeugen Alfons und Marie Pietzuch, Eheleute Schwinge, Dworczyk und Söhndel.

Die Angeklagten Kottisch, Wolnitza, Gräupner, Müller, Hadamik und Czaja stellen in Abrede, bei der Abfahrt von Broslawitz Ziel und Zweck der Fahrt gekannt zu haben. Sie wollen zunächst geglaubt haben, es solle eine Feldstreife unternommen werden, um die Diebstähle an Feldfrüchten zu vereiteln, da schon einmal eine derartige Streife unternommen worden sei. Ebenso bestreiten sie, die Absicht gehabt zu haben, irgend jemand zu töten oder zu verletzen.

Im einzelnen behauptet der Angeklagte Kottisch, der dem Selbstschutz, nicht aber der N.S.D.A.P. oder der S.A. angehört, er habe geglaubt, sie bekämen die Pistolen zu ihrem Schutze. Nach den Äußerungen des Golombek in der Küche des Lachmann sei er dann der Meinung gewesen, es solle jemand zur Rechenschaft gezogen werden und vielleicht auch einige Schläge erhalten. Er habe unter der Wirkung des bei Lachmann reichlich genossenen Alkohols gestanden. Wenn er gewußt hätte, daß jemand getötet werden solle, hätte er nicht mitgemacht. Den Konrad Pietzuch habe

Jahrgang 5 (1957), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1957_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

er nicht geschlagen. Konrad Pietzuch habe alsbald die Bettdecke über ihn geworfen. Es sei dann zwischen ihnen beiden zu einem Ringen gekommen. Bei dem Ringen seien sie beide gleichzeitig zu Fall gekommen und hierbei hätten sie an eine Kommode angestoßen. Er selbst sei nach unten zu liegen gekommen und habe auch einen Schlag auf den linken Arm erhalten. Wie Konrad Pietzuch in die Kammer gelaufen sei, habe er gerufen: „Jetzt hole ich die Pistole und werde Euch erschießen!" In seiner Aufregung habe er auf den Ruf des Golombek: „Schieß doch" den Schuß auf Konrad Pietzuch in die Kammer abgegeben.

Der Angeklagte Wolnitza, der dem Selbstschutz, außerdem der N.S.D.A.P., nicht aber der S.A. angehört, gibt an, er sei in Tworog, wie Gräupner dem Hoppe erklärt habe, es seien zu wenig Pistolen da, zu der Auffassung gelangt, daß jemand überfallen werden solle. Er habe sich auf dem Wege zu Schwinge und Pietzuch stets hinten gehalten. Bei Pietzuch habe er lediglich vom Hofe aus durch ein Fenster gesehen, daß jemand geschlagen werde.

Gräupner, der S.A. Angehöriger des Sturms 25 Rokittnitz ist, gibt zu, schon seit längerer Zeit eine Pistole besessen zu haben. Er habe sich die Waffe gekauft, weil er von Angehörigen der kommunistischen Partei bedroht worden sei. Tatsächlich sei auch kurz vor dem 8. August eine Anzahl maskierter Personen, die sich später als Kommunisten erwiesen hätten, in seiner Abwesenheit in seine Wohnung eingedrungen und hätten seine Frau und sein Kind bedroht. Unter Vorhalten von Schußwaffen sei damals seiner Frau erklärt worden, daß sie am längsten gelebt habe. Er sei gleichfalls der Meinung gewesen, daß Kommunisten verprügelt werden sollten. Gräupner bestreitet, bei den in Rede stehenden Vorgängen eine Führerrolle gespielt zu haben. In Tworog habe er den Hoppe lediglich gefragt, was los sei, worauf dieser entgegnet habe, sie sollten Streife gehen. Er habe nicht angeordnet, daß drei Mann in Tworog zurückbleiben sollten. Die Gebrüder Pietzuch habe er nicht geschlagen. Golombek habe sie zu ihrem Vorgehen angestachelt. Als Golombek den Kottisch aufgefordert habe, auf die Zeugin Schwinge zu schießen, habe er ihn zurückgezogen und zu ihm gesagt: „Schieß nicht."

Der Angeklagte Müller, der Obertruppenführer [sic] bei der S.A. ist, erklärt, daß er am Tage der Tat sehr unpäßlich gewesen sei, da er starke Magenschmerzen gehabt habe. Er habe geschlafen, als das Automobil vor dem S.A. Heim in Broslawitz vorgefahren sei. Da gerufen worden sei: „Müller, Sie fahren auch mit", sei er wach geworden und noch schlaftrunken in den Kraftwagen eingestiegen. Er sei der Meinung gewesen, es solle nach Ptakowitz gefahren werden und sei sehr erstaunt gewesen, wie man in Tworog angelangt sei. In Tworog sei er in der Gastwirtschaft von Hoppe gewesen, habe sich aber lediglich infolge seiner Magenschmerzen auf ein Sofa gelegt, ohne sich an der Unterredung mit Hoppe zu beteiligen. Auch in der Küche bei Lachmann habe er sich in eine Ecke gesetzt, da die Schmerzen nicht nachgelassen hätten. Auf Veranlassung des Dutzki habe er hier zunächst Schnaps und später eine Flasche Selter getrunken. Nach dem Genusse der Flasche Selter habe er sich übergeben müssen. Wie er gemerkt habe, daß die anderen aus der Küche bei Lachmann hinausgegangen seien, sei er ihnen nachgegangen. Golombek habe ihm zwar einen Billardstock in die Hand gegeben, doch habe er ihn wieder zurückgegeben. Er habe überhaupt keine Waffe besessen. Golombek habe zu ihm gesagt, er solle etwas zurückbleiben, da er doch krank sei. Er sei daher später als die anderen vor dem Hause der Witwe Pietzuch eingetroffen. Nach seiner Ankunft im Hofe des Pietzuch'schen Hauses sei er durch die offene Haustür in das Haus hineingegangen und sei in das Zimmer gelangt, in dem Dunkelheit geherrscht habe. Er habe den Ruf des Konrad Pietzuch gehört: „Bruder die Pistole". An den Mißhandlungen des Konrad Pietzuch habe er sich in keiner Weise beteiligt. Er habe in der Nähe der Eingangstür gestanden und den Vorgängen, auch schon wegen seiner körperlichen

Jahrgang 5 (1957), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1957_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Unpäßlichkeit wenig Aufmerksamkeit geschenkt. Schließlich habe er einen Knall gehört. Auf seine Frage, ob ein Schuß gefallen sei, sei ihm geantwortet worden: „Halt's Maul, eine Tür ist ins Schloß gefallen!". Um die Leute zu veranlassen, die Stube zu verlassen, habe er dann gerufen: „Raus aus der Bude, los S.A.!"

Der Angeklagte Hadamik ist seit 2 Monaten, der Angeklagte Czaja seit 1 Monat Angehöriger der S.A. Hadamik will bei der Abfahrt von Broslawitz im Glauben gewesen sein, sie sollten als Saalschutz Verwendung finden. Er und Czaja seien dann in Tworog zurückgeblieben, weil Gräupner gesagt habe, es müßten drei Mann in Tworog bleiben. Wie das Automobil mit den übrigen wiederum in Tworog eingetroffen sei, habe Kottisch auf ihre Frage, was los gewesen sei, geantwortet: „Ihr wart nicht bei uns, ihr braucht nichts zu wissen!" Dutzki habe lediglich geäußert, den Wolnitza haben sie festgenommen.

Dem Angeklagten Nowak untersteht als Sturmführer des Sturms 26 Broslawitz auch das dortige S.A. Heim. Er behauptet, streng untersagt zu haben, daß die im S.A. Heim untergebrachten Leute Waffen bei sich führten. Nowak bestreitet, das Automobil bestellt zu haben. Erst ein Selbstschutzmann habe ihm gesagt, daß ein Kraftwagen vorgefahren sei. Er habe geglaubt, daß die Leute an irgendeine Stelle zur Unterstützung kommandiert werden sollten. Nach Rückkehr des Automobils sei er nochmals mit dem Sturmführer Funke im Kraftwagen nach Tworog gefahren. Er habe Funke auf sein Ersuchen begleitet. In Tworog hätten sie Hoppe auf der Straße begegnet. Sie hätten sich nur kurze Zeit in Tworog aufgehalten und seien wieder nach Broslawitz zurückgefahren.

Die Angeklagten Hoppe und Lachmann stellen gleichfalls ganz entschieden in Abrede, sich strafbar gemacht zu haben. Hoppe erklärt, daß er mit der ganzen Unternehmung nichts zu tun habe. Er habe insbesondere mit keinem der Insassen des Automobils gesprochen, wie dieses nach Tworog gekommen sei. Er habe überhaupt garnicht gewußt, daß der Kraftwagen vor seiner Gastwirtschaft vorgefahren sei. Am Abend des 9. August sei er nämlich bis 9 Uhr geschäftlich unterwegs gewesen. Nach seiner Rückkehr habe er bis gegen ¼10 Uhr Bier abgeladen. Im Anschluß hieran habe er bis etwa ½10 Uhr[2] Abendbrot gegessen; er habe hier mit dem Zollbeamten Beiersdorfer zusammengesessen, der bei ihm eingekehrt sei. Nach dem Abendessen habe er sich zu dem Amtsvorsteher Galuschinski und dem Rektor Merkel in ein besonderes Zimmer gesetzt. Er habe die beiden auch nach Haus begleitet und sei mit ihnen bis gegen ½3 Uhr nachts zusammengewesen. Um diese Zeit habe er beim Nachhausegehen den Sturmführer Funke zufällig auf der Straße getroffen und sich mit ihm über gleichgültige Dinge unterhalten.

Der Angeklagte Lachmann, der Gemeindevorsteher von[3] Potempa ist, ist Angehöriger der N.S.D.A.P. Er behauptet, daß er starken Anfeindungen von Seiten der Kommunisten ausgesetzt sei. Zu seinen Feinden habe insbesondere auch der Verstorbene Konrad Pietzuch, der kommunistisch gesinnt gewesen sei, gehört. Konrad Pietzuch habe des öfteren in seiner Gastwirtschaft mit politisch anders Gesinnten Streit angefangen. So habe Konrad Pietzuch etwa 4 Wochen vor dem 9. August in seiner Gastwirtschaft ohne Grund zwei anwesende Nationalsozialisten mit „Ferkel und Schweine" beschimpft und ihnen gedroht, es werde ihnen genau so gehen, wie den 250 anderen Schweinen, die erschossen worden seien. Damals habe er dem Konrad Pietzuch eine Ohrfeige gegeben und ihn aus seiner Gastwirtschaft hinausgeworfen. Noch am Montag, den 8. August, habe Konrad Pietzuch in seiner Gastwirtschaft einen Zusammenstoß mit Golombek herbeigeführt. Hierbei habe der zufällig anwesende Hoppe dem Pietzuch ein offenes Taschenmesser abgenommen.

[2] Von „Bier" bis „Uhr" handschriftlich eingefügt.

[3] Dieses Wort handschriftlich eingefügt.

Jahrgang 5 (1957), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1957_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Zu seinem persönlichen Schutze habe er daher einige Tage vor der letzten Reichstagswahl in seiner Gastwirtschaft für die Nacht eine Wache von zuverlässigen Leuten eingerichtet. S.A. Mitglieder hätten der Wache nicht angehört, da in Potempa keine Angehörigen der S.A. wohnten. Am 9. August habe in seiner Gastwirtschaft die Nachfeier einer Hochzeit stattgefunden. Abends zwischen 7 und 8 Uhr seien einige S.A. Angehörige aus Gleiwitz in einem Automobil gekommen, mit denen er bis gegen 11 Uhr zusammengesessen habe. Bei dieser Gelegenheit habe er reichlich Alkohol genossen. Was dann später geschehen sei, wisse er nicht, da er vollständig betrunken gewesen sei. Es sei jedoch ausgeschlossen, daß er in seiner Küche mit den Mitangeklagten gesprochen habe.

Soweit es sich um die Angeklagten Hadamik, Czaja und Nowak handelt, hat sich das Gericht von ihrer Schuld nicht zu überzeugen vermocht. . . . .[4]

Die 6 anderen Angeklagten dagegen waren zu verurteilen.

Der Angeklagte Hoppe war über das geplante Unternehmen unterrichtet. Zu ihm wurde das Automobil von dem S.A. Heim in Broslawitz aus weitergeleitet. Der Zeuge Dworczyk erhielt nach seiner Bekundung von dem Angeklagten Nowak die ausdrückliche Anweisung, mit dem Kraftwagen nach Tworog zu der Gastwirtschaft des Angeklagten Hoppe zu fahren. Nach den Angaben des Angeklagten Kottisch erwartete Hoppe in Tworog auch bereits vor seiner Gastwirtschaft den Kraftwagen. Widerlegt ist die Behauptung des Angeklagten Hoppe, er habe überhaupt nichts davon gewußt, daß das Automobil vor seiner Gastwirtschaft vorgefahren sei, und er habe auch mit keinem der Insassen gesprochen. Der von Hoppe hierfür angetretene Beweis ist mißglückt. . . .

Hiernach hat Hoppe durch die Tat zur Begehung der geplanten Gewalttätigkeiten Beihilfe geleistet. Sie ist in der Weiterleitung des Trupps nach Potempa, in der Zurverfügungstellung des wegkundigen Führers und in der Bereitstellung von zwei weiteren Pistolen zu erblicken. Der Wille des Hoppe konnte demnach nur dahin gehen, die Vollbringung der geplanten Gewalttätigkeiten zu fördern.

Lachmann ist, wie der Zeuge Landjägerhauptmann Seeliger bekundet, ein Mann, der nach der Erfahrung, die die dem Seeliger unterstellten Landjäger mit ihm gemacht haben, zu allem fähig ist. . . . Zu seinem persönlichen Schutz hatte er in seiner Gastwirtschaft bereits eine Wache eingerichtet, sodaß es als ausgeschlossen bezeichnet werden muß, die von ihm angeforderten Leute sollten zu seinem Schutze verwendet werden. Weshalb Lachmann die Leute nach Potempa kommen ließ, geht klar aus seinen Äußerungen ihnen gegenüber hervor. Lachmann hat den Angekommenen eröffnet, daß Kommunisten überfallen werden sollten, zu denen sie Golombek führen werde. Lachmann hat auch den Namen von 4 Kommunisten genannt, gegen die Gewalttätigkeiten verübt werden sollten. Hierbei hat Lachmann unzweideutig auf die Angekommenen in dem Sinne eingewirkt, daß sie den Leuten, zu denen sie gebracht werden würden, an das Leben gehen sollten. So hat er eine Äußerung dahingehend fallen lassen, es solle nicht halbe, sondern ganze Arbeit gemacht werden. Weiterhin wurde geäußert, es sei recht, wenn der eine der Kommunisten, der Emil genannt wurde, keine 24 Stunden mehr lebe; es würde dann Halbmast geflaggt werden. Es kann dahingestellt bleiben, ob diese letzten Äußerungen Golombek oder Lachmann getan hat. Hat sie Golombek getan, so hat sie Lachmann jedenfalls gebilligt und ihm zugestimmt. All diese Äußerungen an die schwer Bewaffneten und unter der Wirkung des genossenen Alkohols stehenden Personen

[4] Soweit die folgenden Ausführungen des Urteils für das Gesamtbild des Tatbestandes unwesentlich sind oder bereits Dargelegtes wiederholen, sind die betreffenden Stellen hier nicht wiedergegeben worden. Die Fotokopie kann im Institut für Zeitgeschichte eingesehen werden.

Jahrgang 5 (1957), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1957_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

haben sonach lediglich darauf abgezielt, in ihnen den Entschluß hervorzurufen, die Kommunisten, zu denen sie sich dann unter Führung des Golombek begeben würden, zu beseitigen. Ein anderer Zweck kann mit den Äußerungen nicht verfolgt worden sein. Wenn insbesondere gesagt worden ist, es sei recht, wenn der Emil keine 24 Stunden mehr lebe und es werde dann Halbmast geflaggt werden, so kann die Aufforderung zur Tötung des Emil klarer kaum zum Ausdruck gebracht werden. In Verbindung mit den übrigen Äußerungen stellen sich die Worte des Lachmann: „Halbe Arbeit ist keine ganze Arbeit" auch nur als eine Aufforderung dar, die Person, die nachher aufgesucht werden würde, zu töten. Daß Lachmann die Absicht hatte, gegen die von ihm benannten Personen nicht nur Gewalttätigkeiten zu verüben, sondern sie zu beseitigen, geht auch daraus hervor, daß er, wie der Angeklagte Wolnitza angibt, äußerte, es sollte die Telefonleitung durchschnitten werden. Derart umfangreiche Vorbereitung trifft man nur, wenn besonders schwere Gewalttaten geplant sind. Tatsächlich hat Lachmann auch veranlaßt, daß an die Zerstörung der Telefonleitung herangegangen wurde. Die Zeugen Burgmaier und Söhndel haben bei ihrem Eintreffen in Potempa um 12 Uhr nachts in der Nähe der Gastwirtschaft von Lachmann einen Mann auf einer Leiter stehen sehen, der sich an der Telefonleitung zu schaffen machte. Auf den Anruf des Zeugen Söhndel ergriff der Mann die Flucht in den Hof der Lachmann'schen Gastwirtschaft. Da sich dieser Vorfall zu einer Zeit abspielte, in der Lachmann die vorerwähnte Äußerung getan hatte, kann es nicht zweifelhaft sein, daß Lachmann die Zerstörung der Telefonleitungen auch in die Tat umsetzen wollte.

Der Angeklagte Lachmann hat hiernach den zu ihm gekommenen Trupp zu der Tötung ihm mißliebiger politischer Gegner bestimmt.

Die Angeklagten Kottisch, Gräupner, Müller und Wolnitza endlich haben sich des politischen Totschlags und der politischen gefährlichen Körperverletzungen in gemeinschaftlicher Ausführung schuldig gemacht. Alle vier Angeklagten waren bewaffnet. Kottisch, Gräupner und Müller führten Pistolen bei sich, Wolnitza hatte einen Gummiknüppel. Außerdem hatten noch der flüchtige Prescher und Golombek als Führer Pistolen. Derartig viele Waffen, insbesondere Schußwaffen führt man nicht bei sich, wenn es nur gilt, jemanden zu verprügeln, namentlich zur Nachtzeit, wenn der zu Überfallende auf den Überfall in keiner Weise vorbereitet ist. . . .

Der Totschlag des Konrad Pietzuch stellt sich als ein Verbrechen gegen § 1 Ziffer 1 der Verordnung des Reichspräsidenten gegen politischen Terror vom 9. August 1932, die gefährliche Körperverletzung des Zeugen Alfons Pietzuch als ein Verbrechen gegen § 3 Ziffer 1 dieser Verordnung dar. Die Frage, ob die Verordnung vorliegend Anwendung zu finden hat, ist zu bejahen. Die Verkündung der Verordnung vom 9. August ist am gleichen Tage im Reichsgesetzblatt erfolgt. Nach § 6 tritt die Verordnung mit dem auf ihre Verkündung folgenden Tage in Kraft. Es ist dies der 10. August, und zwar der Tagesbeginn. Die Taten sind am 10. August begangen worden. Das Vorbringen der Angeklagten, daß die Taten schon am 9. August vor 12 Uhr nachts ausgeführt worden sind, ist durch das einwandfreie Ergebnis der Beweisaufnahme widerlegt. Der Zeuge Florian Schwinge, dessen Haus zuerst aufgesucht wurde, bekundet in Übereinstimmung mit seiner Ehefrau, daß es ¼2 Uhr gewesen sei, wie an das Fenster geklopft wurde. Beide Zeugen haben nach der Uhr geschaut und versichert, daß die Uhr richtig gehe. Ebenso hat die Zeugin Marie Pietzuch festgestellt, daß es 2 Uhr war, als sie ihre Schwiegertochter nach dem Weggange der Täter weckte. Weiterhin haben die Zeugen Burgmaier und Söhndel bekundet, es sei kurz nach ¾2 Uhr gewesen, als der Trupp an ihnen vorbei zu dem haltenden Automobil vorüberging. Endlich hat auch der Zeuge Dworczyk, wie er mit seinem Automobil auf die Rückkehr der von ihm nach Potempa gefahrenen 7 Mann wartete, festgestellt, daß es kurz nach ½2 Uhr war, wie die Leute wieder

Jahrgang 5 (1957), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1957_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

bei ihm eintrafen. Es kann hiernach keinem Zweifel unterliegen, daß die Taten erst am 10. August nach Mitternacht begangen worden sind.

Der Zeitpunkt der Anstiftung, der im übrigen nicht genau festzustellen ist, spielt für die Beurteilung der Tat des Lachmann keine Rolle, da die Anstiftung sich auf eine am 10. August begangene Tat bezieht. Dasselbe gilt bezüglich der am 9. August erfolgten Beihilfe des Angeklagten Hoppe. Der Totschlag an dem Konrad Pietzuch ist des weiteren auch von den Angeklagten als Angreifern begangen worden. Sie haben den Konrad Pietzuch in der Nacht aufgesucht und ihn getötet. Endlich sind auch der Totschlag des Konrad Pietzuch und die gefährliche Körperverletzung des Alfons Pietzuch aus politischen Beweggründen begangen worden. Der Angeklagte Lachmann sowohl wie auch Golombek haben ausdrücklich erklärt, daß Kommunisten, also politische Gegner, aufgesucht werden sollten. Den Angeklagten Kottisch, Wolnitza, Gräupner und Müller waren zudem die Gebrüder Pietzuch völlig unbekannt; sie haben die Straftaten deswegen begangen, weil es sich um politische Gegner handelte.

Eine besondere Bestrafung wegen schweren Hausfriedensbruchs und wegen unbefugten Führens von Waffen kam nicht in Frage, da diese Straftaten jedenfalls durch den Totschlag und die gefährliche Körperverletzung absorbiert sind. Ebensowenig konnte der Angeklagte Hoppe wegen der ihm zur Last gelegten Aufbewahrung von Pistolen verurteilt werden, da nicht erwiesen ist, daß er sie aufbewahrt hat, sie vielmehr anderswoher herbeigeschafft worden sein können.

Es war daher tatsächlich festzustellen, daß im Landgerichtsbezirk Beuthen Oberschlesien am 10. August 1932

1.) die Angeklagten Kottisch, Wolnitza, Gräupner und Müller durch 2 selbständige Handlungen
   a) einen Totschlag als Angreifer aus politischen Beweggründen,
   b) aus politischen Beweggründen eine Körperverletzung,
   begangen haben,
2.) der Angeklagte Lachmann, die Angeklagten Kottisch, Wolnitza, Gräupner und Müller zu dem politischen Totschlag durch Beeinflussung und Bewirkung vorsätzlich bestimmt hat,
3.) der Angeklagte Hoppe den Angeklagten Kottisch, Wolnitza, Gräupner und Müller zu dem Verbrechen der gefährlichen Körperverletzung aus politischen Beweggründen durch die Tat wissentlich Hilfe geleistet hat.

Verbrechen gegen §§ 1, Ziff. 1, 3 Ziff. 1 der Verordnung des Reichspräsidenten gegen politischen Terror vom 9. August 1932, 48, 47, 74 St.G.B.

Bei der Strafzumessung waren die Angeklagten Kottisch, Wolnitza, Gräupner und Müller wegen des politischen Totschlags aus § 1 Ziffer 1 der Terrorverordnung zum Tode zu verurteilen, ebenso der Angeklagte Lachmann wegen Anstiftung hierzu. Die Angeklagten Kottisch, Wolnitza, Gräupner und Müller waren außerdem wegen der gefährlichen Körperverletzung aus politischen Beweggründen zu verurteilen. Es war insoweit die bisherige Unbescholtenheit der Angeklagten und ihre Trunkenheit einerseits, andererseits die Schwere der Straftat zu berücksichtigen. Eine Zuchthausstrafe von 2 Jahren erschien bei den Angeklagten Kottisch, Gräupner und Müller als angemessene und ausreichende Sühne. Wolnitza war insoweit niedriger zu bestrafen, da seine Beteiligung geringer war, als die der übrigen Angeklagten. Bei ihm erschien eine Zuchthausstrafe von 1 Jahr als ausreichend. Bei dem Angeklagten Hoppe wurde wegen der Beihilfe zur gefährlichen Körperverletzung aus politischen Beweggründen gleichfalls auf eine Zuchthausstrafe von 2 Jahren erkannt. Mildernde Umstände konnten den Angeklagten nach der ausdrücklichen Vorschrift des § 4 der Terrorverordnung nicht zugebilligt werden. Gegen den Angeklagten Lach-

Jahrgang 5 (1957), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1957_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

mann spricht, daß die Straftaten auf sein Betreiben hin geschehen sind und daß er sich nicht gescheut hat, die noch jungen Angeklagten Kottisch, Wolnitza, Gräupner und Müller für seine persönlichen Zwecke auszunutzen. Es läßt das auf eine niedrige Gesinnung schließen. Es ist daher bei ihm auf die Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte erkannt worden (§ 32 St.G.B.).

Des weiteren waren die in dieser Sache beschlagnahmten Waffen nebst Munition, die beiden Gummiknüppel und der Billardstock einzuziehen (§ 40 St. G. B.).

Die Kosten des Verfahrens waren insoweit Verurteilung erfolgt ist, den Angeklagten, im übrigen der Staatskasse aufzuerlegen (§§ 465, 467 St. P. O.).

gez. Himml Hoffmann

zugleich für den beurlaubten und ortsabwesenden Landgerichtsrat Dr. Stahl.

Die Richtigkeit der Abschrift beglaubigt:
Beuthen O./S., den 12. September 1932.
Murawski
Justizkanzlei-Inspektor
als Urkundsbeamter der Geschäftsstelle.

SOLDATENBLÄTTER UND WEIHNACHTSFEST — EIN BRIEFWECHSEL

Vorbemerkung

Der folgende, um die Jahreswende 1943/44 zwischen einem Frontoffizier und der Schriftleitung der „Soldatenblätter für Feier und Freizeit" im OKW geführte Briefwechsel, dessen Kenntnis wir Professor Dr. jur. Hans Thieme (Universität Freiburg/Br.) verdanken, erscheint uns als Streiflicht interessant genug, um ihn originalgetreu wiederzugeben. Lediglich die Namen der beiden Offiziere wurden durch N. N. ersetzt.

H. Kr.

Lt. N. N. O. U., 22. 12. 1943.
04890 A.

An die

Schriftleitung der Soldatenblätter für
Feier und Freizeit im OKW, Allg.
Wehrmachtsamt, Abt. Inland

Berlin W 35
Tirpitzufer 72/76

Nachdem ich die Weihnachtsnummer der Soldatenblätter gelesen habe, erlaube ich mir, Ihnen darüber ein offenes Wort zu schreiben, das sich übrigens genau so auch auf das vorjährige Heft bezieht, bei dem der Tatbestand der gleiche war: in diesem ganzen, mit so viel Liebe und Verständnis für die schöne und wichtige Auf-

Jahrgang 5 (1957), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1957_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

mann spricht, daß die Straftaten auf sein Betreiben hin geschehen sind und daß er sich nicht gescheut hat, die noch jungen Angeklagten Kottisch, Wolnitza, Gräupner und Müller für seine persönlichen Zwecke auszunutzen. Es läßt das auf eine niedrige Gesinnung schließen. Es ist daher bei ihm auf die Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte erkannt worden (§ 32 St.G.B.).

Des weiteren waren die in dieser Sache beschlagnahmten Waffen nebst Munition, die beiden Gummiknüppel und der Billardstock einzuziehen (§ 40 St. G. B.).

Die Kosten des Verfahrens waren insoweit Verurteilung erfolgt ist, den Angeklagten, im übrigen der Staatskasse aufzuerlegen (§§ 465, 467 St. P. O.).

gez. Himml Hoffmann

zugleich für den beurlaubten und ortsabwesenden Landgerichtsrat Dr. Stahl.

Die Richtigkeit der Abschrift beglaubigt:

Beuthen O./S., den 12. September 1932.

Murawski

Justizkanzlei-Inspektor

als Urkundsbeamter der Geschäftsstelle.

SOLDATENBLÄTTER UND WEIHNACHTSFEST — EIN BRIEFWECHSEL

Vorbemerkung

Der folgende, um die Jahreswende 1943/44 zwischen einem Frontoffizier und der Schriftleitung der „Soldatenblätter für Feier und Freizeit" im OKW geführte Briefwechsel, dessen Kenntnis wir Professor Dr. jur. Hans Thieme (Universität Freiburg/Br.) verdanken, erscheint uns als Streiflicht interessant genug, um ihn originalgetreu wiederzugeben. Lediglich die Namen der beiden Offiziere wurden durch N. N. ersetzt.

H. Kr.

Lt. N. N. O. U., 22. 12. 1943.
04890 A.

An die

Schriftleitung der Soldatenblätter für
Feier und Freizeit im OKW, Allg.
Wehrmachtsamt, Abt. Inland

Berlin W 35
Tirpitzufer 72/76

Nachdem ich die Weihnachtsnummer der Soldatenblätter gelesen habe, erlaube ich mir, Ihnen darüber ein offenes Wort zu schreiben, das sich übrigens genau so auch auf das vorjährige Heft bezieht, bei dem der Tatbestand der gleiche war: in diesem ganzen, mit so viel Liebe und Verständnis für die schöne und wichtige Auf-

Jahrgang 5 (1957), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1957_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

gabe zusammengestellten Doppelheft ist von dem, was beim weit überwiegenden Teil der deutschen Wehrmacht und des deutschen Volkes den Inhalt des Weihnachtsfests ausmacht, nämlich von der frohen Botschaft von Christi Geburt, auch nicht mit einem Wörtchen die Rede. Der Soldat findet keines der vertrauten, schönen deutschen Weihnachtslieder darin, nichts von der Krippe, von der Mutter mit dem Kind, von den Hirten und von den drei Königen, nichts von dem, was diese Nacht seit vielen hundert Jahren für das deutsche Volk zu einer heiligen macht. Er hört statt dessen vage Ausführungen über unsere germanischen Vorfahren, den Kampf des Lichts gegen die Finsternis, eine willkürliche Gleichsetzung von Weihnachtszeit und Erneuerungszeit u. dergl. — im Ganzen ein krampfhaftes Bemühen, dem Fest einen neuen Sinn zu geben und den alten zu verschweigen. Es soll jedem unbenommen bleiben, zu Weihnachten das zu feiern, was seinem Glauben entspricht – weshalb aber der Glaube der allermeisten deutschen Soldaten in einem vom OKW für sie alle zur Freude und Erbauung geschaffenen Organ geflissentlich übergangen wird, ist nicht verständlich. Uns dünken die neuen Tannebaum-Lieder, das Fehlen all der herrlichen Weihnachtsbilder unsrer großen, deutschen Meister, die an den Christbaum verirrten Märchenfiguren statt der verpönten Engel, eine traurige Verarmung, und ich bin überzeugt, daß sehr viele Ihrer Leser, hier vorn an der Ostfront oder im Hinterland oder irgendwo anders fern der Heimat, das Heft genau so enttäuscht weglegen werden, weil es von der wirklichen Weihnacht, wie sie sie aus ihrer Kindheit gewohnt sind und sonst mit ihren Lieben feierten, eben sehr wenig enthält. Der einfache Landser wird vielleicht nicht sagen können, woran es fehlt, aber er wird es empfinden. Es handelt sich hier keineswegs um eine konfessionelle Frage, in die wir uns nicht einmischen wollen, sondern um die – zumindest – Gleichberechtigung von Christentum und Gottgläubigkeit in einem für alle deutschen Soldaten bestimmten Blatt. – Ich darf nur noch erwähnen, daß ich nicht etwa Theologe oder Pfarrer bin, der gleichsam pro domo spräche. Für eine offene Antwort wäre ich Ihnen dankbar.

Heil Hitler!
gez.: N. N.

„SOLDATENBLÄTTER FÜR FEIER UND FREIZEIT"
Schriftleitung im Oberkommando der Wehrmacht, Abteilung Inland

Weimar
Haeselerkaserne

Berlin W 35, 15. Januar 1944
Tirpitzufer 72-76
Fernsprecher: 21 81 91
App. 67 338

Herrn
Lt. NN.
FP Nr. 04 890

Ihre uns sehr wertvolle kritische Beurteilung des Weihnachtsheftes der Soldatenblätter 1943, für die wir Ihnen dankbar sind, betrachten wir als persönliches Schreiben, das wir ebenso persönlich und in der gewünschten offenen Weise beantworten wollen.

Die Soldatenblätter unterliegen auf Grund eines Abkommens zwischen Wehrmacht und Partei einer weltanschaulichen Prüfung, die durch das Amt Rosenberg erfolgt. Es sind daher der Schriftleitung bei der Gestaltung der Zeitschrift Grenzen gezogen, die unbedingt eingehalten werden müssen.

Jahrgang 5 (1957), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1957_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Für uns selbst sind dabei die Leitsätze der Pflichten des deutschen Soldatentums maßgebend; wir geben jedoch ohne weiteres zu, daß jenseits der oben angedeuteten Grenzen manches verschlossen bleibt, das von Menschen mit einem ausgeprägten Gefühl für alte Überlieferungen vermißt wird. Nun sind aber auf religiösem Gebiet die Dinge so sehr ins Fließen gekommen und – nicht ohne Schuld der jeweiligen Konfessionen – auch teilweise so umstritten, daß eine Herausstellung und Hervorhebung bestimmter christlicher Begriffe ebenfalls in weiten Reihen auf Ablehnung stoßen würde und daher nicht erwünscht sein kann. Nur als ein Beispiel sei hier das Verhalten „christlicher" englischer Bischöfe in der Bombenterrorangelegenheit angeführt, um deutlich zu machen, wie unendlich vieles fraglich geworden ist und wie notwendig es ist, zu einem neuen sicheren religiösen Bewußtsein zu kommen, das wirklich blühend und fruchttragend aus unserem Volk herauswächst.

Es liegt in der Begrenztheit alles Menschlichen, daß alte Irrtümer nicht nur von neuen Wahrheiten, sondern oft auch von neuen Irrtümern zunächst abgelöst werden, daß auch manche gute alte Wahrheit für oft lange Zeit versinkt. Auf die Dauer durchsetzen wird sich nur das Echte und Bewährte; wir wissen wohl, daß dies ein Vorgang ist, der mehr Geduld erfordert als sie die Spanne eines Lebens gewährt. Man mag vielleicht bedauern, daß wir Gegenwärtigen uns neben den riesenhaften politischen Aufgaben auch mit religiösen Problemen auseinanderzusetzen haben, wenn man jedoch die Tatsache einer alles erfassenden Umwälzung anerkennt, muß man auch die Notwendigkeit dieser Auseinandersetzung anerkennen. Die Form dieser Auseinandersetzung ist letzten Endes wie alles vom Menschen her Gestaltete eine Frage der Persönlichkeit.

Vielleicht können Ihnen diese wenigen Zeilen die Gewißheit geben, daß Ihre Kameraden von der Schriftleitung der Soldatenblätter behutsam und verantwortungsbereit vorgehen, rückhaltlos ausgerichtet auf die den Sieg verbürgende Einigkeit aller Deutschen!

Heil Hitler!
gez. N. N., Hptm.

Jahrgang 5 (1957), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1957_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Forschungsbericht

WOLFGANG ABENDROTH

AUFGABEN UND METHODEN EINER DEUTSCHEN HISTORISCHEN WAHLSOZIOLOGIE

Vorbemerkung des Herausgebers:

Der hier folgende Bericht entspricht einem Vortrag, der vor der „Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien" gehalten worden ist. Wir bringen ihn sehr gern an dieser Stelle, zumal die gemachten Vorschläge mit einem Forschungsbericht sich verbinden auf einem Gebiet, das für zeitgeschichtliche Fragestellungen sehr wichtig ist. Das Forschungsprogramm, das an sich eher unter „Notizen" zu verzeichnen wäre und im letzten, hier ausgelassenen Absatz vom Verfasser entwickelt wird, richtet sich hauptsächlich an die oben genannte Kommission und den Forschungsausschuß der „Vereinigung für die Wissenschaft von der Politik".

H. R.

Die bisherige deutsche parteigeschichtliche und parteistrukturelle Forschung hat die Problematik des Verhältnisses zwischen den verschiedenen Sozialgruppen und den politischen Parteien weitgehend vernachlässigen müssen, weil ausreichende Einzeluntersuchungen nicht zur Verfügung standen. Zwar hat Max Weber die soziologische Bedeutung des Parteienproblems erkannt und durch seine theoretischen Betrachtungen in vielfältiger Weise die Grundlage für die heute noch aktuellen Fragestellungen geboten; zwar hat Heinz Marr Max Webers Überlegungen systematisieren, berichtigen und erweitern können und haben W. Sulzbach und H. Sultan neue Aspekte hinzugefügt. Auch Sigmund Neumanns stark durch Hans Freyer beeinflußtes Buch ist sich bewußt geblieben, daß das Parteienproblem nur im sozialgeschichtlichen Zusammenhang der gesamtgesellschaftlichen Entwicklung gesehen werden darf. Gewiß hat auch die vielfältige juristische Diskussion des Parteiwesens, die nach 1945 eingesetzt hat, vor allem durch die klare Problemstellung bei G. Leibholz, manchen Ertrag erbracht und realsoziologische Erwägungen nicht vergessen. Endlich dürfen die großen Verdienste nicht übersehen werden, die Robert Michels' Analyse der Entwicklungstendenzen innerhalb der modernen demokratischen Massenpartei als Mitgliederorganisation, die von ihm vorwiegend als Klassenpartei des industriellen Proletariats untersucht und begriffen wurde, zu verdanken sind. Die großen Schwächen und häufigen Fehler in bezug auf Tatsachenbehauptungen, die von der Heydte-Sacherls Buch über die Parteiensoziologie gekennzeichnet haben, zeigen aber auf der anderen Seite, wie weit die deutsche parteistrukturelle und parteisoziologische Erkenntnis noch hinter dem hohen Stand der französischen Wissenschaft zurückbleibt, der durch die Auseinandersetzung zwischen Duverger und Lavau deutlich belegt ist. Sigmund Neumanns ausgezeichnetes Vorwort zu dem verdienstlichen Buch des Berliner Instituts für politische Wissenschaft über

Jahrgang 5 (1957), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1957_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

die Parteien in der Bundesrepublik[1] kann über diese Situation kaum hinwegtäuschen.

Sie geht wissenschaftsgeschichtlich keineswegs allein darauf zurück, daß die deutsche wissenschaftliche Arbeit über das Parteiwesen – die nur als eigentliche Parteigeschichte, durch Ludwig Bergstraesser in subtiler Arbeit entwickelt, internationalen Rang besitzt – durch zwölf Jahre totalitärer Herrschaft und Ausschaltung aller konkurrierenden politischen Parteien zugunsten einer Monopolpartei unterbrochen worden ist. Selbst über diese Monopolpartei und ihre vielfältigen Hilfsorganisationen liegen ertragreichere Arbeiten der ausländischen Wissenschaft vor, als sie bisher in deutschen wissenschaftlichen Publikationen erschienen sind, wenn man von wenigen Einzeluntersuchungen absieht. Diese Situation hat vielmehr zum großen Teil ihre Grundlage darin, daß allzuhäufig nicht genügend berücksichtigt worden ist, daß das moderne Parteiwesen – in vollem Maße seit der Einführung des allgemeinen und gleichen Wahlrechts – im Wahlakt kulminiert und seine Fähigkeit erweist, zur Integration der politischen Willensbildung des Volkes beizutragen. Im Wahlakt erweisen sich die vielfältigen Reaktionen der ökonomisch bedingten wie der weltanschaulich oder religiös bedingten sozialen Gruppen auf das Parteiwesen, wie umgekehrt die unvermeidliche Bezugnahme der politischen Partei auf den Wahlakt sie nötigt, sich auf diese Gruppenbildungen zu orientieren. Die kontinuierliche Untersuchung der Wahlen, der Wählerreaktionen und der Versuche der politischen Parteien, auf die Wählerschaft Einfluß zu gewinnen, vermag deshalb nicht nur einen Einblick in die Verzahnung des Parteiwesens mit der Gesellschaft und den gesellschaftlichen Interessengruppen zu gewähren, sondern ebenso die Verschiebung in den innerparteilichen Strukturverhältnissen tiefer verstehen zu lassen, als es durch isolierte Analyse der einzelnen Parteien und ihrer Geschichte möglich ist. Diese Überlegung soll selbstverständlich den Wert der bisherigen parteigeschichtlichen Forschung keineswegs in Frage stellen, sie bedarf jedoch der Modifikation und der Ergänzung unter Berücksichtigung dieser Erwägungen.

Der volle Aussagewert derartiger Wahlanalysen kann sich jedoch nur entfalten, wenn sie in geschichtlichem Zusammenhang gesehen werden. Die Entwicklung des Wählerwillens, der Meinungsbildung von sozialen Gruppen – welcher Art auch immer –, der Strukturen und der Ideologie der politischen Parteien, die erst die Integration des Wählerwillens möglich machen, ist nur in ihrer Prozeßhaftigkeit wirklich zu verstehen. So verdienstlich deshalb die Untersuchung von einzelnen Wahlen ist, so bleibt sie doch Stückwerk, solange sie nicht in ihrer geschichtlichen Kontinuität erfaßt wird.[2] Der Vorsprung der französischen politischen Wissenschaft vor der deutschen in allen Problemen der Wissenschaft von der politischen

[1] Parteien in der Bundesrepublik, Schriften des Instituts für politische Wissenschaft, Bd. 6, Stuttgart 1955.

[2] Vgl. dazu Fr. Goguel - G. Dupeux, Sociologie électorale, Esquisse d'un bilan. Guide de Recherches, Paris 1951, und Fr. Goguel, Géographie des élections françaises de 1870 à 1951, Paris 1951.

Jahrgang 5 (1957), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1957_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Partei erklärt sich zum größten Teile daraus, daß sie seit André Siegfrieds ersten wahlgeographischen Arbeiten systematisch an dieser geschichtlichen Erfassung der Wahlkreisreaktionen gearbeitet hat.[3]

In den deutschen Publikationen tritt dies Problem der Wahlanalysen erst nach 1945 in den Vordergrund. So haben die Arbeiten von W. Dittmann[4], H. Striefler[5] und M. Hagmann[6] unternommen, an Hand umfangreicher tabellarischer und graphischer Materialien Interpretationen des Zusammenbruchs der Weimarer Republik zu geben und dabei die geographische Verteilung, konfessionelle Zusammensetzung der Bevölkerung, die Verschiedenheit der Reaktion der männlichen und weiblichen Wähler, der Städte und des flachen Landes in ihre Überlegungen einzubeziehen.[7] Günther Franz hat die politischen Wahlen in Niedersachsen[8] zum Gegenstand einer Darstellung gewählt, die den gesamten Zeitraum der Geltung des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechts in seinem Untersuchungsgebiet zu erfassen trachtet und dadurch ein wertvolles Vorbild geliefert hat. Auf die Dissertation von Bernhard Ehrenfeuchter, die sich des gleichen Gebietes unter Beschränkung auf die Reichstagswahlen annimmt, sei ausdrücklich hingewiesen.[9]

Diese Arbeiten leiden aber ausnahmslos daran, daß ihr Untersuchungsgebiet nicht beschränkt genug gewählt ist. Auch soweit sie versuchen, Interpretationen über den sozialen und auch den ökonomischen Zusammenhang der Wahlergebnisse zu geben und die konfessionelle Zusammensetzung der Wählerschaft in ihre Betrachtung einzubeziehen, bleiben ihre Aussagen zu ungenau und generell, weil sich die genauere Aufschlüsselung der einzelnen sozialökonomischen Schichten und auch der weltanschaulich-religiösen Bindung nur in Kleinststrukturen glaubhaft und relativ zutreffend bestimmen läßt.[10] Sie erschließt sich erst dann, wenn man die lokalen Wahlergebnisse des flachen Landes, die Gemeindewahlen und in den Städten die Stimmverteilung in den einzelnen Stimmbezirken einbezieht, für die mit geeigneten Methoden die soziale und konfessionelle Gliederung der Wählerschaft im geschichtlichen Ablauf relativ richtig beurteilt werden kann. Erst bei einer derart individualisierten Überprüfung läßt sich der Einfluß lokaler und ideologischer Traditionen, die in der Wahlentscheidung mitwirken, in deren Verhältnis zu den einzelnen sozialen und weltanschaulichen Gruppen annäherungsweise

[3] Aus seinen seit 1913 publizierten Arbeiten seien vor allem hervorgehoben: Tableau des partis politiques en France, Paris 1931, und Géographie électorale de l'Ardéche sous la Troisième République, Paris 1949. – Über den Umfang, die Art und Problemstellung der zahlreichen Einzeluntersuchungen geben die in Anmerkung 2 erwähnten Publikationen Auskunft.

[4] Das politische Deutschland vor Hitler. Zürich 1945.

[5] Deutsche Wahlen in Bildern und Zahlen. Düsseldorf 1946.

[6] Der Weg ins Verhängnis. München 1946.

[7] Vgl. dazu die sehr instruktive Untersuchung von Rudolf Heberle, From Democracy to Nazism, A regional case study on political parties in Germany, Babon Rouge 1945.

[8] Die politischen Wahlen in Niedersachsen 1867–1949. Bremen 1951.

[9] Die Reichstagswahlen in Niedersachsen 1871–1912, phil. Diss. Göttingen 1952.

[10] Vgl. dazu Hans Gerd Schumann in: Neue Gesellschaft 1955, S. 75.

Jahrgang 5 (1957), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1957_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

ermitteln. Nur bei Verwertung des lokalen Partei- und Pressure-Group-Verhaltens läßt sich auch umgekehrt die aktive Rolle der politischen Parteien und der Veränderung ihrer Ideologien und Strukturen in der Entwicklung des Wahlergebnisses, aber auch der Einflußbereich demokratischer Willensbildung in der Mitgliederschaft gegenüber Führungsentscheidungen in den Parteien erkennen, kann also der Korrekturwert dieser Analysen gegenüber den bisherigen Ergebnissen parteigeschichtlicher und parteistruktureller Forschung hervortreten. Deshalb beruht der große Wert der wahlgeographischen bzw. wahlsoziologischen Studien in Frankreich darauf, daß sie eine außerordentlich große Anzahl von Departements-Monographien hervorgebracht hat. Erst auf Grund dieser Vielfalt streng lokal begrenzter regionaler Untersuchungen konnten – wie Werner Conze zutreffend darlegte[11] – André Siegfrieds ursprünglich zu primitiv generalisierende Thesen überwunden werden.

Daher ist es nicht zu verwundern, daß eine Reihe von Arbeiten, die Kleinststrukturen des Wähler- und Parteiverhaltens unter anderen Gesichtspunkten überprüft haben, zur Zeit wesentlich höheren Aussagewert besitzen als die vorgenannten deutschen wahlgeographischen Analysen. Aus der Zahl dieser Publikationen sei hier ausdrücklich auf Gerhard Wurzbachers und Renate Pflaums Buch über das Dorf im Spannungsfeld industrieller Entwicklung[12], auf Renate Mayntz-Pflaums Bericht über die lokalen Parteigruppen in der kleinen Gemeinde[13], auf Heinz Meyers Aufsatz über einen ländlichen Unterbezirk der SPD[14] und endlich auf Gabriele Bremmes Buch über die politische Rolle der Frau in Deutschland[15] sowie auf Erich Reigrotzkis Bericht über „Soziale Verflechtungen in der Bundesrepublik"[16] hingewiesen. Die vorgenannten Arbeiten sind auch deshalb angeführt worden, weil sie ausnahmslos wahlgeographischen und regional beschränkten Untersuchungen methodische Anregungen geben können.

In diesem Zusammenhang darf die sorgfältige und aufschlußreiche Veröffentlichung des Berliner Instituts für politische Wissenschaften über die Berliner Wahl vom 3. Dezember 1950 nicht vergessen werden, die durchaus an Hand systematischer Heranziehung der Kleinststrukturen die soziale Zusammensetzung der Wählerschaft durchdringt und ihr Verhalten wie das Verhalten der politischen Parteien aufklärt.[17] Die Bundestagswahlen 1953[18] haben eine – durch den großen Umfang

---

[11] Wahlsoziologie und Parteigeschichte, in Bergstraesser-Festschrift, Düsseldorf 1954, S. 249.

[12] Das Dorf im Spannungsfeld der industriellen Entwicklung, Stuttgart 1954.

[13] Zeitschrift für Politik 1955, S. 59 ff.

[14] Zeitschrift für Politik 1955, S. 348 ff.

[15] Die politische Rolle der Frau in Deutschland, Schriftenreihe des UNESCO-Instituts Köln, Bd. 4, Göttingen 1956.

[16] Schriftenreihe des UNESCO-Instituts Köln, Bd. 2, Tübingen 1956.

[17] St. Münke und R. L. Gurland, Wahlkampf und Machtverschiebung, Schriften des Instituts für politische Wissenschaften, Bd. 1, Berlin 1952.

[18] Vgl. dazu auch James K. Pollock, German Democracy at Work, A selective study, Ann Arbor 1955.

Jahrgang 5 (1957), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1957_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

des zu überprüfenden Gebiets methodisch selbstverständlich stark modifizierte und dadurch im Aussagewert beschränktere, aber gleichfalls außerordentlich wertvolle – ähnliche Darstellung durch das gleiche Institut gefunden.[19] In beiden Fällen konnte der geschichtliche Zusammenhang und die Kontinuität der Partei- und Wahlentwicklung natürlich nur in relativ beschränktem Maße Berücksichtigung finden, ist aber keineswegs völlig vernachlässigt worden. Derart umfangreiche und ertragreiche Spezialanalysen einzelner Wahlen werden sich allerdings nur dann durchführen lassen, wenn sie in ähnlich erheblichem Maße finanziell subventioniert werden. Gleichwohl lassen sich aus beiden Arbeiten methodische Gesichtspunkte gewinnen, die auch bei historisch gerichteten wahlanalytischen Versuchen auf regional strenger begrenztem Raume berücksichtigt werden müssen.

Das Marburger Institut für wissenschaftliche Politik hat auf Grund dieser Überlegungen seit einiger Zeit wahlgeographische Arbeiten in Angriff genommen, die mangels finanzieller Unterstützung in ihrer Auswahl durch den mehr oder minder zufälligen Gesichtspunkt des Wohnortes von Doktoranden bestimmt werden mußten. Es handelt sich dabei um die Dissertation von Wolfgang Haseloff über den Kreis Waldeck[20] und die Dissertation von Hans Graf über die Stadt Dortmund[21] sowie um eine noch nicht abgeschlossene, durch den Forschungsausschuß für die Wissenschaft von der Politik geförderte Arbeit von Ermenhild Neusüß-Hunkel über Marburg selbst. Ferner hat es einige Staatsexamensarbeiten ähnlichen Charakters vergeben, deren Ertrag naturgemäß nicht von gleichem Range werden konnte, die jedoch gleichwohl zu begrenzten Erfahrungen in methodischen Problemen verholfen haben. Die Ergebnisse dieser Arbeiten rechtfertigen nach Meinung des Instituts die Hoffnung, daß sich durch an allen deutschen Universitäten in systematischer Zusammenarbeit vielfältig vergebene Dissertationen dieser Art, deren Methodik sich in späteren Arbeiten verfeinern könnte, ein wahlgeographisches Bild der Bundesrepublik entwickeln ließe. Es würde in manchen Fragen zur Modifikation unserer gegenwärtigen parteigeschichtlichen Vorstellungen, vor allem aber zu grundlegender Veränderung des gegenwärtigen Standes der Parteisoziologie, der Parteistrukturlehre und der Anschauungen über das Verhältnis zwischen den politischen Parteien und den sozialen Gruppen führen.

In diesen Untersuchungen, die durch das Institut vergeben wurden, stand jeweils die Periode ab 1945 im Mittelpunkt des Interesses. Doch hat sich rasch erwiesen, daß eine zutreffende Einschätzung der Wahlentwicklungen seit 1945 trotz des erheblichen Bevölkerungsschubs, der infolge des Krieges eingetreten ist, ohne eingehende Untersuchung der Wahlen in den gleichen Bezirken, die nach Einführung des gleichen Wahlrechts durchgeführt wurden, nicht möglich war. Selbstverständlich konnten derartige Dissertationen nur Studierenden anvertraut werden, die sowohl über eine gründliche historische als auch über eine angemessene sozio-

[19] W. Hirsch-Weber und K. Schütz, Wähler und Gewählte, Schriften des Instituts für politische Wissenschaften, Bd. 7, Berlin 1957.

[20] Phil. Diss., Marburg 1955.

[21] Phil. Diss., Marburg 1956.

Jahrgang 5 (1957), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1957_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

logische Vorbildung verfügten. Die Methoden mußten weitgehend den Objekten, die jeweils zu analysieren waren, angepaßt werden und erfuhren vielfache Modifikationen, je nachdem, ob ein hochindustrieller großstädtischer, ein wesentlich agrarisch bestimmter, nur von industriellen Einsprengungen durchsetzter ländlicher oder ein kleinstädtischer, relativ gering industrialisierter Raum überprüft wurde. In allen Fällen mußten aber folgende Gesichtspunkte berücksichtigt werden:

1. Das Untersuchungsgebiet mußte relativ klein bleiben und möglichst dem Umfang eines früheren Reichstags- bzw. heutigen Bundestagswahlbezirks entsprechen.
2. Wirklichen Aussagewert konnten wahlstatistische Feststellungen nur dann gewinnen, wenn die untersten technisch erfaßbaren Einheiten, ländliche Gemeinden oder städtische Stimmbezirke, einbezogen und überprüft werden konnten.
3. Trotz der technischen Diskontinuitäten, die sich im Wahlvergleich dabei jeweils ergeben mußten, konnte und mußte die relative Kontinuität der Wahlen seit 1867 hergestellt werden.
4. Neben den Reichstags- bzw. Bundestagswahlen waren Landtags- und Kommunalwahlen jeder Art, in der Zeit der Weimarer Republik auch die Präsidentenwahlen und Volksabstimmungen, zu berücksichtigen. Soweit erfaßbar, waren ebenfalls Betriebsrätewahlen, in der Periode des Dritten Reiches die Betriebsvertrauensmänner-Wahlen und Wahlen zu Berufsvertretungen jeder Art heranzuziehen.
5. Der Wahlanalyse war jeweils eine sozial- und wirtschaftsgeschichtliche Untersuchung des betroffenen Gebietes voranzuschicken, die – wenn möglich – auch die Korrelation der Stimmbezirke mit der sozialen Struktur ihrer Bewohner festzustellen hatte. Durch Kenntnisse über die Lokalisierung der Wählerschaft verschiedenen sozialen oder konfessionellen Charakters in derartigen Kleinstbezirken ließen sich gewichtige Aussagen über die Kontinuität oder Diskontinuität der politischen Willensbildung dieser Sozialschichten, aber auch über den Einfluß der religiösen Bindung auf ihre Reaktion ermöglichen.
6. Zur Erklärung der Diskontinuitäten im Wahlverhalten bestimmter Sozial- bzw. Konfessionsgruppen war es notwendig, die Umstrukturierungen sozialökonomischer Art – sei es durch Industrialisierungsvorgänge, sei es durch andere Beschäftigungsverschiebungen, sei es durch Wirtschaftskrisen – festzustellen.
7. In ähnlicher Weise mußte versucht werden, jeweils größere Bevölkerungsverschiebungen in Perioden zwischen einzelnen Wahlen zu überprüfen. Sie konnten sowohl durch Veränderung der religiösen Zusammensetzung als auch durch Veränderung der sozialökonomischen Bestimmtheit der Bevölkerung wichtig werden. Hinsichtlich des religiösen Charakters der Bevölkerung war auch – wenn irgend möglich – die jeweilige Verschiebung in der Intensität der kirchlichen Bindung zu prüfen.
8. Die lokalen Parteistrukturen waren jeweils in ihrer geschichtlichen Veränderung – soweit wie irgend möglich – festzustellen. In manchen Fällen ließ sich

Jahrgang 5 (1957), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1957_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

einwandfrei belegen, inwieweit die politische Willensbildung innerhalb der demokratisch organisierten sogenannten Mitgliedsparteien in bezug auf die Nominierung der Kandidaten und auf die Festlegung des politischen Kurses von zentralen, inwieweit sie von eigenständigen lokalen Einflüssen bestimmt war. Einen wesentlichen Anhaltspunkt konnte hier die Überprüfung vor allem der lokalen Parteipresse der Periode vor 1933 bieten.

9. Ebenso erwies sich die Untersuchung des jeweiligen Einflusses von sozialökonomischen Massenorganisationen und Verbänden – der Gewerkschaften, agrarischer, mittelständlerischer, sonstiger berufsständischer Organisationen – als ertragreich. In manchen Fällen war es ferner möglich, konfessionelle Verbände und die Freizeit gestaltenden Organisationen, vor allem Sportorganisationen, in die Überlegungen einzubeziehen.
10. Wenn irgend möglich, war die jeweilige politische Option der lokalen sozialen Führungsschichten – honoratiorenähnlicher Gruppen und ökonomisch beherrschender Gruppen – festzustellen und in die Untersuchung zu verweben. In allen Fällen war auf die Option der jeweiligen nicht parteigebundenen Lokalpresse zu achten.

Es bedarf keines Hinweises, daß derartige wahlgeschichtlich-wahlgeographische Arbeiten nur dann von Wert sind, wenn sie bewußt in den Gesamtzusammenhang der allgemeinen geschichtlichen Entwicklung der deutschen Innenpolitik gestellt werden.

MITARBEITER DIESES HEFTES

Dr. Wolfgang Abendroth, Professor für Wissenschaftliche Politik an der Universität Marburg, Marburg, Georg-Voigt-Straße 7a

Dr. Arnold Bergstraesser, Professor für Wissenschaftliche Politik und Soziologie an der Universität Freiburg, Freiburg i. Br., Eichhalde 74

Dr. Martin Broszat, Mitarbeiter des Instituts für Zeitgeschichte, München 27, Möhlstraße 26

Dr. Wilhelm Deist, zur Zeit Edinburgh, 16 Blantyre Terrace

Dr. Dietrich Geyer, Assistent am Institut für osteuropäische Geschichte und Landeskunde der Universität Tübingen, Tübinger Schloß

Dr. Paul Kluke, Generalsekretär des Instituts für Zeitgeschichte, Privatdozent an der Universität München, München 27, Möhlstraße 26

Dr. Günter Moltmann, Studienassessor an der Heinrich-Hertz-Schule in Hamburg, Hamburg 13, Mittelweg 126

Jahrgang 5 (1957), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1957_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte